Heft 104 / 2020

GEGEN VERGESSEN FÜR DEMOKRATIE

Schwerpunktthema:

Antisemitismus nach 1945 und Erinnerungskultur

weitere Themen:

- **Historische Zäsur: Die deutsche Beteiligung am Kosovo-Krieg 1999**
- **Das DDR-Militärgefängnis in Schwedt**

Informationen zur politischen Bildungsarbeit

Gegen Vergessen Für Demokratie e.V.

Liebe Freundinnen und Freunde von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.!

Die Pandemie, die uns unerwartet getroffen hat, ist eine existenzielle Herausforderung für die Menschheit. Sie wird uns mit ihren Folgen noch auf Jahre beschäftigen. Doch zunächst einmal rückt sie viele Fragen in den Hintergrund, die bislang für uns wichtig waren. Allerdings sind diese keineswegs völlig verschwunden. Zum Teil werden sie nur durch die Pandemie neu beleuchtet. Ich meine die nach Demokratie und Diktatur, nach Demokratie und Populismus sowie die nach Nationalstaat und internationaler Zusammenarbeit. Dazu einige Hinweise.

Wenn man an die Ausbreitung des Virus denkt, so wird man schwerlich sagen können, dass sich die Parteidiktatur in China in jeder Hinsicht ausgezeichnet hat. Hier wurde die Bedeutung des Virus – ein Stück weit systemisch bedingt – verharmlost. Und die mangelnde Transparenz des Systems und seiner Politik nährt Zweifel an Darstellung und Zahlen des Verlaufs. Auch die populistische Regierungsweise war nicht besonders erfolgreich. US-Präsident Donald Trump etwa gibt wenig auf Sachverstand. So unterschätzte er die Gefahr des Virus beträchtlich. Zugleich aber zeigt das amerikanische Beispiel, dass die Bekämpfung der Epidemie in besonderer Weise auch vom Gesundheitssystem und vom Sozialstaat abhängig ist – an beidem hapert es in den USA. Die Sozialstaatlichkeit ist auf dem europäischen Kontinent ein konstitutives Element der Vorstellung von Demokratie. Erwähnt werden sollte zudem der Populist Viktor Orban in Ungarn, für den die Pandemie Anlass war, das Parlament abzuschaffen – auf unbestimmte Zeit.

Hier wird der Unterschied zu funktionierenden Demokratien deutlich. Auch sie müssen, um Leben zu schützen, Grundrechte einschränken, doch sie tun dies auf Zeit und haben es zu begründen. Parlamente und unabhängige Gerichte haben darüber zu wachen, dass die Einschränkungen in einer verhältnismäßigen Weise geschehen und dass bei Kollisionen von Normen sorgfältig abgewogen wird. Funktionieren kann die Demokratie in dieser schwierigen Situation nur, wenn die Bürgerinnen und Bürger die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie mittragen, was freilich Extremisten und Populisten zu verhindern suchen.

Im Kontext der Coronakrise ist auch das Verhältnis von Nationalstaat und transnationalem Zusammenwirken zu diskutieren. Keine Frage, dass die Pandemie innerhalb abgegrenzter Territorien unter Kontrolle gebracht werden muss. Ob dabei die gegenseitige Abschottung in Europa am Anfang der Krise zwangsläufig war, bleibt noch zu erörtern, geht es doch in erheblichem Maße um aufeinander abgestimmtes solidarisches Verhalten. Es gilt, an und aus der Krise zu lernen und die Folgen gemeinsam zu bewältigen.

Zu den Themen, die jetzt in den Hintergrund gedrängt wurden, gehört die 75. Wiederkehr der deutschen Kapitulation am Ende des Zweiten Weltkrieges. Veranstaltungen dazu sind abgesagt worden, was nicht heißt, dass wir uns damit nicht beschäftigen sollten.

Das in der vorliegenden Ausgabe der Zeitschrift angesprochene Thema Antisemitismus, das sich seit dem Holocaust als Menschheitsfrage stellt, ist gegenwärtig wieder von erheblicher Relevanz und Aktualität (man denke etwa an die absurden Verschwörungstheorien). In mehreren Beiträgen und Interviews beleuchten die Autoren dieser Ausgabe schwerpunktmäßig die Entwicklung des Antisemitismus nach Kriegsende sowie in der Gegenwart, dazu auch Fragen der Erinnerungskultur. Die Verschränkung wichtiger geschichtlicher Themen mit der gegenwärtigen Situation ist dabei evident.

Auch wenn derzeit unsere Arbeit wegen der Coronakrise auf Hindernisse stößt, ist sie alles andere als obsolet. Nach wie vor geht es um ein historisch fundiertes Demokratiebewusstsein.

Alles Gute und bleiben Sie gesund!

Mit den besten Grüßen

Ihr/Euer

Die **Mitgliederversammlung** von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. findet in diesem Jahr **am 14. November 2020 in Potsdam** statt.

IMPRESSUM
Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, info@gegen-vergessen.de, www.gegen-vergessen.de
Bankkonto: Sparkasse KölnBonn · IBAN DE45 3705 0198 0008 5517 07 · BIC COLSDE33XXX

Titel: Gedenkbrunnen auf den Grundrissen der in der Nacht von 9. auf den 10. November 1938 von den Nationalsozialisten zerstörten Freiburger Synagoge. In den 2017 eingeweihten Brunnen wurde die aus dem Jahr 1962 stammende Gedenkplatte, die bis dahin an die zerstörte Synagoge erinnern sollte, eingelassen. Foto: Sissy Bräuer/Max Hild, mit freundlicher Genehmigung von www.schalomfreiburg.de

Redaktion: Liane Czeremin, Dr. Dennis Riffel, Theresa Ostertag, Julia Wolrab, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)
Lektorat: Ines Eifler, Görlitz
Gestaltung: Atanassow-Grafikdesign, Dresden
Druck: B&W MEDIA-SERVICE Werbe- und Verlagsgesellschaft mbH
Die Zeitschrift wird klimaneutral auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.
Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Redaktion oder des Vereins dar.
Wir bemühen uns allgemeinverständlich zu schreiben und verzichten daher zugunsten der Lesbarkeit auf gendergerechte Sprache. Bei Autorenbeiträgen überlassen wir die Entscheidung den Verfasserinnen und Verfassern.
ISSN 2364-0251

Inhaltsverzeichnis

Die Themen in dieser Ausgabe

SCHWERPUNKTTHEMA

Antisemitismus nach 1945 4
Der Krieg ist vorbei, die Vorbehalte bleiben 6
Freiburg bekommt endlich ein Dokumentationszentrum Nationalsozialismus 9
Interview: „Unser Bekenntnis zur historischen Verantwortung wird infrage gestellt." 11
Verdächtig sind die anderen 13
Antisemitismus in Deutschland 15
Interview: „Das Geschehen im Netz spiegelt sich in unserem Alltag wider." 16

WEITERE THEMEN

Interview: „Ein großes Übel zur Verhinderung eines unerträglichen Übels" 18
In Schwedt endet die „Freundschaft" 21
Die Bukowinisch-Galizische Literaturstraße 23

BLOG DEMOKRATIEGESCHICHTEN.DE

Naziterror als Thema in der Grundschule? 25

ANALYSE UND MEINUNG

Der 8. Mai 1945 aus unterschiedlichen Perspektiven 27
Die Hoffnung liegt auf den jungen Demokraten 30

AUS UNSERER ARBEIT

„Und da stand die Mauer." 32
RAG Rhein-Main: Vergessene Geschichten vom Stadtrand 34
RAG München: Mehr als ein Erinnerungsort: Das Badehaus in Waldram-Föhrenwald 37
RAG Münsterland: Auch Mut macht erfinderisch 39
RAG Rhein-Ruhr-West: Debatte um den 8. Mai: Gedanken zum Umgang mit historischen Gedenktagen 41

REZENSIONEN

Was soll, was kann Demokratie? Erwartungen – Enttäuschungen – Hoffnungen 43
Ich sehe Hunde, die an der Leine reißen 44
Gedenken an Wehrmachtsdeserteure: eine schwierige Geschichte 45

IMPRESSUM 2
VORSTAND UND BEIRAT 47

Wolfgang Benz

Antisemitismus nach 1945

Sie wurden nicht freundlich begrüßt, die wenigen Überlebenden des Judenmords, die nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reiches" an die Orte zurückkehrten, wo ihre Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung begonnen hatte. Auch die Deutschen, die keine fanatischen Nazis gewesen waren, wollten nicht an die Verbrechen der Nationalsozialisten und die Tragödie der Juden erinnert werden. Sie wollten ihre zerstörten Städte aufbauen und ein neues Leben beginnen. Hitler und das Dritte Reich waren moralisch diskreditiert, aber es sollte auch nicht mehr die Rede davon sein, woran man sich mit Gefühlen der Schuld und Scham erinnerte. Die meisten beteuerten, das NS-Regime abgelehnt und von den Gräueltaten „nichts gewusst" zu haben.

Juden, die den Holocaust überlebt hatten, waren nirgends willkommen. Der Befreiung aus Konzentrations- und Vernichtungslagern, aus Ghettos und Verstecken folgte die Erkenntnis, dass sie immer noch unerwünscht waren – ganz gleich, ob ihre Heimatorte in Deutschland, in Polen oder Ungarn, in Frankreich oder in Rumänien lagen. Die Tragödie des Judenmords mit sechs Millionen Opfern schaffte die jahrhundertealten religiösen, rassistischen, sozialen Vorbehalte nicht aus der Welt. Der Pogrom in Kielce in Polen mit 42 Todesopfern, 1946 ausgelöst durch ein Ritualmord-Gerücht, war nur der berühmteste Fall von neuer Gewalt gegen Juden in den ersten Nachkriegsjahren.

Jüdische „Displaced Persons" (DP) sammelten sich vor allem in der amerikanischen und britischen Besatzungszone Deutschlands, wo sie in Lagern auf Auswanderungsmöglichkeiten nach Übersee warteten. Von internationalen Organisationen betreut, war ihnen keineswegs das Mitgefühl schuldbewusster Deutscher sicher. Im Gegenteil: Anwohner des DP-Camps beklagten sich über die Juden. Schwarzmarktgeschäfte waren der Vorwand für Behörden, Razzien zu veranlassen, bei denen sich Angehörige der Polizei gegenüber Holocaust-Opfern austobten.

Ein später Höhepunkt war am 28. Mai 1952 im Lager Föhrenwald in Oberbayern erreicht. Mehrere Hundert Polizisten umzingelten das Lager und drangen ein; sie waren bewaffnet und führten Spürhunde mit sich – und das alles nur, um Geschäfte und Kioske zu kontrollieren, in denen unverzollte Waren vermutet wurden. Die 2.000 Juden im Lager fühlten sich an die Mordaktionen der Nazis erinnert. Die Ordnungshüter prügelten, brüllten antisemitische und nazistische Parolen, drohten, „die Krematorien und Gaskammern" existierten noch, dies sei „erst der Anfang".

Luftbild von Föhrenwald, Postkarte, ca. 1956

Foto: Privat

Die Nichtjuden, denen es unübersehbar an Empathie für die Juden fehlte, waren in den Trümmerjahren nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches mit eigenem Leid und eigenen Nöten beschäftigt. Die Sorge um die materielle Existenz, die Entnazifizierung, Scham- und Schuldgefühle, das Aufbäumen gegen die Demütigung durch die alliierte Besatzung beherrschten die Gefühle in der deutschen Gesellschaft. Für Verständnis und Mitgefühl mit den Opfern der NS-Ideologie blieb kein Raum. Die Fürsorge der Besatzungsmächte machte die Juden wieder suspekt. Sozialneid wegen der angeblichen Besserstellung der Juden kam zum Selbstmitleid hinzu, das viele Deutsche nach dem verlorenen Krieg empfanden. Juden waren für sie eher Objekte des Misstrauens als Gerettete, die freudig begrüßt wurden. Unkenntnis über Vorgeschichte und Lebensumstände der DPs begünstigten Legendenbildungen, in denen die Juden als Kriminelle und Asoziale erschienen. Legenden entstanden zur Abwehr eigenen Leidensdruckes, sie bildeten zusammen mit tradierten Vorurteilen den Nährboden für fortdauernden Antisemitismus.

Alltägliche Ressentiments und Feindbilder gegen Juden, unendlich älter als die NS-Ideologie, waren auch nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches omnipräsent. Sogar die jahrhundertealten Traditionen des religiösen Antijudaismus blieben, obwohl von der NS-Ideologie nicht ausdrücklich benutzt, virulent. Wirkmächtig blieben nach der Shoah vor allem die Zuschreibungen des Rassenantisemitismus, nach denen Juden die Weltherrschaft erstrebten, zu betrügerischem Geschäftsgebaren neigten und zum Wu-

Foto: Christoph Schütz/pixabay

Landsberg am Lech. Die schöne Stadt war zu einem Pilgerort für Nazis geworden, nachdem Adolf Hitler dort nach dem Putschversuch von 1923 einsaß. Im Januar 1951 protestierten in Landsberg 4.000 Menschen gegen die Hinrichtung eines SS-Gruppenführers. 300 jüdische Gegendemonstranten wurden mit „Juden-raus"-Rufen empfangen.

cher prädestiniert waren. Auch Frauen und Männer, die nicht fanatische Parteigenossen Hitlers gewesen waren, kultivierten solche ererbten Ressentiments gegen Juden, weil das dem deutschen Selbstbewusstsein unter den demütigenden Umständen der Besatzungsherrschaft und angesichts der moralischen Überlegenheit der Sieger hilfreich zu sein schien.

Viele Nichtjuden, eher ängstlich als sensibel im Umgang mit Juden, schwankten zwischen obrigkeitlich angeordneter Judenfreundlichkeit, die sie als „Bereitschaft zur Versöhnung" unter der stereotypen Beteuerung zur Schau trugen, man habe jüdische Freunde, sei engagiert und betroffen, und der alltäglichen Tabuisierung der Vergangenheit. Diese Attitüde aus Verlegenheit, Schuldbewusstsein und Angst zeigt sich immer noch in der Vermeidung bestimmter Begriffe und Bezeichnungen, etwa des Wortes „Jude", das viele ängstlich mit Hinweisen auf „Herkunft" oder „Abstammung" umschreiben.

Ressentiments gegen Juden wurden früh auch wieder öffentlich artikuliert. Eine Abgeordnete des hessischen Landtags, Maria Sevenich, verursachte im Juni 1946 den ersten antisemitischen politischen Skandal der Nachkriegszeit. In einer Rede in Marburg hetzte die populäre Politikerin, die damals der CDU angehörte (davor war sie Kommunistin, später gehörte sie der SPD und zuletzt wieder der CDU an), gegen Emigranten und insbesondere gegen Juden, die „dem Ausland falsche Ansichten aufgezwungen" hätten. Damit wurde die verbreitete Ansicht gefördert, Juden würden in alliierter Uniform vor Ort Rache nehmen, während auf oberster Ebene mit dem legendären Morgenthau-Plan die Vernichtung Deutschlands beschlossen worden sei.

Abneigung gegen Juden, die von Deutschen unter Besatzungsherrschaft nicht als Opfer, sondern als Sieger oder wenigstens als deren bevorzugte Klientel wahrgenommen wurden, war nicht nur im privaten Kreis manifest. Ein Leserbrief im August 1949 in der Süddeutschen Zeitung mit der eindeutigen Unterschrift „Adolf Bleibtreu" demonstrierte Judenhass mit der obszönen Bemerkung, es sei unverzeihlich, „daß wir nicht alle vergast haben". Das bot mehr als berechtigten Anlass für eine Demonstration von Juden, die durch das Agieren der Polizei pogromartige Züge erhielt. Ort war die Möhlstraße in München-Bogenhausen, Sitz jüdischer Hilfsorganisationen und deutschlandweit bekannter Schauplatz eines Schwarzmarktes. Geflissentlich übersehen wurde bei der scheinheiligen Denunziation des jüdischen Anteils am Schwarzen Markt, dass in der korrupten Nachkriegsökonomie die berüchtigte illegale Wirtschaft für alle so überlebensnotwendig war, dass sich sogar die Besatzungsmacht daran beteiligte. Wer auf „die Juden" verwies, bediente damit vor allem uralte Vorurteile. Der Auf- »

Denkmal für das Lager Föhrenwald, geschaffen von Ernst Grünwald 1998

Foto: wikimedia/Mattes

» ruhr in der Möhlstraße im Sommer 1949 war das deutlichste Signal andauernder Judenfeindschaft, bei dem mit Polizeigewalt der lautstarke, aber friedliche Protest einiger Hundert Juden gegen öffentlich geäußerten Antisemitismus niedergeknüppelt wurde.

Am schamlosesten demonstrierten 1951 im Januar etwa 4.000 Menschen in Landsberg am Lech gegen die Hinrichtung des SS-Gruppenführers Ohlendorf, der wegen der systematischen Ermordung von 90.000 Juden zum Tod verurteilt worden war. Als Gegendemonstranten waren 300 Holocaustüberlebende gekommen. Sie mussten das Gebrüll „Juden raus!" derjenigen anhören, die Gnade für Nazis und Antisemiten forderten. Einige Juden wurden sogar verhaftet.

Nach dem Zusammenbruch war das NS-Regime zwar bei der Mehrheit der Deutschen diskreditiert, aber die Deutschen wollten auch nicht an dessen Verbrechen erinnert werden. Und die Gefühle von Scham und Schuld, die viele empfanden, wurden rationalisiert mit der irrigen Vermutung, es müsse doch wohl auch an den Juden liegen, dass sie seit Jahrhunderten verfolgt würden. Für diese Judenfeindschaft, die nicht trotz, sondern wegen Auschwitz entstand, wurde der Begriff „sekundärer Antisemitismus" geprägt. Er machte sich an Wiedergutmachungsleistungen fest und bildete damit die westliche Spielart der Nachkriegsressentiments gegen Juden. In der DDR, deren Staatsideologie behauptete, mit dem Hitlerfaschismus sei der Antisemitismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet, transportierte die Feindschaft gegen Israel das Vorurteil weiter. Das Fazit lautet: Unter unterschiedlichen Prämissen lebte der Antisemitismus nach dem Untergang des Nationalsozialismus fort. Eine Zeit ohne Vorbehalte hat es nie gegeben. ■

Prof. Dr. Wolfgang Benz ist Historiker und Träger des Preises Gegen Vergessen – Für Demokratie. Bis 2011 war er Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung in Berlin.

Julia Wolrab

Der Krieg ist vorbei, die Vorbehalte bleiben

Ein lokalgeschichtliches Schlaglicht auf die Entwicklungen in Freiburg i. Breisgau

„Sehr geehrte Herren!
In Beantwortung Ihres Schreibens vom 28. d. Mts [Oktober 1948, Anm. JW], teilen wir Ihnen mit, dass wir den 10. November d. Js. in stillem Gedenken in unserer Synagoge begehen werden. Wir halten es nicht für zweckmäßig, in der Öffentlichkeit eine Gedenkstunde bzw. Gedenkfeier abzuhalten. Hochachtungsvoll!

Nathan Rosenberger"

Nathan Rosenberger, geboren 1874, war seit dem 24. Dezember 1945 erster Vorsitzender der wieder neu gegründeten Israelitischen Gemeinde in Freiburg im Breisgau. Wie durch ein Wunder haben er und seine Familie, seine Frau Martha und seine Tochter Rita, das Konzentrationslager Theresienstadt sowie die schon Jahre vorher einsetzenden Verfolgungen überlebt. Die Familie kehrte, stark geschwächt und ohne materiellen Besitz, nach der Befreiung des Lagers im Mai 1945 als eine der wenigen in ihre Heimatstadt Freiburg zurück.

Sein bereits hohes Alter und die schweren, durch die jahrelange Haft bedingten gesundheitlichen Einschränkungen hielten Nathan Rosenberger nicht davon ab, mit unbeschreiblicher Energie und Nachdruck für die Belange der jüdischen Gemeinde in Freiburg nach 1945 einzutreten. Dokumente aus dem jüdischen Zentralarchiv in Heidelberg sowie aus dem Bestand der Israelitischen Kultusgemeinde in Freiburg legen nahe, dass er täglich mehrere Stunden damit verbrachte, Korrespondenzen zu führen, unter anderem mit Überlebenden, die ins Ausland hatten flüchten können. Seine Briefwechsel sind auch eine wichtige Quelle bei der Rekonstruktion und Einordnung der Geschichte der Restitution als einem Teil der sogenannten Wiedergutmachung sowie der gesellschaftlichen Integration von Jüdinnen und Juden in Freiburg nach 1945.

Die eingangs zitierten, an das Committee Central Konstanz gerichteten Worte Nathan Rosenbergers deuten darauf hin, dass die öffentliche Haltung in Freiburg 1948 nicht derart beschaffen war, als seien die Einwohner einer öffentlichen Gedenkstunde für die zerstörte Synagoge besonders zugetan. Die Synagoge wurde in der Nacht von 9. auf den 10. November 1938 wie viele andere in deutschen Städten von den Nationalsozialisten zerstört. Nathan Rosenberger äußerte sich in seinen überlieferten Korrespondenzen auch über den wieder aufgekommenen oder nie abhandengekommenen Antisemitismus in Freiburg, wo er gerade dabei war, eine neue jüdische Gemeinde aufzubauen. Auch unterstützte er (ehemalige) Gemeindemitglieder dabei, ihr verlorenes Vermögen, ihre Wertgegenstände, Grundstücke und Häuser zurückzubekommen oder Ausgleichszahlungen zu erhalten.

Dabei stieß er immer wieder auf behördliche und menschliche Widerstände. Anfang der 1950er Jahre war die Israelitische Gemeinde auf der Suche nach einem geeigneten Haus für die Unterbringung eines festen Betraumes. Ein Wiederaufbau oder sogar Neubau der Synagoge wurde damals zwar in Erwägung gezogen, jedoch vor allem von städtischer Seite aus nicht weiter konkretisiert. Als die Israelitische Gemeinde Interesse an einem Grundstück in der Eggstaße im Freiburger Waldseegebiet anmeldete, ging

bei Rosenberger ein anonymes Schreiben aus der Nachbarschaft dieses Grundstücks ein. Hierin sprachen sich Anwohner deutlich und drohend gegen dieses Vorhaben aus: „Im Waldseegebiet ist eine neue Nachbarschaft gegründet worden. Diese hat sich auch mit Ihrem Plan, in der Eggstrasse ein Haus für jüdische Kultzwecke zu erwerben, befasst. Dazu seien Ihnen in Ihrem eigenen Interesse folgende Bemerkungen gemacht:

1. Im Waldseegebiet wohnten früher prozentual die meisten Nazis. Sie wissen, dass sich nicht alle bekehrt haben und können sich denken, mit welchen Gefühlen Sie hier erwartet werden.
2. Es hat sich herumgesprochen, dass Sie bei der Sammlung des von der Frau Bundespräsident Heuss ins Leben gerufenen Müttergenesungswerks einen Beitrag abgelehnt haben!!!
3. Solange die Bestimmung besteht, dass Wohnräume nicht für zweckfremde Unternehmen verwandt werden dürfen, wird gegen ihr Vorhaben gekämpft.
4. Es wird begrüsst und befürwortet, dass die jüdische Gemeinde, denen man s.Zt. in so unerhört brutaler Weise das Gotteshaus niedergebrannt hat, wieder ein solches erhält. Es sollte aber dort wieder hingestellt werden, wo es war bezw. es sollte ein würdiger Platz zu einem Neubau bereitgestellt werden. Die Mittel müssten von den Mordbrennern aufgebracht werden. Die Nachbarschaft Waldsee. Ohne Unterschrift“

Die Vorbehalte, von denen Nathan Rosenberger gegenüber ehemaligen Gemeindemitgliedern berichtete, traten hier offen zu Tage. Die Abspaltung der NS-Vergangenheit mit ihren Gräueltaten von der eigenen Lebensrealität und die Abschiebung der alleinigen Verantwortung auf die „Täter“ war typisch für den Umgang der deutschen Mehrheitsgesellschaft mit der NS-Zeit bis in die 1970er Jahre hinein. Hier wird diese Annahme offenbar und zeigt, unter welch schwierigen und bestimmt auch schmerzhaften Bedingungen Nathan Rosenberger versuchte, die jüdische Gemeinde in Freiburg wieder als integralen Bestandteil der Freiburger Stadtgesellschaft zu etablieren.

Antisemitismus war dabei nicht einfach anhand von Fallzahlen festzustellen. In den sozialwissenschaftlichen Untersuchungen der amerikanischen Militärverwaltung vom Dezember 1946 wurden 18 Prozent der deutschen Bevölkerung in der amerikanischen Besatzungszone als „harte“ Antisemiten, 21 Prozent als Antisemiten und 22 Prozent als Rassisten eingestuft. Inwieweit sich diese Zahlen mit Entwicklungen in den anderen Besatzungszonen deckten, wie zwischen „harten Antisemiten“, „Antisemiten“ und „Rassisten“ unterschieden wurde oder inwieweit sich diese Gruppen überschnitten, bleibt dabei unklar. In der geschichtswissenschaftlichen Forschung gilt jedoch als unbestritten, dass Antisemitismus in Deutschland nach 1945 in hohem Maße fortbestand. Was sich veränderte, war nicht die Häufigkeit oder der relative Anteil von Antisemiten innerhalb der Bevölkerung, sondern die Formen, in denen sich Antisemitismus äußerte und wie er begründet wurde. Ein öffentlicher, vom Staat verordneter Antisemitismus, dessen erklärtes Ziel die Vernichtung der Juden war, wandelte sich nach 1945 zwangsweise in einen latenten, sogenannten „sekundären Antisemitismus“, wie ihn auch Wolfgang Benz in seinem Artikel in diesem Heft beschreibt.

Die in der Nachkriegszeit einsetzende „Wiedergutmachung“ kann dabei als relevanter Faktor, nicht jedoch als alleiniger Auslöser gesehen werden. Eher hat sie bereits vorhandene antisemitische Einstellungen verstärkt oder sie wieder hervortreten lassen. Die Zeit des Nationalsozialismus lag nicht einmal zwei Jahre zurück, als die Rückerstattung „auffindbaren“ jüdischen Eigentums begann. Eine konsequente Aufarbeitung der eigenen jüngsten Vergangenheit in der deutschen Bevölkerung fand weder durch die Alliierten noch im privaten Rahmen statt. Vielen Deutschen war die Unge- »

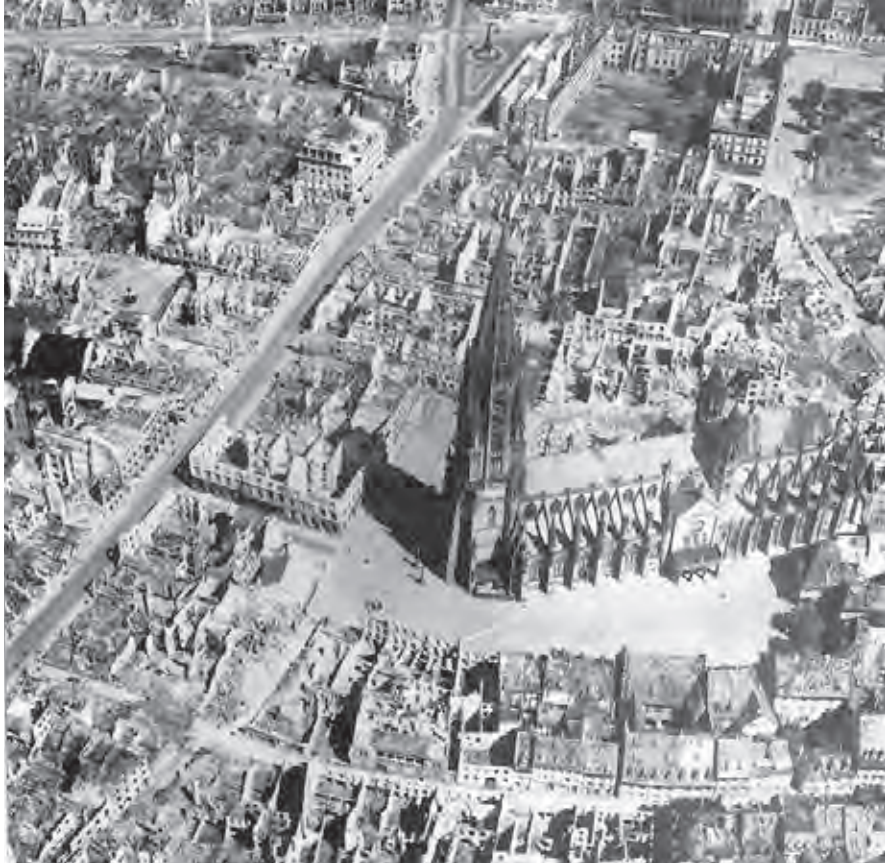
Quelle: Landesarchiv Baden-Württemberg

Die Alte Synagoge Freiburg (erbaut 1869/70 nach ihrer Erweiterung im Jahr 1926). In der Nacht von 9. auf den 10. November 1938 wurde sie von den Nationalsozialisten zerstört.

Stolpersteine für die Familie Rosenberger im Freiburger Stadtteil Wiehre. Nathan, Martha und ihre Tochter Rita Rosenberger haben das Konzentrationslager Theresienstadt überlebt und sind 1945 nach Freiburg zurückgekehrt.

Foto: Sissy Bräuer/Max Hild, mit freundlicher Genehmigung von *www.schalomfreiburg.de*

» rechtigkeit, die Jüdinnen und Juden unter dem NS-Regime erleiden mussten, auch nach dem Ende der Diktatur nicht bewusst. Der jüdische Journalist Ernst Landauer drückte es im Dezember 1946 in der Süddeutschen Zeitung so aus: „Das Gefühl für die Pflicht der Wiedergutmachung [war] noch nicht geboren". Die Auseinandersetzung mit den eigenen Problemen schaffte eine Distanz zur Auseinandersetzung mit der Schuld. Wurden diese durch die Rückerstattung vermehrt (wie durch die verordnete Rückgabe ehemals jüdischen Eigentums), war der Schritt zur Übernahme antisemitischer Stereotype und dem Durchbruch der kommunikativen Latenz nicht mehr weit. In vielen Fällen kam es somit zu einer Täter-Opfer-Umkehrung, indem den Juden blankes materielles Interesse auf Kosten der deutschen Bevölkerung unterstellt wurde – selbst nach dem Holocaust.



Quelle: Stadtarchiv Freiburg

Beim Bombenangriff auf Freiburg am 27. November 1944 wurde die Altstadt zu großen Teilen zerstört, das Münster hingegen nur leicht beschädigt.

Am Beispiel Freiburgs lassen sich diese für die gesamte Bundesrepublik geltenden Entwicklungen auf Basis der jüdischen Gemeindekorrespondenz sowie anhand der überlieferten Rückerstattungsakten gut ablesen. Sie führten in einigen Fällen dazu, dass Rosenberger ehemaligen Freiburgern jüdischen Glaubens empfahl, aufgrund der antisemitischen Kontinuitäten besser nicht zurückzukehren.

Die Erinnerungen an die Gräueltaten des NS-Regimes und die damit verbundene kritische Auseinandersetzung mit antisemitischen Handlungen sollten in der deutschen Gesellschaft noch lange Zeit verdrängt werden, bevor sie durch die nachkommenden Generationen mehr und mehr eingefordert und Teil des öffentlichen Bewusstseins in der Bundesrepublik werden konnten. ■

Julia Wolrab ist Historikerin und wissenschaftliche Referentin bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Sie hat im Auftrag der Stadt Freiburg i. Br. die Geschichte des Platzes der Alten Synagoge Freiburg aus eigentumsrechtlicher Perspektive erforscht. Die Ergebnisse sind auf der Internetpräsenz der Stadt Freiburg veröffentlicht: *https://www.freiburg.de/pb/1461811.html*

Haben Sie eine persönliche Demokratiegeschichte, die Sie mit anderen teilen wollen? Dann schreiben Sie doch einen Beitrag für unseren Blog. Lassen Sie sich inspirieren von den bisher erschienenen Texten auf www.demokratiegeschichten.de und wenden Sie sich gern an die Geschäftsstelle: Annalena Baasch, *baasch@gegen-vergessen.de*

DER BLOG
demokratiegeschichten.de

Wolfgang Dästner

Freiburg bekommt endlich ein Dokumentationszentrum Nationalsozialismus

Die demokratische Gesellschaft in Deutschland steht seit Jahren unter dem Druck anwachsender rechtspopulistischer Bewegungen und einer Zunahme von hasserfüllten, rassistischen, ausgrenzenden Äußerungen in der Öffentlichkeit. Daher ist die Einrichtung eines Dokumentationszentrums Nationalsozialismus Freiburg (DZ) eine Maßnahme zur richtigen Zeit, könnte man denken. Aber die Frage ist zu stellen: „Wieso erst jetzt?"

Die Antwort, verkürzt formuliert, lautet: Seit etwa zehn Jahren wurde die Einrichtung eines DZ in Freiburg wiederholt gefordert. Es sollte sich mit der lokalen und regionalen Geschichte des Nationalsozialismus beschäftigen. Diese Forderung erhoben mehrere zivilgesellschaftliche Initiativen, allen voran das Projekt „Stolpersteine" und die Initiative „Freiburg braucht eine Mahn- und Gedenkstätte". Auch die südbadische Sektion von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. war ständig bei den Mahnern, wobei uns besonders wichtig war, dass diese Institution ein außerschulischer Lern- und Gedenkort, und zwar vor allem für ein junges Publikum, werden sollte. Von Seiten der Stadt und des Oberbürgermeisters waren trotz vieler wohlwollender Bekundungen stets Verzögerungen zu erleben. Die Ausstellung „Freiburg im Nationalsozialismus", die im Augustinermuseum 2016/17 zu sehen war, wurde vielfach als Maßnahme kritisiert, die über die ständig verzögerte Einrichtung eines DZs hinwegtrösten sollte. Die überaus positive Resonanz bewies ein großes Interesse der Freiburger*innen, sodass in der Folge mit einer fraktionsübergreifenden Initiative aus dem Gemeinderat heraus erneut Druck gemacht wurde.

Foto: Wolfgang Dästner

In diesem Gebäude – dem ehemaligen Verkehrsamt – in der Freiburger Innenstadt soll das neue NS-Dokumentationszentrum entstehen. Es wurde 1936 im Stil nationalsozialistischer Architektur gebaut.

Zwei Aspekte kamen neu in die Debatte:

1. Bei der Neugestaltung des Platzes der Alten Synagoge wurden Fundamentreste der 1938 zerstörten Synagoge gefunden. An dieser Stelle wurde jetzt ein Brunnen gebaut, der die Grundmauern der Synagoge nachzeichnet. Dem Wunsch der Israelitischen Gemeinde, den Bau sofort zu stoppen und stattdessen eine Gedenkstätte mit Integration dieser Steine zu errichten, war nicht entsprochen worden, was zu erheblichen Irritationen in der Bürgerschaft führte. Dazu kam, dass der Brunnen im Sommer als Planschbecken genutzt wurde, wodurch sehr viele Menschen den „Erinnerungsort Alte Synagoge" als geschändet erlebten. Eine deutliche Beschriftung mit der Bitte um einen würdevollen Umgang mit der Erinnerungsstätte hat inzwischen zu einer etwas taktvolleren Verhaltensweise der Besucher*innen geführt. Bei der Frage, was mit den geborgenen Steinen geschehen könne, führte ein Dialogverfahren zu einem Kompromiss: Die Steine sollen nach derzeitigen Verabredungen im künftigen DZ in einem „Raum der Stille" präsentiert werden. So ist zumindest der Stand im März 2020. Diese langwierige Kontroverse um die Synagogenfundamentsteine hat vermutlich sehr zur Beschleunigung der Entscheidung für ein Dokumentationszentrum beigetragen.

2. Die Wahl von Martin Horn zum neuen Oberbürgermeister, der 2019 seinen langjährigen Vorgänger Dr. Dieter Salomon ablöste, trug wesentlich zum Beschluss des Gemeinderates bei, das mitten in der Stadt gelegene „Rotteckhaus", das ehemalige Verkehrsamt, zu erwerben. Für den Entwurf einer Konzeption der Ausstellung und der Gestaltung des Gedenkraumes wurden Beiräte einberufen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Einrichtung eines Dokumentationszentrums Nationalsozialismus Freiburg schon seit Langem vorbereitet worden war und dass mehrere lokalpolitische Faktoren diesen Prozess beschleunigten. Hingegen hatte die gegenwärtige politische Situation nur wenig Einfluss auf diese Vorgänge. Die Stadt Freiburg pflegt nämlich schon lange eine ehrliche Erinnerungskultur. Regelmäßig setzt sich das städtische Kulturamt dafür ein, dass Gedenktage würdig begangen werden. Am 22. Oktober wird der Opfer der »

Fotos: Wolfgang Dästner

Eine Metallverzierung mit den olympischen Ringen als Symbol am Haus dokumentiert das Baujahr 1936.

» Gurs-Deportationen gedacht, am 9. November des Synagogenbrandes und am 27. Januar der Opfer des Holocaust. Die zivilgesellschaftlichen Gruppen der Stadt werden eingeladen, bei der Gestaltung der Feierstunden mitzuwirken. Die Stadt lädt Zeitzeugen ein, fördert schulische Projekte der Erinnerung und gibt finanzielle Hilfen bei Fahrten zu Gedenkstätten. Das Stadtarchiv ist sehr rege in der Veröffentlichung wissenschaftlicher Arbeiten zum Thema Nationalsozialismus, Widerstand und Leben in der NS-Zeit.

Umso stärker wurde das Fehlen eines Gedenk- und Lernortes empfunden, an dem besonders für junge Menschen ein lebendiger Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus, seiner Entstehung, aber auch seinen Nachwirkungen möglich werden sollte. Das wird sich hoffentlich bald ändern, denn bis Ende 2021 soll das neue Dokumentationszentrum eröffnet werden.

Die pädagogische Konzeption wird auf einen handlungsorientierten Lernprozess Wert legen, der den Besucher*innen die Möglichkeit gibt, forschend und eigenständig bedeutsame und zugleich ansprechende Objekte in der Dauerausstellung aufzugreifen und vertiefend zu bearbeiten. Denn die Räume bieten insgesamt relativ wenig Ausstellungsfläche, sodass eine Wissensvertiefung durch eine Reihe von Stationen mit digitalisiertem Sachwissen ermöglicht werden muss. Ein gesondertes Geschichtslabor mit Lernplätzen ist geplant.

Ein Beispiel für aktivierende und handlungsorientierte Formate sind die sogenannten „Entdeckungstouren", die selbstentdeckendes Lernen ermöglichen: Die „Entdeckungstour: Biografien", aber auch die „Entdeckungstour: Orte in Freiburg" arbeiten mit der Referenzmethode „Black Boxes", die mittels Rechercheaufgaben und bereitgestellten Informationen zu verschiedenen Stationen führt. Im Falle des biografischen Zugangs geschieht dies innerhalb der Ausstellung, im Falle der „Entdeckungstour: Orte" ist es fußläufig in der städtischen Umgebung des Dokumentationszentrums möglich.

Unter dem Gebäude befand sich ein Luftschutzkeller. Der authentische Raum soll ebenfalls für das Dokumentationszentrum genutzt werden.

Einerseits wird die Dauerausstellung die Geschichte Freiburgs von 1918 bis in die Gegenwart zeigen. Andererseits wird es Möglichkeiten für temporäre Sonderausstellungen geben. Das ehemalige Verkehrsamt hat im Untergeschoss noch einen Luftschutzkeller, der als authentischer Ort besonders geeignet ist, Unrecht und Gewalt der Nazi-Herrschaft darzustellen. Dieses Haus wurde vom einstigen Leiter des städtischen Hochbauamtes Joseph Schlippe im Jahre 1936 erbaut, der ganz Freiburg, aber auch Kehl und Straßburg mit Elementen typischer Nazi-Architektur verändern wollte. Das Gebäude war als Modell für das Bauen in der Nazi-Zeit gedacht und ist damit heute besonders geeignet für seine neuen Funktionen: Erinnern – Vermitteln – Gedenken – Dokumentieren – Forschen.

Zielgruppen sind hauptsächlich Schüler*innen aller Schularten ab der neunten Klasse einschließlich der Auszubildenden der beruflichen Schulen. Aber auch außerschulische Gruppen werden angesprochen. Ziel ist es unter anderem zu verdeutlichen, dass die Vorgänge des 20. Jahrhunderts bis in die Gegenwart reichen und dass sie mit der Wirklichkeit junger Menschen etwas zu tun haben. Auch ihnen stellt sich schließlich die Frage: Wie verhalte ich mich, wenn die Demokratie erneut bedroht ist?

Bildet die Ausstellung mit zahlreichen Fakten die Basis für die Vermittlung und das Erinnern, so bietet ein würdevoll gestalteter Gedenkraum Gelegenheit, der Verfolgten und Ermordeten des nationalsozialistischen Terrors zu gedenken. In diesem Raum sollen nach jetzigem Stand die Fundamentsteine der Alten Synagoge ihren Platz finden. Zwar werden nach wie vor viele Menschen darüber trauern, dass sie sich nicht mehr am ursprünglichen Ort befinden. Stattdessen werden die Steine den Mittelpunkt eines Raumes bilden, in dem stilles Gedenken möglich ist. ■

Wolfgang Dästner ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Südbaden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Interview

„Unser Bekenntnis zur historischen Verantwortung wird infrage gestellt."

Nach jahrelangen heftigen Debatten wurde am 10. Mai 2005 das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin eröffnet. Wir sprachen mit dem Direktor der gleichnamigen Stiftung Uwe Neumärker über seine Bilanz nach 15 Jahren.

Was hat das Denkmal für die ermordeten Juden Europas bewirkt, und was haben Sie als Stiftung erreicht?
Das sogenannte Holocaust-Mahnmal ist zu einer Selbstverständlichkeit im Berliner Stadtbild geworden. Es zählt laut einer Umfrage, nach dem Reichstagsgebäude und dem Brandenburger Tor, zu den beliebtesten touristischen Sehenswürdigkeiten – nicht nur in der deutschen Hauptstadt, sondern in der gesamten Bundesrepublik. Nach den erbitterten Diskussionen um seine Errichtung, Widmung und künstlerische Gestaltung, die Baukosten und dergleichen, die heute praktisch vergessen sind, ist das keine Selbstverständlichkeit. Diese Debatten waren jedoch für die Selbstverständigung der Deutschen über den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit nach der Wiedervereinigung und auch angesichts der Ängste unserer Nachbarn vor einem erneuten „Großdeutschland" von immenser Bedeutung.

Das Denkmal ist und bleibt ein Bekenntnis zu unserer historischen Verantwortung für die deutschen Verbrechen und die ermordeten Juden aus ganz Europa. Es ist Ausdruck eines gesellschaftlichen Konsenses, der allerdings in jüngster Zeit von einigen – wohl gemerkt einer leider sehr ernst zu nehmenden Minderheit – infrage gestellt wird. Aber dass es das Holocaust-Mahnmal ist, das als Symbol der Aufarbeitung des Nationalsozialismus zweideutig eindeutig als „Denkmal der Schande" und Anlass für die Forderung nach „einer erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad" beschimpft wird, unterstreicht seine symbolische Bedeutung für dieses Land nur umso mehr. Wir dürfen es dabei aber nicht belassen: Das Denkmal setzt auch ein Zeichen dafür, in Gegenwart und Zukunft Antisemitismus, Rassismus und jedwede Form von Ausgrenzung aktiv zu bekämpfen und unsere Demokratie aktiv zu gestalten.

Uwe Neumärker

Wir standen nach der feierlichen Übergabe vor der Herausforderung, den Betrieb des „Orts der Information" unter dem Stelenfeld zu organisieren, pädagogische Programme zu entwickeln und die Stiftung als gleichberechtigten Partner in der Berliner sowie der deutschen, europäischen und internationalen Gedenklandschaft zu verankern. Knapp eine halbe Million Besucher in der Dauerausstellung pro Jahr, etwa 2.000 gebuchte Führungen sowie die mittlerweile gezollte Anerkennung für unsere Arbeit und der Besuch hochrangiger Staatsgäste zeigen, dass wir mit unserem Ansatz nicht ganz falsch lagen und liegen.

Wie hat sich die Erinnerungskultur allgemein in den vergangenen 15 Jahren entwickelt und wie haben sich die Aufgaben und die Arbeit der Stiftung Denkmal entsprechend verändert?
Der Beschluss des Deutschen Bundestages zur Errichtung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas im Sommer 1999 ging mit der Selbstverpflichtung einher, „die Erinnerung an alle Opfer des Nationalsozialismus und ihre Würdigung in geeigneter Weise sicherzustellen". Das ist laut Gesetz Aufgabe der Stiftung. Die Entscheidung, das nationale Mahnmal nicht allen Opfern, sondern ausschließlich den europäischen Juden zu widmen, führte – wie zu erwarten – zur Forderung anderer Gruppen nach einem eigenen Erinnerungsort. So errichtete die Bundesrepublik Deutschland ein Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen (2008), ein Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma (2012) sowie den Gedenk- und Informationsort für die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie"-Morde (2014). Sie alle werden von der Stiftung betreut, was 2005 nicht absehbar war.

Darüber hinaus hat sie eine Wanderausstellung zu den Opfern der NS-Militärjustiz erarbeitet, die seit Sommer 2007 in über 50 Orten in Deutschland, Österreich, Belgien und Luxemburg erfolgreich gezeigt wurde. Sie hat dazu beigetragen, dass Österreich Wehrmachtsdeserteure und Deutschland „Kriegsverräter" im Jahr 2009 rehabilitiert haben. Das zeigt zum einen, wie lebendig unsere Erinnerungskultur ist und wie differenziert sie sich entwickelt hat – die nationalen Denkmäler sind ja auch Ausdruck einer sehr vielfältigen deutschen Erinnerungslandschaft. Zum andern verdeutlicht es, wie sich die Arbeit der Stiftung verändert hat. Denn unter Betreuung verstehen wir nicht allein den technischen Unterhalt. Vielmehr bemühen wir uns durch Bildungsangebote, Veranstaltungen, Publikationen, Gedenkzeremonien oder Sonderausstellungen, das Anliegen der Denkmäler umzusetzen und unserem Auftrag gerecht zu werden, jener Opfer zu gedenken, die keinen eigenen Erinnerungsort haben.

Sie planen weitere Erinnerungsstätten. Welche Denkmäler im Verantwortungsbereich der Stiftung wird es in Zukunft noch geben?
Nicht wir planen Erinnerungsstätten. Das ist nicht unsere Aufgabe. Wir betreuen nationale Gedenkorte für NS-Opfer, wenn der Deutsche Bundestag sie beschlossen »

» hat. Derzeit gibt es eine breite Debatte um ein Polen-Denkmal. Wobei unklar ist, wem genau dieser Erinnerungsort gewidmet sein soll. Über die Hälfte der Opfer waren beispielsweise Polen jüdischer Abstammung. Für sie gibt es bereits das Holocaust-Mahnmal. Es steht außer Frage, dass unser Nachbarland in besonderem Maße unter der deutschen Besatzungsherrschaft gelitten hat. Das gilt allerdings auch für Belarussen und Ukrainer. Letztere haben bereits ein eigenes Denkmal gefordert. Auch Griechen und Niederländer haben viele zivile Opfer zu verzeichnen gehabt. Zudem können Denkmäler die Leerstellen historischen Wissens nicht füllen und die notwendige Aufklärung über die deutschen Verbrechen und ihre Opfer nicht leisten.

Der Beirat der Stiftung hat daher die Gründung eines Dokumentationszentrums über die deutsche Besatzungsherrschaft in Europa zwischen 1939 und 1945 unter dem Dach der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas angeregt – als Ort der historischen Aufklärung und Bildung sowie der intergenerationellen Begegnung von Menschen aus den betroffenen europäischen Staaten. Dies sollte ein Ort der Toleranz und Friedensarbeit wie auch des Gedenkens an die zivilen Opfer in ganz Europa während des Zweiten Weltkrieges sein. Die vergleichende Perspektive würde die Gemeinsamkeiten deutscher Okkupation zwischen Pyrenäen und Kaukasus herausstellen, vor allem aber auf die rassistisch motivierten Unterschiede bei der Behandlung der Zivilbevölkerung, der Kriegsgefangenen und der Zwangsarbeiter auf dem Gebiet des Deutschen Reiches aufmerksam machen. Dadurch würde der Charakter des Vernichtungskrieges im Osten und auch im Südosten deutlich.

Am 13. Februar 2020 beschloss der Deutsche Bundestag, „die von den Nationalsozialisten als ‚Asoziale' oder ‚Berufsverbrecher' Verfolgten anzuerkennen und ihre Geschichte aufzuarbeiten". Zugleich forderte er die Bundesregierung auf, „eine modulare Ausstellung in Auftrag zu geben, die historische Information und gedenkendes Erinnern zum Schicksal der als ‚Asoziale' oder ‚Berufsverbrecher' Verfolgten verbindet". Das Konzept soll durch die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Zusammenarbeit mit den KZ-Gedenkstätten erarbeitet werden. Es muss also nicht immer Stein oder Bronze

Foto: Foto: pixabay/Meli1670

Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin.

sein. Wobei sich die Zeugen Jehovas, eine klar abgrenzbare Opfergruppe, als eigenes Denkmal im Berliner Tiergarten ein Kunstwerk aus Bronze wünschen, ergänzt durch eine Informationstafel. Wenn sich das Parlament dieser Idee annimmt, obläge die Betreuung des Denkmals uns.

75 Jahre nach Kriegsende läuft wieder eine Debatte, wie „wir" als Deutsche den 8. Mai nennen sollen: Niederlage oder Befreiung? Was bedeutet diese Diskussion aus Ihrer Sicht?

Ich bin ohnehin erstaunt, wie lebendig die Diskussionen ein Menschenleben nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht und dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa am 8./9. Mai 1945 derzeit verlaufen. Für die einen war es Niederlage (nicht nur für überzeugte Nazis), für andere Befreiung (zu DDR-Zeiten als Begriff Staatsdoktrin). Ein Zusammenbruch der damaligen Ordnung war es gewiss, eine Stunde Null ganz gewiss nicht. Die Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 hat die Landkarte im Osten Europas verändert, der Kalte Krieg den Kontinent bis zu den mutigen Freiheitsbewegungen 1989/90 gespalten. Dann haben wir ein Zusammenwachsen erlebt, das seit etwa fünf Jahren immer mehr gefährdet ist. Eine Begriffsdiskussion halte ich für wenig sinnvoll. Ich würde eher die Frage stellen, welches die Werte sind, zu denen wir uns aufgrund der leidvollen Erfahrungen dieses Krieges als Deutsche und Europäer verpflichtet haben – und wie wir sie schützen oder verteidigen?

Wenn ich Sie in 15 Jahren noch einmal nach der Bilanz und den Erfolgen der Stiftung Denkmal frage, welche Antwort würden Sie dann gerne geben können?

Da müsste ich jetzt meine Glaskugel entstauben … Wenn sich die Welt weiter so rasant entwickelt wie in den vergangenen 15 Jahren, werden wir hoffentlich Digitalisierung und Einwanderungsgesellschaft begriffen und umgesetzt haben. Der Umgang und die Auseinandersetzung der jetzt jungen und der künftigen Generationen mit den damaligen Ereignissen befinden sich trotz des zeitlichen Abstandes in einem stetigen Prozess der Veränderung und Weiterentwicklung. Wir sind auf neue Zugänge gespannt. Einen fortwährenden und immer neuen Anknüpfungspunkt bietet etwa der Aspekt der Selbstbehauptung im Dritten Reich. Insbesondere für diejenigen, die mitgestalten möchten und denen demokratische und politische Teilhabe ein Anliegen ist, können und sollen die Denkmäler im Bestand der Stiftung mit ihren Angeboten auch in 15 Jahren noch Orte des Lernens, der Information und Begegnung sein. Erfolge für die Stiftung wären, weiterhin möglichst viele Menschen mit unseren Inhalten zu erreichen – mit pädagogischen Angeboten, mit Publikationen und mit unseren Veranstaltungen, für die wir uns mehr junge Gäste wünschen.

Ich hoffe, dass bis 2035 das erwähnte Dokumentationszentrum Gestalt angenommen hat – auch zur Stärkung des europäischen Gedankens. Ich stehe dann ohnehin kurz vor der Rente. Aber letztlich ist derzeit unklar, wie die Corona-Pandemie die Menschen – und damit auch das Publikum von Gedenkstätten und Museen – verändern wird. ■

Die Fragen stellte Dr. Dennis Riffel.

Saba-Nur Cheema

Verdächtig sind die anderen

Umgang mit Antisemitismus unter Muslim*innen und antimuslimischem Rassismus in der Bildungsarbeit

„In meiner Gruppe ist ein Junge, der Hitler verherrlicht und gegen Juden hetzt. Keine Ahnung, wo er herkommt, Türkei, Marokko oder so was, aber auf jeden Fall ist er Muslim."

Mit obiger Aussage wandte sich eine Lehrkraft an die Anne Frank Bildungsstätte und bat um Unterstützung bei einem adäquaten Umgang mit „muslimischem Antisemitismus". Gut so: Genau hinzuschauen und zuzuhören, wenn Jugendliche kontroverse Aussagen machen, ist eine wesentliche und herausfordernde Aufgabe von Pädagog*innen. Im genannten Fall ist es dringend notwendig, die Verherrlichung Hitlers und die Hetze gegen Juden und Jüdinnen zu problematisieren und pädagogisch zu intervenieren. Gleichzeitig gehört es zur Aufgabe von Pädagog*innen, selbstreflexiv zu handeln und eigene vorhandene Vorurteile kritisch zu hinterfragen. In diesem Beispiel paarte sich der gute Wille, etwas gegen Antisemitismus zu tun, mit einer gängigen Fremdzuschreibung, zugespitzt formuliert: Muslimische Jugendliche seien per se antisemitisch: „... auf jeden Fall ist er Muslim." Dies passiert nicht selten.

Foto: Bildungsstätte Anne Frank/Felix Schmitt

Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Workshops der Anne Frank Bildungsstätte. Pädagogische Arbeit mit jungen heterogenen Gruppen funktioniert nur mit Verständnis dafür, dass sich Jugendliche in der Orientierungsphase befinden. Die Herausforderung dabei: Über Antisemitismus reden, ohne selbst in Klischees zu verfallen.

„Die Muslime sind …"

Nicht nur in Deutschland, sondern in zahlreichen europäischen Staaten ist eine Zunahme islamfeindlicher und antimuslimischer Ressentiments zu beobachten, ebenso wie Angriffe gegen Muslim*innen und Orte, an denen sie sich aufhalten. Studien und Umfragen belegen, dass die feindlichen Stimmen und Stimmungen gegen Muslim*innen im Schul- und Arbeitsalltag zu hören und zu spüren sind. Mediale Berichterstattung über „den Islam" und „die Muslime" ist seit geraumer Zeit mit Gewalt, Terror und Unterdrückung konnotiert. Der Kommunikations- und Islamwissenschaftler Kai Hafez stellt in seinen Diskursanalysen fest, dass der Islam und Muslim*innen mehrheitlich negativ dargestellt werden. Trotz einzelner Beiträge, die sich um eine differenzierte Berichterstattung über den Islam, über Muslim*innen und die islamische Welt bemühen, gehe es mehrheitlich um Bedrohungsszenarien und gewaltvolle Themen.

Die verschiedenen Merkmale, die Muslim*innen als solche identifizieren und erkennbar machen, sind dabei willkürlich und undifferenziert. Wenn es in aktuellen Debatten um Migration und Integration fast schon selbstverständlich um „die Muslime" geht, ist dies laut Yasemin Shooman das „Resultat einer Wahrnehmungsverschiebung, infolge derer aus den Menschen, die vormals als Gastarbeiter*innen oder Ausländer*innen wahrgenommen wurden, zunehmend Muslim*innen geworden sind". Dabei sei zu beobachten, dass die Bezeichnungen „Migrant", „Araber", „Türke" und „Muslim" austauschbar sind und ähnliche Verwendung finden.

Die Gemüter bewegt nun die Frage, ob der Islam, nein: die Muslim*innen zu Deutschland gehören. Unabhängig davon, ob die Frage bejaht oder verneint wird, ist sie selbst ein praktisches Beispiel dafür, wie Muslim*innen zu „anderen" gemacht werden. Über sie wird gesprochen, über ihre Zugehörigkeit gestritten, über ihre Anpassungsfähigkeit gerätselt. Während sich deutsche Muslim*innen geäußert haben und das noch immer tun, bleibt das „Wir" weiterhin exklusiv.

Wie aber können wir vor diesem Hintergrund angemessen über aktuelle antisemitische, homophobe und andere abwertende Einstellungen in der Migrationsgesellschaft reden? Letztlich geht es um die Art und Weise der Kritik, der Sprache und um eine Frage von Repräsentanz, sprich: Wer spricht wie und mit wem?

Antisemitismus unter Muslim*innen

Wenn es heute um Antisemitismus geht, liegt der Fokus besonders auf der Verbreitung antisemitischer Einstellungen bei »

» Muslim*innen. Es sollte jedoch klar sein, dass der Hass auf Juden und Jüdinnen nicht erst durch die Migration von Muslim*innen in der postnationalsozialistischen Gesellschaft zum Problem wurde. Denn dort ist eine ganz spezifische Form des Antisemitismus sichtbar, der nicht trotz, „sondern wegen Auschwitz" artikuliert wird. Der israelische Psychoanalytiker Zvi Rex sagte sarkastisch: „Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nicht verzeihen." Nun kennen die meisten nichtmigrantischen und nichtmuslimischen Pädagog*innen solche Formen der Judenfeindschaft aus dem Motiv der Erinnerungsabwehr heraus und können damit womöglich entsprechend leichter umgehen – schließlich kommt es ihnen bekannter vor.

Die nun verkürzte Erklärung, Antisemitismus sei vor allem unter Muslim*innen verbreitet, wird dem Phänomen nicht gerecht. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Antisemitismus muss alle Artikulations- und Erscheinungsformen sowie Ausprägungen in spezifischen Milieus einbeziehen – und dabei nicht außer Acht lassen, wie verflochten und wechselwirksam beispielsweise rechtsextreme und islamistische Artikulationsformen sind.

Antisemitische Einstellungen in islamisch geprägten Gesellschaften und bei deutschen Muslim*innen zu leugnen ist ähnlich pauschal und falsch, wie einen Zusammenhang zwischen Muslimsein und antisemitischen Haltungen zu vermuten.

Ein Ergebnis der Antisemitismusforschung heute ist, dass der in islamisch geprägten Gesellschaften existierende Antisemitismus im Ursprung ein Phänomen ist, das im Zuge des Kolonialismus aus Europa kam. Michael Kiefer beschreibt drei historische Phasen dieser Entwicklung und weist darauf hin, dass sich der Antisemitismus an eine „islamistische Semantik" angepasst habe. Kiefer verwendet daher den Begriff des „islamisierten Antisemitismus".

So ist das Feindbild des „Juden" aus dem europäischen Antisemitismus und der nationalsozialistischen Ideologie von arabisch-palästinensischer Seite nach der Staatsgründung Israels 1948 durch das konstruierte Feindbild „Israel" erweitert und abgewandelt worden. Dieser zunächst recht simpel erscheinende Transfer ist ein wesentlicher Aspekt für das Verstehen antisemitischer Aussagen und Deutungen in der heutigen Zeit, besonders wenn sie von Muslim*innen kommen.

Der islamistische Antisemitismus ist als ein modernes Phänomen zu begreifen, das sich durch das Aufkommen fundamentalistischer Gruppen im Laufe des 20. Jahrhunderts durchsetzen und tief in der Gesellschaft verbreiten konnte. Zu seiner Spezifik tragen diverse Ereignisse in islamisch geprägten Ländern sowie die Zunahme transnational agierender islamistischer Gruppen bei. Auch spielt der Nahost-Konflikt eine besondere Rolle. So wird allein die Staatsgründung Israels bis heute als eine Fortsetzung des europäischen Kolonialismus propagiert und das Existenzrecht Israels infrage gestellt. In den zeitgleichen politischen Entwicklungen und Modernisierungsprozessen in arabischen und mehrheitlich islamischen Staaten wurden antisemitische Feindbilder verstärkt und massiv verbreitet. Die Krisen und teils gescheiterten Nationalstaatswünsche arabisch-muslimischer Bewegungen bewirkten zum Teil eine tiefe Frustration gegenüber Europa und "dem Westen". Durch den Erfolg islamistischer Bewegungen wirkten antisemitische Stereotype und Feindbilder in weite Teile der islamisch geprägten Gesellschaften hinein.

Antimuslimische Wahrnehmung von Antisemitismus

Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, dem entgegengewirkt werden muss. Der Fokus auf Muslim*innen birgt sowohl die Gefahr einer rassistischen Pauschalisierung als auch der Externalisierung von Antisemitismus. Der weit verbreitete Antisemitismus in unterschiedlichen Gruppen im postnationalsozialistischen Deutschland wird damit relativiert und das Problem verlagert.

Muslimische Jugendliche in Deutschland, deren Familien einen Migrationshintergrund in Staaten und Bevölkerungsgruppen haben, die im Konflikt mit Israel stehen, kennen womöglich spezifische antisemitische Stereotype und Verschwörungstheorien. Diese Narrative werden von der nichtmuslimischen Mehrheitsgesellschaft oftmals schlecht oder gar nicht verstanden, was viele Pädagog*innen verunsichert. Die Reaktion ist dabei entweder eine Skandalisierung oder das Nicht-Benennen aus Angst vor dem Vorwurf, rassistisch oder islamfeindlich zu sein.

Herausforderung: Gleichzeitigkeit von Antisemitismus- und Rassismuskritik

Die Herausforderung für pädagogisch Verantwortliche ist es, in kritischem Bewusstsein anzuerkennen, dass muslimische Jugendliche Rassismus und Stigmatisierung erleben, aber zugleich antisemitische Einstellungen haben können. Beide Realitäten dürfen nicht gegeneinander aufgewogen werden. Nur weil Muslim*innen Rassismuserfahrungen machen, dürfen ihre antisemitischen Äußerungen nicht ignoriert oder auf paternalistische Art bagatellisiert werden.

In pädagogischen Räumen muss klar sein, dass Grenzen zu ziehen sind, wenn Antisemitismus, Rassismus oder andere Abwertungen artikuliert werden. Es sollte selbstverständlich sein, immer zu reagieren, wenn menschenverachtende Äußerungen gemacht werden. Dabei besteht das Interventionsziel darin, (potenzielle) Betroffene zu schützen. Diesen kann dadurch glaubhaft signalisiert werden, dass ihre Erfahrungen und Verletzungen ernst genommen werden und es Ansprechpartner*innen und Räume gibt, die sie aufsuchen können. Dort brauchen sie vor weiterer Verletzung durch Relativierung oder Negierung des Erlebten, vor ungewollter Veröffentlichung oder dem Verlust von Handlungsfähigkeit und Kontrolle keine Angst zu haben. Nicht selten verheimlichen Jugendliche aufgrund schlechter Erfahrungen ihre religiöse oder nationale Zugehörigkeit.

Von besonderer Relevanz ist dabei die Sprache und Wortwahl der Pädagog*innen: Während der Intervention gegen Diskriminierung sollten sie nicht selbst fremdzuschreibend und kulturalisierend werden – wie im Eingangszitat „... auf jeden Fall ist er Muslim". Auch ist es wichtig, zwischen Person und Problem zu trennen: Jugendliche in der Adoleszenz orientieren sich und probieren immer wieder Neues aus – dazu gehören jugendkulturelle Codes, Slang und Rhetorik. Ein Jugendlicher, der „du Jude" als Schimpfwort verwendet, sollte nicht pauschal als Antisemit abgestempelt, sondern die Beschimpfung sollte als antisemitisch erklärt werden. Jugendliche bleiben veränderungsfähig. Ihnen muss die Möglichkeit gegeben werden, sich von ihren Aussagen zu distanzieren.

Eine konkrete Handlungsempfehlung für ein besseres Verständnis der Jugendlichen mit muslimischen Hintergründen ist es, mehr muslimische Pädagog*innen in den relevanten Handlungs- und Praxisfeldern zu beschäftigen. Wenn sich Jugendliche kaum oder selten mit Autoritätspersonen identifizieren können, kann dies zu einem verstärkten Gefühl der Nicht-Zugehörigkeit führen. Daher ist es wichtig, hier neue Perspektiven und Narrative einzubringen – eine dringende und notwendige Bereicherung des pädagogischen Könnens in der Migrationsgesellschaft. ■

Literatur:

Ronald Lutz, Doron Kiesel (Hg.)
Sozialarbeit und Religion.
Herausforderungen und Antworten.
Beltz Juventa, Weinheim 2016
Taschenbuch, 366 Seiten
ISBN 978-3-77-992357-2 · 24,95 €

Kai Hafez, Sabrina Schmidt
Die Wahrnehmung des Islams in Deutschland.
Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2015
Taschenbuch, 80 Seiten
ISBN 978-3-86-793578-4 · 18,00 €

Wolfram Stender, Guido Follert, Mihri Özdogan (Hg.)
Konstellationen des Antisemitismus.
Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis.
Nomos, Wiesbaden 2010.
Taschenbuch, 330 Seiten
ISBN 978-3-84-871683-8 · 49,00 €

Yasemin Shooman
„... weil ihre Kultur so ist." Narrative des antimuslimischen Rassismus.
transcript, Bielefeld 2014.
Taschenbuch, 260 Seiten
ISBN 978-3-15-020520-4 · 12,95 €

Saba-Nur Cheema ist pädagogische Leiterin der Bildungsstätte Anne-Frank-Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen.

Antisemitismus in Deutschland

Die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen war laut der „Mitte-Studie" der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in den vergangenen Jahren stagnierend. Im langfristigen Vergleich bei den Einstellungen der Menschen hat es einen leichten Rückgang des Antisemitismus gegeben. Die Autoren weisen jedoch darauf hin, dass bei einer Einschätzung des Problems neben den in der Studie betrachteten Einstellungen auch die Zahl antisemitischer Taten berücksichtigt werden müssten. So hatten sich im Zeitraum des Berichtes von 2018 bis 2019 alltägliche Hasstaten wie Mobbing gegen jüdische Schüler vermehrt.

Die Forscher unterscheiden bei Ihren regelmäßigen Umfragen zudem klassischen, sekundären und israelbezogenen Antisemitismus. Bezogen auf den klassischen Antisemitismus werden Zustimmungswerte zu den Aussagen: „Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss" und „Durch ihr Verhalten sind Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig" abgefragt. Hier verhalten sich 7,5 bis 8,1 Prozent zustimmend. Wenn bei der Befragung darüber hinaus auch die Antwort „teils/teils" möglich ist, stimmen etwa 4 Prozent diesen Aussagen „eher" oder „voll und ganz" zu.

In der Kategorie sekundärer Antisemitismus wird die Aussage „Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen" abgefragt. Hier stimmen 21,6 (bei der weiteren Antwortmöglichkeit „teils/teils": 12,5) Prozent zu.

Bei israelbezogenem Antisemitismus sind die Werte noch höher: 26,6 (16,3) Prozent teilen die Meinung: „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat." Den Vergleich „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts Anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben," finden gar 39,4 (27,3) Prozent zutreffend.

Zusammengefasst: Jede zehnte Person stimmt Aussagen zu, die man dem klassischen Antisemitismus zurechnen kann, rund ein Viertel stimmt vor allem israelbezogenem Antisemitismus zu. Die Autoren der Studie, Beate Küpper und Andreas Zick, beobachten in dem Zusammenhang, dass in der öffentlichen Diskussion vor allem antisemitische Tendenzen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen, die innerhalb muslimisch-migrantischer Communities und bei islamistischen Gruppierungen auftauchen. Religion und Kultur würden hierbei als Begründungen angeführt. Die lange Tradition des Antisemitismus im Christentum und heutige israelbezogene antisemitische Ressentiments in friedensbewegten christlichen Kreisen seien hingegen kaum ein Thema. Dies gelte ebenso für die Verankerung des Antisemitismus in der abendländischen Kultur. Die Autoren schreiben: „... der Fingerzeig beim Antisemitismus geht bevorzugt auf die ‚Anderen', der Holocaust wird gern verdrängt." ■

Literaturempfehlung:

Andreas Zick/Beate Küpper/Wilhelm Berghan:
Verlorene Mitte – Feindselige Zustände.
Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19
Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung v. Franziska Schröter
Broschur, 332 Seiten
ISBN 978-3-8012-0544-7 · 14,90 €

Interview über Antisemitismus heute:

„Das Geschehen im Netz spiegelt sich in unserem Alltag wider."

Irina Katz ist Vorsitzende der Israelitischen Gemeinde in Freiburg im Breisgau. Wir sprachen mit ihr darüber, wie sich aus ihrer Sicht Antisemitismus heute bemerkbar macht.

Frau Katz, wenn Sie an die Zeit vor den Kontaktbeschränkungen zurückdenken, wie würden Sie die Situation beschreiben: Haben Sie sich als Jüdin in Ihrem Alltag sicher gefühlt?
Ich kann nicht sagen, dass ich mich ganz sicher gefühlt hätte. Seit etwa zwei Jahren ist ein Anstieg antisemitischer Vorfälle festzustellen. In Freiburg vielleicht sogar mehr als in anderen Regionen, weil die Politik spät auf diese Tendenz reagiert hat. Freiburg versteht sich als liberale, grüne Stadt und da dachte man wohl: „Antisemitismus gibt es vielleicht in Berlin und München, aber nicht in Freiburg." Dies war wohl auch die Einstellung des inzwischen abgewählten grünen Oberbürgermeisters Dieter Salomon.

Dabei gab es wirklich gravierende Fälle von Antisemitismus, besonders in Schulen. Jüdische Kinder wurden von ihren Klassenkameraden angegriffen. Bei uns in der Gemeinde haben sich Eltern, Lehrer oder auch Kinder gemeldet, die besorgt waren und nicht wussten, wie sie auf die Anfeindungen reagieren können. Die Vorfälle führten schließlich dazu, dass einige jüdische Familien entschieden haben, den jüdischen Religionsunterricht an der Schule nicht in Anspruch zu nehmen, um sich nicht als jüdisch zu outen. Die Kinder gehen nun in den katholischen oder evangelischen Religionsunterricht. Das ist schade. Seit rund zehn Jahren gibt es das Angebot jüdischen Religionsunterrichts an der Schule, dafür werden in Heidelberg im Fachbereich Jüdische Studien Lehrer ausgebildet. Zu Beginn gab es zu wenige Lehrkräfte. Und nun ist die Nachfrage der Schüler zu gering.

Angefangen hat es also mit den Schulen, doch mittlerweile kann man etwas überspitzt sagen, dass ein Alltag ohne Antisemitismus hier nicht mehr existiert. Es geht dabei vor allem um Beleidigungen und Beschimpfungen.

Foto: privat

Irina Katz

Sie sind selbst Opfer einer solchen Attacke geworden ...
Das war im letzten Sommer. An einem Sabbattag im Juli bin ich auf den Stufen vor unserer neuen Synagoge von einem Mann verbal angegangen, aber auch körperlich bedroht worden. Unsere Überwachungskamera hat das aufgezeichnet, der Fall ging durch die Presse.

Was genau ist passiert?
Er ist mit einem spitzen Gegenstand in der Hand auf mich zu und hat mich beschimpft. Ich habe gar nicht alles davon verstanden. Die Bild-Zeitung hat später mithilfe des Videos den genauen Text entschlüsselt: „Mich wundert nicht, dass Hitler euch vergast hat", brüllte er, und so weiter und so fort. Mir kam damals eine mutige Frau zu Hilfe. Sie kannte mich und fragte: „Frau Katz, brauchen Sie Hilfe?" Und ich habe gesagt: „Ja bitte, rufen Sie die Polizei!" Sie hat gewartet, bis die Polizei kam, obwohl sie in Eile war. Der Täter ließ sich davon irritieren. Wenn diese Frau ihn nicht abgelenkt hätte, wer weiß, was noch passiert wäre. Unsere Überwachungskamera hat weitere ähnliche Vorkommnisse aufgenommen. Wir haben viele Strafanzeigen gestellt. Mein eigener Fall ist noch im laufenden Verfahren. Nur gibt es bis heute nicht eine einzige Verurteilung. Das ist fatal.

Woran liegt das?
Entweder waren die Urheber nicht zu ermitteln, oder sie wurden als psychisch krank und schuldunfähig eingestuft. Oder die Täter hatten weitere Straftaten begangen, die als schwerwiegender galten. Die antisemitischen Beschimpfungen fielen dann unter den Tisch.

Doch wenn die Täter ungestraft davonkommen, folgen Nachahmer. Und irgendwann geschehen Dinge wie in Halle, wo ein Täter Menschen in der Synagoge erschießen wollte und zwei Unbeteiligte umgebracht hat.

Das heißt, es muss immer erst etwas richtig Schlimmes passieren, bevor etwas unternommen wird?
Ja. Für uns gab es nach dem Attentat von Halle immerhin eine Verbesserung des Polizeischutzes. Bei unseren Gottesdiensten und bei großen Veranstaltungen regelt jetzt die Polizei den Einlass und ist während der ganzen Zeit präsent. Früher fuhr höchstens einmal eine Streife vorbei. Die Polizei sagte: „Wir haben dafür keine Kapazitäten und es besteht ohnehin keine Gefahr." Aber nun, nach Halle, hat man Kapazitäten gefunden. Der Polizeipräsident von Freiburg rief mich am Tag des Anschlages an und sagte: „Frau Katz, Entschuldigung, wir haben die Situation nicht richtig eingeschätzt."

Dabei hatten wir und Michael Blume, der Landesbeauftragte gegen Antisemitismus und für das jüdische Leben, immer wieder Hinweise gegeben, auch über Verschwörungsmythen im Internet.

Ist abgesehen vom verstärkten Polizeischutz noch etwas Positives geschehen?
Nach einem weiteren Vorfall im vergangenen Jahr gab es eine Welle der Solidarität mit uns. Ein Student war zuvor im Fitnessstudio von einem palästinensischen Jugendlichen angegriffen worden, ihm wurde die Kippa vom Kopf gerissen. Wir haben dann den ersten baden-württembergischen „Kippa-Tag" in Freiburg mitorganisiert. Daran haben immerhin 350 Menschen teilgenommen. Im Anschluss gründete sich die christliche Gruppe „Schalom", die uns seitdem unterstützt. Die Menschen sind sensibilisiert, es gab be-

reits mehrere gute Seminare und Tagungen, etwa mit der Caritas. Wir haben auch ein großes Fortbildungsseminar für Lehrerinnen und Lehrer zum Umgang mit Antisemitismus an Schulen geplant. Das muss nun leider wegen des Corona-Virus verschoben werden.

Und mit der Corona-Krise kommt schon wieder ein ungutes Gefühl.

Sie meinen, wieder neue Verschwörungstheorien?
Ich rede lieber von Verschwörungsmythen. Es sind Mythen, wie im Mittelalter bei Ausbrüchen der Pest. Da hieß es auch, dass die Juden schuld daran seien. Nun leiten mir Gemeindemitglieder immer wieder Behauptungen weiter, die sie im Internet gefunden haben. Beispiel: Das Virus sei im Labor von Amerikanern und Zionisten gemacht worden. Diese Mythen erreichen uns in allen Sprachen, auch aus russischen oder französischen Quellen – weltweit.

Beschränkt sich das aufs Internet?
Das Netz scheint vielleicht etwas abstrakt, seine Wirkung ist aber zugleich nah am Leben. Am Anfang, als es noch keine Kontaktsperren gab, hatten wir eine Beerdigung und fuhren mit dem Taxi dorthin. Der junge Taxifahrer wusste, dass wir jüdisch sind. Er erzählte uns die gleichen Geschichten: Juden und Zionisten hätten das Virus im Labor hergestellt, um die Weltbevölkerung zu verkleinern, damit alle überwacht werden können. Und um Geld ginge es natürlich auch. Das Geschehen im Netz spiegelt sich auch in unserem Alltag wider.

Sie sind in den 1990er Jahren mit Ihrer Familie aus der Ukraine eingewandert. Wie war die Situation für Sie, bevor Sie nach Deutschland kamen?
Ich komme aus dem südöstlichen Teil der Ukraine, der sich stark an Russland orientiert und in dem es jetzt Krieg gibt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion mit sozialen Härten für die ganze Bevölkerung wurde der Antisemitismus dort unerträglich.

Wenn es irgendeine Krise gibt, schreit der Antisemitismus: „Wer ist schuld an dem Ganzen? Natürlich Juden!" Ich wollte nicht auswandern, ich hatte meinen Beruf als Lehrerin, es war eine Berufung für mich. Mit der Auswanderung haben wir erst einmal alles verloren. Meine Eltern ihre Rentenansprüche, ich meinen Beruf und meine Rentenansprüche. Und mein Kind saß dann hier in der Schule und verstand kein Wort Deutsch. Das war ein Albtraum. Aber es ging nicht anders.

Wenn Sie an die Anfangszeit in Deutschland zurückdenken, wie hat sie sich von der heutigen unterschieden?
Wir sind 1993 als Kontingentflüchtlinge nach Deutschland gekommen. In dieser Zeit haben wir keinerlei Antisemitismus gespürt. Das heißt nicht, dass es ihn nicht gab, aber antisemitische Einstellungen waren tabuisiert. Wir haben damals sehr, sehr, sehr viel Hilfe bekommen. Viele, besonders ältere Juden haben wie wir Deutschland als Zuwanderungsziel ausgesucht, weil es hier solide staatliche Hilfen und eine Krankenversicherung gab. Aber für uns war es in den ersten Jahren eben auch ein Leben ohne spürbaren Antisemitismus.

Das änderte sich in meiner Erinnerung mit der Walser-Rede 1998. Martin Walser hatte den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels bekommen und in der Frankfurter Paulskirche von Auschwitz als „Moralkeule" gesprochen. Er wollte einen Schlussstrich unter die Erinnerungskultur setzen. Dann kam das „Projekt 18" der FDP. Um bei der Bundestagswahl 2002 mehr Stimmen zu bekommen, war sich vor allem der Politiker Jürgen Möllemann nicht zu schade, die Juden selbst für den Antisemitismus verantwortlich zu machen. Und er verglich die israelische Politik mit „Nazi-Methoden". Das war ein großer Schock für uns. Seitdem hielt eine Art Salon-Antisemitismus Einzug in die Gesellschaft. Auch wenn wir das im Alltag noch nicht so spürten.

Im Nahen Osten eskalierte die Situation unterdessen weiter, und mit dieser Entwicklung erreichte der Antisemitismus auch die Straße. Natürlich darf man Israel für seine Politik kritisieren. Aber hinter dieser legitimen Kritik verbirgt sich oft auch Antisemitismus. Ich selbst war ein einziges Mal als Touristin in Israel. Warum sagt man jetzt in Freiburg zu mir: „Ihr Juden seid schuld, dass es den Palästinensern in Israel schlecht geht"?

Die antiisraelische BDS-Bewegung ist sehr stark in der Freiburger linken Szene präsent. In einem Bioladen wollte ich Datteln kaufen, die aus israelischen Siedlungen kamen. Von einem jungen Mann musste ich mir anhören: „Die Juden in Israel machen mit den Palästinensern das Gleiche, was Hitler mit euch Juden gemacht hat!"

Was müsste denn, abgesehen von den positiven Signalen, die Sie erwähnt haben, weiterhin getan werden, damit sich Juden sicher fühlen können?
Die antisemitischen Vorfälle der jüngsten Zeit haben in den Schulen angefangen, und hier müssen wir auch ansetzen. Schüler und deren Eltern, auch diejenigen mit Migrationshintergrund, müssen sensibilisiert werden. Ihnen muss die spezifische Bedeutung des Themas für Deutschland vermittelt werden. Viele Menschen sagen, es werde zu viel über den Holocaust gesprochen. Doch wenn Schüler zu uns in die Synagoge kommen, auch Gymnasiasten, wissen sie oft nicht viel. Weder über den Holocaust noch über Juden in Deutschland heute. Schon in den Schulbüchern ist vieles verbesserungswürdig.

Über diese Themen kann und sollte man bereits in der Grundschule sprechen, vielleicht nicht in den unteren Klassen. Aber zehnjährige Kinder können sensibilisiert und angeregt werden, sich einzumischen, wenn einem anderen Schüler Unrecht geschieht. Darüber hinaus müssen die Lehrer fortgebildet werden, wie wir es ja auch geplant hatten, bevor uns das Virus dazwischenkam. In unserer Gemeinde veranstalten wir normalerweise 200 Synagogenführungen im Jahr für Kinder verschiedener Altersgruppen. Wir erzählen dabei auch etwas über jüdisches Leben und unsere Feste, damit unsere Kultur nicht mehr so fremd auf sie wirkt. Auch muslimische Kinder kommen zu uns, aber wir hätten hier gern noch mehr Kontakte. Wir tun uns leider etwas schwer, die richtigen Ansprechpartner zu finden.

Für Kinder, die erst vor Kurzem nach Deutschland eingewandert sind, sollte es für sie zur Orientierung zudem Extra-Programme in deutscher Geschichte geben. ■

Die Fragen stellte Liane Czeremin.

Vor der Synagoge in Freiburg wurde der Menschen in Halle gedacht, die bei einem antisemitischen Anschlag ihr Leben verloren oder um ihr Leben fürchten mussten, als der Täter versuchte, in die örtliche Synagoge einzudringen.

Foto: wikipedia/Andreas Schwarzkopf

Interview zum Kosovo-Krieg

„Ein großes Übel zur Verhinderung eines unerträglichen Übels“

Direkt nach der von rot-grün gewonnenen Bundestagswahl 1998 stand zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik eine Entscheidung über Krieg und Frieden an, die auf eine direkte Beteiligung der Bundeswehr an Luftangriffen gegen Serbien hinauslief (siehe Kasten).

Die Entscheidung für den NATO-Einsatz im Kosovo-Krieg, der dann im Frühjahr 1999 stattfand, hätte die mehrheitlich pazifistisch ausgerichtete Regierungspartei Bündnis 90/Die Grünen beinahe zerrissen. Wir sprachen mit Winfried Nachtwei über diese historische Zäsur und die Lehren, die daraus zu ziehen sind. Nachtwei ist Friedens- und Sicherheitsexperte und saß als Abgeordneter für die Bündnisgrünen damals im Verteidigungsausschuss des Bundestages. Seit mehreren Jahrzehnten leistet er zudem wichtige Erinnerungsarbeit und ist regelmäßig im Baltikum und in Weißrussland auf Spurensuche zum Vernichtungskrieg der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg. Auf seiner Homepage nachtwei.de stellt das Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zahlreiche seiner Beiträge und Aufzeichnungen zu diesen Themenbereichen zur Verfügung.

Herr Nachtwei, wie haben Sie diese Zerreißprobe zum Kosovo-Krieg 1998/99 persönlich erlebt und eingeordnet?
Für uns bestand ein großer Ziel- und Wertekonflikt: Einerseits ging es um den Schutz der bedrohten Zivilbevölkerung im Kosovo. Die Situation dort war zuvor enorm eskaliert, ohne dass dies in der deutschen Öffentlichkeit und im Bundestag groß wahrgenommen wurde. Doch dann hatte UN-Generalsekretär Kofi Annan Ende September einen alarmierenden Bericht veröffentlicht. Zu dem Zeitpunkt gab es schon über 230 000 Vertriebene im Kosovo, er befürchtete eine humanitäre Katastrophe. Der UN-Sicherheitsrat machte in einer Resolution primär den exzessiven Gewalteinsatz der serbischen beziehungsweise jugoslawischen Kräfte für die Situation verantwortlich.

Auf der anderen Seite gab es für eine Gewaltandrohung der NATO kein Mandat des UN-Sicherheitsrates, sie war nicht vom Völkerrecht gedeckt. Das war eine sehr zwiespältige Situation, in der ich mich zunächst gemeinsam mit einigen Fraktionskollegen der Stimme enthalten habe.

Als einige Monate später alle weiteren Verhandlungen mit Serbien gescheitert waren und tatsächlich Kampfhandlungen eingeleitet wurden, war das für uns in Regierungsverantwortung ein extremer Realitätsschock. Die Rolle war eine ganz andere als in der Opposition: Es musste gehandelt werden, hier und jetzt. Zwar nicht alleine, sondern gemeinsam mit Verbündeten. Aber wir standen in Verantwortung für die Folgen des eigenen Tuns – oder des eigenen Unterlassens. Ich habe diesmal zugestimmt und meine Entscheidung für mich so formuliert: Ich trage ein großes Übel mit zur Verhinderung eines unerträglichen Übels: zur Verhinderung eines neuen Völkermordes, wie er zuvor in Bosnien geschehen war.

Für die Grünen bedeutete der Krieg einen Bruch mit der friedenspolitischen Programmatik. Der Streit explodierte, es wurden massenweise politische Tischtücher zerschnitten. Wir, die wir die Luftangriffe mitgetragen haben, standen für viele als Verräter da. Das war die heißeste Phase, und die schwierigste, die ich in meinem politischen Leben mitgemacht habe.

Inwiefern hat damals Ihre Erinnerungsarbeit, die Sie seit Jahrzehnten in Bezug auf die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg im Baltikum leisten, eine Rolle für Ihre Haltung gespielt?
Die Erinnerungsarbeit und die Spurensuche zum Vernichtungskrieg in Weißrussland und im Baltikum, die Arbeit mit Holocaust-Überlebenden, war ein sehr wichtiger Hintergrund für mich um zu verstehen, welch großen Stellenwert in Krisen- und Kriegszeiten der Schutz der Zivilbevölkerung vor Massengewalt einnehmen muss. Noch während der Zeit des Bosnien-Krieges hatte ich diese Dimension des Krieges jedoch verdrängt – wie mit mir viele andere – weil ich gleichzeitig die Befürchtung hatte, dass bundesdeutsche Politik Militäreinsätze zu einem normalen Instrument von Außenpolitik machen würde, also eine Remilitarisierung der Außenpolitik vollziehen würde. Dieser Blick hat sich bei mir erst nach dem Bosnien-Krieg verändert.

Sie waren 1996 mit den Vorständen Ihrer Partei und Fraktion in Bosnien gewesen, um sich nach dem Ende des Bosnien-Krieges vor Ort zu informieren. Was hatte diese Reise für eine Bedeutung für Sie und Ihre Mitreisenden?
Wir waren uns damals einig bezogen auf

KFOR-Checkpoint der Bundeswehr in Prizren.

Foto: privat

Foto: privat

Schlüsselerfahrung für Spitzenvertreter der Grünen 1996 am Hang von Sarajevo: nach vorne blickend zu sehen sind Jürgen Trittin, Krista Sager, Werner Schulz (v.l.), im hellen Parka Joschka Fischer.

humanitäre Hilfen und auf die Hilfe für Flüchtlinge, aber wir waren uns herzlich uneinig über die Rolle von Militär in solchen Kriegen. Wir haben in Bosnien mehrere Schlüsselerfahrungen gemacht:

Zum einen über die Intensität der Zerstörungen, die wir dort gesehen haben. Das waren keine durch Bomben hervorgerufene Zerstörungen, wie ich sie selbst aus den 1950er Jahren in Deutschland erinnere. Dies waren Zerstörungen, die durch hartnäckiges, immer wieder wiederholtes Feuern mit Gewehren per Hand entstanden.

Das zweite Schlüsselerlebnis war für uns, als wir mit Zeitzeugen am Hang von Sarajevo standen und von ihnen am Tatort selbst hörten, was dort geschehen ist. Wir wussten das alles aus dem Fernsehen, dennoch war dies für uns weit weg gewesen. Doch jetzt wurde eine unangenehme Einsicht unausweichlich: Es gibt offenkundig Situationen, wo zum Schutz von Zivilbevölkerung vor Massengewalt der Einsatz militärischer Gewalt notwendig, legitim und verantwortbar sein kann.

Eine dritte Schlüsselerfahrung machten wir dann mit Bundeswehrsoldaten der IFOR-Friedenstruppe in Bosnien. Besonders für die Wehrdienstverweigerer aus unseren Reihen war es überraschend, dass diese Bundeswehrsoldaten ihren UN-Auftrag ernst nahmen: Sie wollten keinen Krieg führen, sondern ihn im Gegenteil verhindern. Das war für einige von uns eine „positive Enttäuschung".

Unsere allgemeine Schlussfolgerung war: Im Einflussbereich europäischer Politik darf es kein zweites Bosnien geben. Diese Einsicht war ein entscheidender Hintergrund für die Entscheidungen, die dann 1998 und 1999 zum Kosovo gefällt werden mussten.

Der damalige grüne Außenminister Joschka Fischer hat gegen die Widerstände in der Partei damit argumentiert, dass es als Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg neben dem Prinzip „Nie wieder Krieg" auch das Postulat „Nie wieder Auschwitz" gebe. Dafür hat er viel Kritik einstecken müssen. Der Vorwurf lautete, er relativiere damit die Verbrechen von Auschwitz. Wie haben Sie das gesehen?
Es hat in seiner Argumentation damals vielleicht so etwas wie einen moralischen Overkill gegeben. Aber Fischer hat niemals Auschwitz relativiert. Auf dem berühmten Parteitag im April 1999 in Bielefeld hat er wörtlich gesagt: „Auschwitz ist unvergleichbar. Aber ich stehe auf zwei Grundsätzen, nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz, nie wieder Völkermord, nie wieder Faschismus." Die Lehre zu ziehen, dass es niemals wieder einen Völkermord geben darf, ist auch aus meiner Sicht eine völlig richtige Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Unvergleichbarkeit von Auschwitz kann man nicht soweit isolieren, dass man daraus keine Lehren mehr ziehen darf.

Nach Ende des Krieges der NATO gegen Serbien war die Bundeswehr 20 Jahre lang im Rahmen des KFOR-Einsatzes für die Sicherheit in einem Sektor des Kosovo zuständig, bevor im vergangenen Jahr der Großteil der Truppen abgezogen wurde. Der Einsatz gilt gemeinhin als erfolgreich (im Gegensatz zur Suche nach einer langfristigen politischen Lösung für den Kosovo). Warum weiß man in der deutschen Öffentlichkeit so wenig darüber?
In der Tat war der Einsatz erfolgreich. Das Friedensabkommen wurde abgesichert, neue Kriegsgewalt verhindert, die Rückkehr der Flüchtlinge und die Demilitarisierung ermöglicht und auch weitere kriegerische Flächenbrände auf dem Balkan wurden verhindert. Kaum bekannt ist dies einmal, weil Kriegsverhütung unspektakulär ist und quasi unsichtbar. Das ist das Schicksal von Prävention überhaupt: Das Haus brennt nicht, also fällt es nicht weiter auf.

Ein zweiter Grund ist mangelnde Öffentlichkeitsarbeit. Als Ende 2018 der deutsche Großeinsatz endete, hat es nichts dazu von Seiten der Bundesregierung gegeben. Auch nicht, als sich der Einmarsch von KFOR im Juni 2019 zum 20. Mal jährte. Es entstand der Eindruck, erfolgreiche Friedenssicherung sei nicht der Rede wert.

Ein letzter Aspekt: Ich nehme in Teilen der Gesellschaft ein sehr traditionelles Bild von Militär wahr, Motto: „Wehrmacht ist gleich Bundeswehr, alles derselbe Haufen". Es wird verkannt, dass die Bundeswehr im Rahmen von UN-Aufträgen das Gegenteil von Wehrmacht bedeutet, dass Soldaten zur Friedenssicherung sehr wichtig und auch erfolgreich sein können. Militär kann natürlich keinen Frieden schaffen, es kann nur Gewalt verhüten und zu einer Grundstabilität beitragen. Mehr nicht, aber das wissen Militärs selbst am besten.

Sie haben viele Kontakte zur Bundeswehr, wie erleben sie dort den internen Umgang mit dem KFOR-Einsatz? Es waren ja doch viele Soldaten dort.
Es waren im Laufe der 20 Jahre über 130.000 deutsche Soldaten dort. Ich war im vergangenen Sommer bei dem einzigen Ehemaligen-Treffen des ersten KFOR-Kon- »

» tingents vom Juni 1999. Die Teilnehmer blickten mit Stolz darauf, diese damals hochexplosive Lage bewältigt zu haben. Mit Entschlossenheit und Besonnenheit verhinderten sie in dutzenden brenzligen Situationen, dass wieder Schüsse fielen. Die Soldaten, darunter viele Panzergrenadiere, waren stolz auf ihre friedensstiftende Rolle. Das gilt auch für Soldaten späterer KFOR-Generationen: Sie brauchten keine Schlacht dafür, um stolz auf ihre bewältigte Aufgabe zu sein.

Aber die KFOR-Soldaten stellen darüber hinaus fest, dass ihr Einsatz sowohl in der Bundeswehr und erst recht in der Gesellschaft ein vergessener Einsatz ist. Dabei könnte diese vorbildliche Leistung im Kosovo eine wichtige Funktion für ein friedens- und sicherheitspolitisches Selbstbewusstsein der Bundeswehr einnehmen.

Wenn Sie gedanklich einen Bogen ziehen vom Ende des Zweiten Weltkrieges, der nun 75 Jahre her ist, über diesen ersten Kriegseinsatz im demokratischen Deutschland 1999 bis heute, wo die Weltlage wieder eine ganz andere ist: Was würden Sie sich wünschen, was sollte die Gesellschaft in Deutschland aus diesen historischen Zäsuren für Lehren ziehen?

Einmal sollte man sich bewusst sein, dass Europa und Deutschland 1945 von alliierten Truppen befreit wurde. Die Tatsache der Befreiung ist seit der Weizsäcker-Rede von 1985 in der Bundesrepublik weitgehend Konsens. Dass es sich jedoch um eine militärische Befreiung handelt, wird zum Teil verdrängt.

Die elementare Lehre, die damals gezogen wurde und weiterhin gilt ist, dass Frieden und Sicherheit nur gemeinsam erreicht werden können, durch eine kollektive und kooperative Friedens- und Sicherheitspolitik. Dafür ist das Normengefüge der Vereinten Nationen zentral. Darüber hinaus sind für Deutschland der Friedensauftrag des Grundgesetzes, die europäische und auch die transatlantische Integration maßgeblich – auch wenn letztere derzeit erheblich wackelt.

Dabei müssen wir die unterschiedlichen kollektiven historischen Erfahrungen in Europa wahrnehmen. Deutschland sagt vor allem: Wir dürfen niemals mehr Angreifer sein. Für unsere Nachbarn steht aber auch im Vordergrund, gegen einen Angreifer niemals mehr wehrlos zu sein. Wir sehen oft nur unsere bundesdeutsche Sicht und blenden die unserer Nachbarn aus. Unsere Perspektive ist eine berechtigte, aber sie ist eben nicht die einzige berechtigte und sie ist auch nicht die gesamteuropäische Perspektive.

Zudem, und die Einsicht entspringt vor allem den Jugoslawienkriegen in den 1990er Jahren, müssen wir viel mehr in die Vorbeugung und Verhütung von Kriegen investieren. Bis heute gibt es da einen enormen Nachholbedarf.

Bei allem gilt es, das bisher erworbene Erfahrungspotenzial besser zu nutzen und daraus zu lernen. Viele Tausende Männer und Frauen bringen mittlerweile Erfahrungen aus der Arbeit in Konfliktländern mit, in der Entwicklungspolitik, in der Friedenssicherung und Friedensförderung. Auf politisch-strategischer Ebene verläuft das Lernen aus Erfahrungen aber immer noch erstaunlich langsam. ■

Die Fragen stellte Liane Czeremin

Winfried Nachtwei (im blauen Sakko) hielt Ende 2019 beim deutschen KFOR-Kontingent in Prizren einen Vortrag über 20 Jahre KFOR.

Foto: privat

Zerfall Jugoslawiens

Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme in Osteuropa erklärten immer mehr Teilrepubliken des Vielvölkerstaates Jugoslawien ihre Unabhängigkeit, was in Kampfhandlungen mündete. Vor allem in Kroatien und in Bosnien-Herzegowina kam es zwischen 1991 und 1995 zu verlustreichen Bürgerkriegen mit „ethnischen Säuberungen", Gräueltaten und Massakern. Allein im Bosnienkrieg verloren rund 100 000 Menschen ihr Leben, zwei Millionen mussten fliehen. Das Massaker in Srebrenica, das von serbischen Einheiten an über 8000 bosnischen Jungen und Männern in Anwesenheit von UN-Truppen verübt wurde, gilt als das schwerste Kriegsverbrechen in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg und wurde von der UN als Völkermord eingestuft.

1998 eskalierte dann der Gewaltkonflikt um die Unabhängigkeit des Kosovo. Jugoslawische Einheiten begannen mit der brutalen, systematischen Vertreibung der kosovoalbanischen Mehrheitsbevölkerung. Bei der geplanten Androhung von Luftschlägen durch die NATO im Oktober 1998 gegen Serbien war die Zustimmung Deutschlands elementar, um der serbi-schen Seite die Ernsthaftigkeit der Drohung zu verdeutlichen. Bei den anschließenden Ver-handlungen mit Serbiens Präsident Slobodan Milosevic kam dem grünen deutschen Außenminister Joschka Fischer eine zentrale Verhandlungsrolle zu. Nachdem Serbien sich nicht bewegte, leitete die NATO im März 1999 mit deutscher Beteiligung einen Luftkrieg ein, der nach Abschluss im Juni zur Bildung eines UN-Protektorats im Kosovo führte, das von den KFOR-Truppen der NATO abgesichert wurde.

Lukas Welz

In Schwedt endet die „Freundschaft“

Vom Umgang mit dem DDR-Militärgefängnis an der Grenze zu Polen

Schwedt an der Oder, brandenburgische Kleinstadt an der Grenze zu Polen. Hier endet seit 1964 die „Freundschaft“, wie die aus Russland kommende Erdölpipeline heißt. Und hier begann für viele das Zerwürfnis mit dem Staat, dem sie sich oft verbunden fühlten. Auch für meinen Vater, der über 25 Jahre verschwieg, überhaupt hier gewesen zu sein und mit diesem Ort persönlich etwas zu tun zu haben. Denn Schwedt hat ihn verändert, vielleicht sogar gebrochen.

Es war seine erste Wende nach einer Zeit, die er zunächst voller Stolz bei der Volksmarine verbrachte, als er sich auf der Seite der „siegreichen Arbeiterklasse“ wähnte, das Ziel Handelsmarine im Blick. Die Welt auf den Meeren zu entdecken blieb aber nur ein Traum, der sich jäh zerschlug, als ihn das Militärgericht im Winter 1978/1979 zu fünf Monaten Militärgefängnis verurteilte. Er habe um sich geschlagen, nachdem er zu viel getrunken hatte, hieß es. Eine mögliche Erklärung könnte sein: aus gemeinsamem Frust über den gestrichenen Heimaturlaub. Aber die Ursachen für das Vergehen oder seine eigene Wahrnehmung der Umstände spielten keine Rolle, ebenso wenig wie rechtsstaatliche Prinzipien. Das zeigt sich eindrücklich auch an anderen Beispielen. Etwa an einem Inhaftierten, der in seiner Militärzeit einen LKW entwendete, um sich von den Kreidefelsen auf Rügen zu stürzen. Ziel war der Selbstmord als Ausweg aus Drangsalierung und Diskriminierung zu Armeezeiten wegen seines Schwulseins. Er wurde wegen des Diebstahls inhaftiert, nach der leidvollen Vorgeschichte fragte niemand.

In der Volksarmee (NVA) gab es kaum Raum für individuelle Entwicklung und Entfaltung. Disziplin und Gehorsam, Fügung und Unterordnung waren die Prinzipien, die auch in der Militärjustiz galten. 1968 wurde das Gefängnis in Schwedt für die NVA eingerichtet, um den bestehenden Militärstrafvollzug in Berndshof zu entlasten. Neben den freiheitsentziehenden Maßnahmen von bis zu zwei Jahren gab es in Schwedt den Strafarrest, der zunächst auf bis zu drei Monate, nach 1977 auf mindestens sechs Monate erhöht wurde. Erst 1982 wurde der Militärstrafvollzug, der bis dahin zum Bereich des Innenministeriums gehörte, dem Verteidigungsministerium unterstellt. Damit wurde neben dem Strafarrest und dem Militärstrafvollzug die Disziplinarstrafe eingeführt, die keiner gerichtlichen Anordnung mehr bedurfte – willkürlichem Handeln in der Armee war somit noch weiter die Tür geöffnet.

Foto: wikipedia/Rauenstein

Unterkunftsblock des ehemaligen Militärgefängnisses in Schwedt an der Oder.

Ausgrenzung, stundenlange Zählappelle, Isolierhaft, Arbeit in Außenkommandos und psychische Folter zählen zu den Erfahrungen, die man im Militärgefängnis Schwedt zwischen 1968 und 1990 erdulden musste. Etwa 10.000 Menschen waren dort insgesamt inhaftiert. Sie wurden unter Androhung schwerer Konsequenzen verpflichtet, über die Erlebnisse und Erfahrungen nach der Haftentlassung zu schweigen. Viele ehemalige Häftlinge berichten, dass sie dieses auferlegte Schweigen als besonders schlimm empfanden. So begleitete Schwedt die ehemals Inhaftierten auch nach der Haft weiter in ihrem Alltag. Das Erlebte blieb präsent, weil es keine Möglichkeit der Verarbeitung, des Abschlusses gab, ja von Staats wegen nicht geben durfte. Daraus begründen sich die Mythen um Schwedt, staatlicherseits durchaus beabsichtigt: zur Abschreckung.

Und die langfristigen Folgen für die Inhaftierten. Das Schweigegelübde, das ihnen auferlegt wurde, macht ihre Erfahrungen in Schwedt unsichtbar. Darüber hinaus waren die gesellschaftliche Ausgrenzung und Ächtung, wenn bekannt geworden wäre, dass man in Schwedt war, Grund genug, das Gelübde zu halten. Für viele liegt ihre Geschichte seither im Dunkeln. Auch für meinen Vater, der einen Winter hier verbringen musste, blieb Schwedt noch über 20 Jahre nach der Schließung des Gefängnisses sein Geheimnis. Sich diesem Teil seines Lebens zu stellen, die Erfahrungen zu verarbeiten, Anerkennung und Unterstützung zu finden für das, was er dort erleben musste, war schlicht nicht möglich.

„Verliere nie Deine Träume. Hier bist Du nur, um ihrer ganz sicher zu werden“, hat jemand in eine Gefängniszellenwand geritzt. Die Träume meines Vaters von der weiten Welt erfüllten sich in der Handelsmarine nach Schwedt nicht mehr. Stattdessen erlebte er weitere Gängelungen auch nach der Entlassung. Ihm wurde klar, dass dieses »

Fotos: wikipedia/Uckermärker

Ehem. NVA-Militärgefängnis Schwedt: Disziplinareinheit (links); Wachturm und Eingangsbereich (rechts). Nicht mehr vorhanden: Eingangsschleuse mit 3,5m hohen Stahltoren.

» Verhältnis des Staates zu seinen Bürgern vergiftet, dass eine individuelle Entfaltung nicht möglich war und dass grundlegende Rechte der Bürgerinnen und Bürger – auch im Militärdienst – verwehrt wurden. Schwedt disziplinierte ihn nicht zum gehorsamen Bürger, sondern bestärkte ihn in dem Wunsch aufzubegehren. So wurde er in der Opposition aktiv, zunächst im Friedenskreis der Berliner Samaritergemeinde. Später gehörte er zu den Mitbegründern des Demokratischen Aufbruchs.

Gut 20 Jahre nach Schließung des Militärgefängnisses finden sich in einem anonymen Internetforum ehemalige Inhaftierte zusammen, tauschen sich aus über ihre Erfahrungen. Der Mythos – für sie real erlebte Vergangenheit – hat sie nicht losgelassen. Das Forum bietet ihnen erstmals einen geschützten Raum, in dem sie auf Menschen treffen, die Ähnliches erlebt haben. Sie sind nicht mehr allein mit diesen realen Erinnerungen. Für meinen Vater bot das Internetforum einen Anlass, sich zu öffnen, zunächst anonym. Ein Dokumentarfilm über den Ort war es schließlich, der ihn wieder dorthin fahren ließ. Als Zeitzeuge in einem Fernsehbeitrag hatte er schließlich Gelegenheit, das Gelände zu betreten und öffentlich über seine Erfahrungen zu sprechen.

Vom historischen Ort ist seit der Schließung 1990 nicht mehr viel zu erkennen. Schnell wurden die Wände gestrichen, der eingeritzte Spruch in der Gefängniszellenwand ist kaum mehr zu lesen. Übertünchen sollte das Weiß eine unrühmliche Vergangenheit, die weder die Stadt noch eine Gesellschaft mehr wahrnehmen wollte, geblendet von greller Reklame und den Versprechen blühender Landschaften. Tatsächlich fanden sich für den historischen Ort schnell Alternativen, die auf ihre Weise eine Fortsetzung des belasteten Umgangs mit Marginalisierten auch nach 1990 darstellen. Die Disziplinareinheit, ein typischer Plattenbau, wurde zum Asylbewerberheim. Unklar, woher diese Menschen kamen, ob es die sogenannten Vertragsarbeiter*innen aus Vietnam waren, die im neuen Staat bleiben wollten, aber plötzlich Asyl beantragen mussten. Später wurde in Teilen der historischen Disziplinareinheit das Obdachlosenheim des Landkreises Uckermark eingerichtet. Außen, vor den Toren der Stadt, ohne eine Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln, müssen weiterhin diejenigen leben, die eine Gesellschaft nicht in ihrer Mitte will.

Schwedt als Mythos in den Köpfen vieler DDR-Bürger*innen begünstigte darüber hinaus das Verschwinden des realen Ortes, mit dem sich die Stadt Schwedt nie wirklich auseinandersetzen wollte. Sie wies lange jede Verantwortung für das frühere Militärgefängnis von sich. Das ist verständlich, lässt sich die seit der Wiedervereinigung um ein Drittel geschrumpfte Stadt doch besser mit der „Freundschaft" und den damit verbundenen ökonomischen Entwicklungsperspektiven schmücken als mit einem Mythos, der an Unrechtserfahrungen erinnert. Ehemalige Wärter des Militärgefängnisses wurden erfolgreiche Autohändler. Trotz Denkmalschutz wurde ein Großteil der Gebäude abgerissen, Grundstücke verkauft. Solarpanels füllen heute das Gelände aus, ein Bauunternehmer und ein Vereinshaus nutzen andere Teile. Der Gefängnistrakt, die Gebäude insgesamt, sind nicht frei zugänglich. Der Bauunternehmer hat aus eigener Tasche ein Stück Gefängnismauer und einen Wachturm restauriert. Einzig die Fackel der Ölraffinerie, die das Ende der „Freundschaft" symbolisiert, flammt seit jeher über dem Gelände.

Heute finden sich auf dem schwer zugänglichen Areal Informationsstelen. Dass es sie gibt, als einzigen Hinweis auf den historischen Ort, ist der Arbeit des Vereins DDR-Militärgefängnis Schwedt e.V. zu verdanken, der sich 2013 aus dem Internetforum heraus gründete. Ein wichtiger Schritt für viele der Inhaftierten, die damit erstmals das Schweigen brachen und an die Öffentlichkeit traten. Sicher: das Bild, das man vom Militärgefängnis Schwedt, dem Militärstrafvollzug und der Disziplinareinheit zeichnen kann, weist viele Schattierungen auf. Schwedt böte aber über die Informationen an Stelen hinaus auch die Möglichkeit, am authentischen Ort über den Umgang mit individuellen Freiheiten, Bürger- und Menschenrechten im Militär, von Asyl- und Schutzsuchenden oder Wohnungs- und Obdachlosen, kurz: über das Verhältnis zwischen Individuum und Staat nachzudenken.

Das Tor nun selbst hinter sich schließen zu können, auf der Seite der Freiheit, hatte eine therapeutische Wirkung auf meinen Vater. Aber dieses Schließen ist kein Abschluss mit diesem Teil seiner Vergangenheit. Es ist der Beginn einer weiteren und notwendigen Auseinandersetzung mit diesem Ort und dessen Aneignung. Schwedt ist Teil des Lebens meines Vaters. Und seine Erfahrungen sind Teil meiner Biografie geworden. ■

Lukas Welz ist Vorsitzender von AMCHA Deutschland zur psychosozialen Hilfe für Überlebende des Holocaust. Sein Vater Thomas Welz war in der DDR-Opposition aktiv und im Militärgefängnis Schwedt inhaftiert.

Helga von Loewenich, Petro Rychlo

Die Bukowinisch-Galizische Literaturstraße

Orte der deutschjüdischen Literatur und des Gedenkens in der Ukraine

Die heutigen Regionen der Westukraine haben eine reiche, tief in der Vergangenheit wurzelnde Kulturgeschichte. Einst waren sie die Kronländer der Habsburgermonarchie, später Teile Polens und Rumäniens. Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörten diese Gebiete zur Sowjetunion. Schon seit dem Mittelalter lebten dort verschiedene Nationalitäten und Ethnien zusammen, die eine bunte Palette des friedlichen Miteinanders aufzeigten: Ukrainer, Rumänen, Polen, Deutsche, Juden, Armenier. Aus diesem multiethnischen und multikulturellen Amalgam sind prominente Schriftsteller, Künstler, Musiker, Schauspieler, Wissenschaftler verschiedener Nationalitäten hervorgegangen. Besonders reich waren diese Gegenden in literarischer Hinsicht. Die Shoah hat das jüdische Leben dort für immer ausgelöscht, die Träger der kulturellen Prägungen vernichtet oder vertrieben.

Foto: © Helga von Loewenich, Petro Rychlo

Die Enthüllung des Denkmals für Rose Ausländer in Czernowitz am 11. Mai 2018. Von links nach rechts: der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Czernowitz Leonid Milman, der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Ukraine Dr. Ernst Reichel, der Bürgermeister von Czernowitz Pavlo Kaspruk, die Parlamentarische Staatssekretärin a. D. Karin Roth.

Seit 2016 wird ein besonderes Projekt in der Ukraine realisiert. Auf Initiative der Künstlerin Helga von Loewenich, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Jüdischen Museum Berlin, und des Literaturwissenschaftlers und Übersetzers Prof. Dr. Petro Rychlo aus Czernowitz, wird eine Reihe deutschsprachiger jüdischer Literaten und Kulturschaffenden, die in der Bukowina und in Galizien geboren und gewirkt haben, mit Büsten und Gedenktafeln gewürdigt und geehrt. Das Vorhaben wurde mit finanzieller Unterstützung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht. Frau Michaela Küchler, dort Sonderbeauftragte für Beziehungen zu jüdischen Organisationen, begleitet unsere Tätigkeit mit aufmerksamem Interesse. Auch die Parlamentarische Staatssekretärin a. D. Frau Karin Roth engagiert sich mit der ihr eigenen Energie und großem Elan bei diesem anspruchsvollen Projekt.

Inzwischen können Denkmäler für Samuel Joseph Agnon in Buczacz, Hermann Kesten in Pidwoloczysk, Karl Emil Franzos in Czortkiv, Rose Ausländer in Czernowitz, Soma Morgenstern in Budaniv und Joseph Roth in Brody besucht und besichtigt werden. Das gute Einvernehmen mit den ukrainischen Behörden und der örtlichen Bevölkerung hat bewirkt, dass diese Namen in der heutigen Ukraine wieder an Bedeutung gewinnen. Zahlreiche Touristen und Literaturfreunde finden den Weg dorthin. Gleichzeitig sind Werke der genannten Autoren in guten ukrainischen Übersetzungen erschienen, die den neuen Generationen den Zugang zu dieser in der sowjetischen Zeit tabuisierten Literatur öffnen. Für die Gestaltung der Bronzebüsten und Gedenktafeln konnten zwei herausragende ukrainische Künstler gewonnen werden, die dem hohen ästhetischen Anspruch der Initiative gerecht wurden: Volodymyr Cisaryk aus Lviv und Roman Vilhuschynskyj aus Ternopil.

Jede Enthüllung bedeutet mittlerweile für die lokale Bevölkerung ein feierliches Ereignis, an dem offizielle und inoffizielle Gäste teilnehmen. So fanden sich in Czernowitz bei der Enthüllung der Büste von Rose Ausländer am 11. Mai 2018 der deutsche Botschafter in der Ukraine Dr. Ernst Reichel, der Vorsitzende der Rose-Ausländer-Gesellschaft in Köln und ihr Nachlassverwalter Helmut Braun, die Parlamentarische Staatssekretärin a. D. Karin Roth, Vertreter der jüdischen Gemeinde von Czernowitz mit Rabbiner Menachem Glitzenstein an der Spitze ein. Am 25. Mai 2019 wurde in Budaniv ein Denkmal für den dort gebürtigen Schriftsteller Soma Morgenstern im Beisein seines Enkels Josh Morgenstern aus New York und zahlreichen Gästen aus Ternopil feierlich der Dorfgemeinde übergeben. Aus diesem Anlass wurde eine Briefmarke mit dem Porträt des Autors entworfen und mit einem Sonderstempel versehen. Am 4. August des gleichen Jahres wurde die Büste des bedeutenden österreichischen Schriftstellers Joseph Roth in seinem Heimatort Brody enthüllt. Sie steht vor dem Gymnasium, das er bis zum Abitur in der K.u.K.-Monarchie besucht hatte. Bei dieser Feier waren auch die deutsche Botschafterin aus Kiew Anka Feldhusen und der Kulturattaché der österreichischen Botschaft in der Ukraine Andreas Wenninger zugegen. Die »

Fotos: © Helga von Loewenich, Petro Rychlo

Die Enthüllung der Büste von Joseph Roth in seiner Geburtsstadt Brody am 4. August 2019. In der Mitte die Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland in der Ukraine Anka Feldhusen, die ukrainische Dirigentin Oksana Lyniv und der Urheber des Denkmals, Bildhauer Volodymyr Cisaryk.

» renommierte ukrainische Dirigentin Oxana Lyniv führte mit einem internationalen Ensemble ein Stück auf der Ruine der einst prächtigen ehemaligen Synagoge auf. Als Höhepunkt des Programms war die 3. Sinfonie „Kaddish" von Leonard Bernstein zu hören, aufgeführt vom Symphonieorchester Lviv (ehemals Lemberg).

Die Enthüllung der Büste von Soma Morgenstern in seinem Geburtsort Budaniv (Gebiet Ternopil) am 29. Mai 2019. Von links nach rechts: der Enkel des Schriftstellers Josh Morgenstern aus New York, die Künstlerin Helga von Loewenich, Prof. Dr. Petro Rychlo.

In nächster Zukunft werden noch andere Literaten und Kulturschaffende aus dieser Region bedacht und geehrt werden, so der populäre deutschsprachige Autor aus Czernowitz Gregor von Rezzori, die in Žovkva bei Lviv geborene Schweizer Schriftstellerin und Übersetzerin aus dem Jiddischen Salcia Landmann, der aus Stara Jadova in der Bukowina stammende berühmte israelische Prosaautor Aharon Appelfeld oder der berühmte Schauspieler Alexander Granach aus dem galizischen Verbivci, der unter Max Reinhard am Deutschen Theater Berlin wichtige Rollen spielte und später im amerikanischen Exil in mehreren Filmen auftrat.

Schließlich wird über eine kleine Statue zum Gedenken des dichtenden Mädchens Selma Meerbaum-Eisinger nachgedacht, das als 18-Jährige in einem transnistrischen Lager an Flecktyphus starb. Heute sind viele ihrer Gedichte vertont und inspirieren Künstler in verschiedenen Ländern.

Das Auswärtige Amt und die Initiatoren des Projekts ,,Bukowinisch-Galizische Literaturstraße" sind überzeugt, dass die Realisierung dieser besonderen Idee der Entwicklung und Festigung der historisch-kulturellen Beziehungen zwischen der Ukraine und Deutschland dienen kann. ■

Helga von Loewenich ist Künstlerin und lebt in Berlin, **Prof. Dr. Petro Rychlo** ist Literaturwissenschaftler und Übersetzer in Czernowitz.

Angela Prenger

Naziterror als Thema in der Grundschule?

Schule soll laut Beschluss der Kultusministerkonferenz von 2009 ein Ort sein, an dem demokratische Werte erlebt, vorgelebt und gelernt werden. Dabei sei „das historische und erinnerungsorientierte Lernen in Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen und antidemokratischen Vergangenheiten (…) zu fördern." Kann eine solche Forderung ebenso an die Grundschule gerichtet sein? Diese Frage bejahe ich unter Hinweis auf drei historisch-politische Lernprojekte, die ich an der Johannes-Grundschule Rheine-Mesum (jetzt: Mesum/Elte) in den Jahren 2010, 2019 und 2020 durchführte. Themen waren „Zweiter Weltkrieg" und „Verfolgung und Widerstand im Nationalsozialismus". Dabei wurden regionale Aspekte einbezogen.

Die Projekte waren jeweils im vierten Schuljahr teils fachbezogen im Religionsunterricht, teils fächerübergreifend angelegt.

Projekt „Vergesst uns nicht" (2010)

Vergesst uns nicht – Diese Worte ritzten Juden aus Rheine mit ihren Fingernägeln in eine Mauer im Konzentrationslager Riga, kurz bevor sie ermordet wurden. Die Schülerinnen und Schüler der Klassen 4a und 4b fühlten sich dieser Bitte verpflichtet und gestalteten für jeden ermordeten Rheinenser jüdischer Herkunft einen Gedenkstein. Diese praktische Arbeit mit Bentheimer Sandstein-Brocken diente den Kindern ebenso als ein Ventil für ihre Betroffenheit. Beim Besuch des Stadtarchivs Rheine hatte ihnen der leitende Stadtarchivar eine Liste mit den Namen von 58 Opfern der Schoa und eine Abbildung der Synagoge überreicht. Auch die Synagoge in Rheine fiel der Pogromnacht 1938 zum Opfer. Die Schülerinnen und Schüler zeigten sich von der Schönheit des kuppelförmigen Daches der Synagoge sehr berührt.

Ergriffen waren die Kinder auch von der Begegnung mit der Schoa- Überlebenden Marga Spiegel in Münster. Sie, ihr Ehemann und ihre Tochter Karin überlebten den mörderischen Rassenwahn der Nazis dadurch, dass mehrere münsterländische Bauern sie unter falschem Namen versteckten. Über diese Rettung hatte Marga Spiegel in ihrem Buch: „Bauern als Retter: Wie eine jüdische Familie überlebte", berichtetet. Selbst erstellte Zeichnungen zu Szenen aus diesem Buch hatte ich den Schülerinnen und Schülern als Vorbereitung auf das Zeitzeugengespräch vorgelegt. In Partnerarbeit untersuchten die Kinder, welche Gefühle, Gedanken und Worte die dargestellten Personen – Retter und Gerettete – entwickeln könnten. Anschließend fertigten die Viertklässler selbst Bilder und Texte zu den ausgewählten Szenen an.

Die so entstandenen Bilder mit überarbeiteten Texten wurden zu einem Bilderbuch mit dem Titel „Gerettet" verarbeitet. »

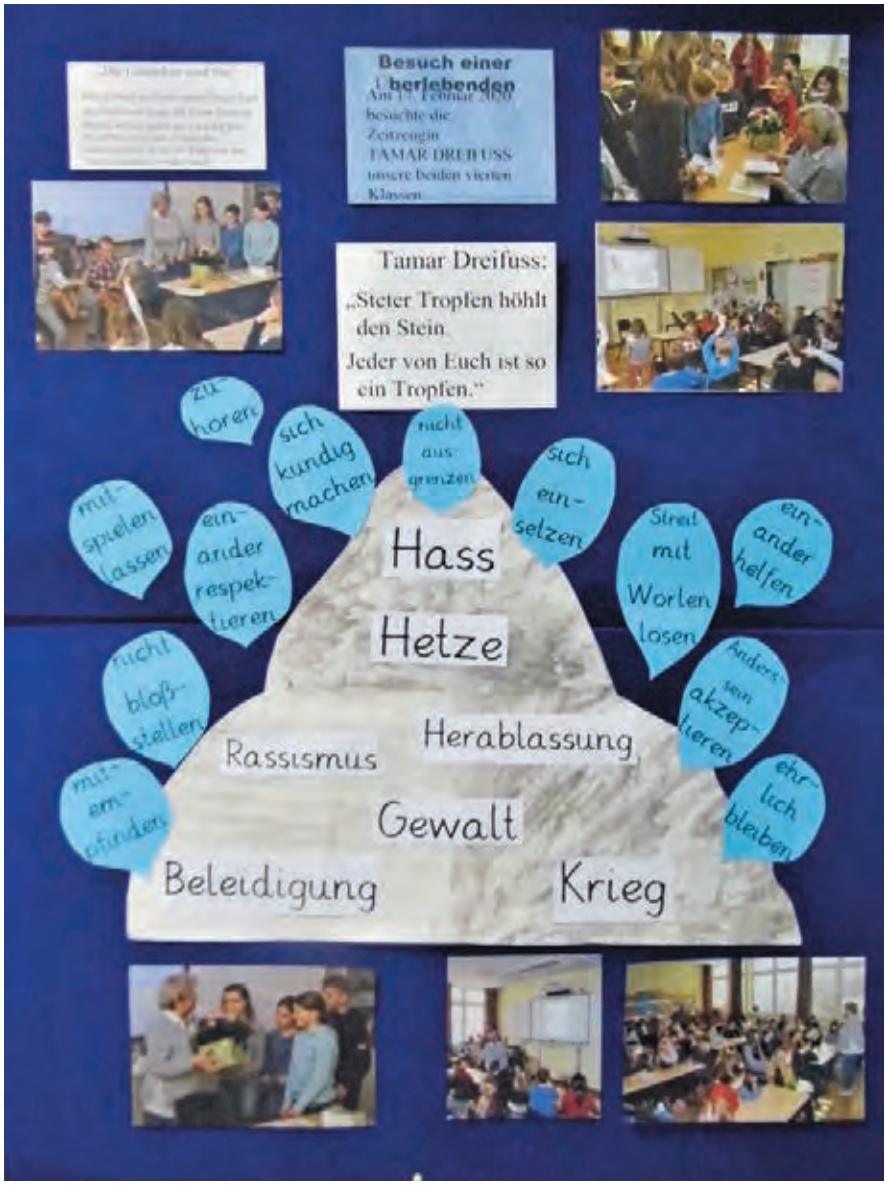


Foto: Angela Prenger

Nach dem Besuch der Zeitzeugin Tamar Dreifuss fertigten die Schülerinnen und Schüler ein Wandbild an.

» Erkenntnisse der Kinder

Die Ängste der zu Beginn des Untertauchens fünfjährigen Tochter weckten im Gespräch mit Marga Spiegel das besondere Interesse der Schülerinnen und Schüler. Den Kindern wurde deutlich, wie wenig selbstverständlich es ist, den eigenen Namen nennen zu dürfen, wie kostbar sorgende Eltern und ein sicheres Dach über dem Kopf sind, wie wertvoll es ist, als Kind ohne Verfolgung und Krieg aufwachsen zu dürfen. Aus diesen Erkenntnissen leiteten die Viertklässler Rechte für Kinder ab.

Die bei der Landeszentrale für politische Bildung NRW eingereichte Projektmappe wurde 2010 beim Jugendwettbewerb „Unsere Werte – unsere Rechte" mit dem 2. Preis ausgezeichnet. Marga Spiegel ist 2015 verstorben.

Projekt „Besuch von Kriegsgräbern" (2019)

Bei der Behandlung des Themas „Krieg und Frieden" empfiehlt sich die Herstellung eines regionalen Bezuges, um Schülerinnen und Schülern die negativen Folgen eines Krieges nahezubringen.

Zuerst berichtete der Mesumer Heimatforscher Franz Greiwe den Kindern der Klasse 4a, wie der verbrecherische Krieg, der von Hitlerdeutschland ausging, auch in Rheine und Mesum seine tod- und verderbenbringenden Spuren hinterließ. Die Schülerinnen und Schüler begannen darauf, in der eigenen Familiengeschichte zu forschen. Dabei erfuhr beispielsweise die zehnjährige Lisbeth, dass ihr Urgroßvater aus seiner amerikanischen Kriegsgefangenenschaft einen Esslöffel mitgebracht habe. Ihre Mutter habe sich später daraus einen Armreif formen lassen.

Beim Besuch des Mahnmals für die gefallenen Soldaten aus Mesum (Erster und Zweiter Weltkrieg) entdeckten Schülerinnen und Schüler Namen von Verwandten. Nicht nur diesen widmeten sich die Viertklässler in einem stillen Gedenken, sondern auch fünf Gräbern von Jugendlichen auf dem Alten Friedhof in Rheine-Mesum. Auch in Mesum hatte die verbrecherische Kriegsmaschinerie der Nazis Jugendliche in den „Volkssturm" geschickt. „Das ist so wie bei Justus im Film ‚Der Krieg und ich'" erkannten viele Kinder. Die achtteilige Serie „Der Krieg und ich" erzählt, wie Kinder den Zweiten Weltkrieg erlebt haben. Mehrere Folgen wurden im Unterricht besprochen.

Vor dem Gefallenen-Mahnmal stellten die Schülerinnen und Schüler selbstgefertigte Lichter auf.

Aus Berichten von Kindern zu dem Projekt:

„Ein Krieg ist immer schrecklich. Bei einem Krieg gibt es nur Verlierer."

„Wenn wir ein Grab pflegen und dort beten, fühlen wir uns verbunden mit den Verstorbenen. Aber wie können wir uns verbunden fühlen mit Menschen, die vor vielen Jahren durch Krieg sterben mussten?"

„Wir können uns auch heute noch vorstellen, wie schlimm damals der Krieg für die Kinder, Mütter und Soldaten war. Wir können mitfühlen und nachempfinden, dass der getötete Soldat noch gern gelebt hätte, dass er weinende Kinder hinterließ."

Projekt „Das Recht zu wissen, wie es war" (2020)

Tamar Dreifuss, 1938 im litauischen Vilnius geboren, ist Pädagogin, Zeitzeugin und Überlebende des Holocausts. Am 17. Februar 2020 besuchte sie die Viertklässler der Johannesschule Mesum/Elte. Das von ihr über ihre Rettung vor der Schoa verfasste Bilderbuch „Die wundersame Rettung der kleinen Tamar 1944", richtet sich an Kinder der 3. und 4. Jahrgangsstufen. Diese haben, so der Leitgedanke der Zeitzeugin, das Recht zu wissen, wie es war. Mit ihrer langjährigen Erfahrung aus der eigenen Lehrtätigkeit in der Jüdischen Gemeinde Köln vermochte Frau Dreifuss zudem die Schülerinnen und Schüler altersgemäß anzusprechen und in ihren Vortrag einzubinden. Bedrückenden Szenen des Vortrags, den sie mit Fotografien und Bildern aus ihrem Buch veranschaulichte, setzte die Zeitzeugin entlastende Worte entgegen: „Ich bin ja noch da!"

Energisch mahnte sie die jungen Zuhörer, keinen Fremdenhass zu dulden. An jedes einzelne Kind gerichtet: „Steter Tropfen höhlt den Stein. Du bist ein solcher Tropfen."

In der Nachbereitung dieser intensiven Begegnung entstand ein Wandbild, in welchem die Schülerinnen und Schüler darstellten, welche Art von Tropfen einen Stein (das Böse, der Hass, der Krieg) langsam, aber stetig zum Aushöhlen bringen können, beispielsweise respektvoll miteinander umgehen, nicht ausgrenzen, sich einsetzen.

Der im Laufe der Unterrichtsreihe angelegte Zeitstrahl (mit persönlichen Daten der Zeitzeugin, einigen historischen und geografischen Angaben) konnte fertiggestellt werden. So wurden den Kindern Ereignisse aus der Biografie der Zeitzeugin, vor, während und nach der Schoa veranschaulicht.

Motivation der Schülerinnen und Schüler

Alle an den drei Lernprojekten beteiligten Schülerinnen und Schüler zeigten sich hochmotiviert, wissbegierig und diszipliniert. Immer wieder ließen ihre Fragen und Schilderungen erkennen, dass die Schülerinnen und Schüler über ein zwar ungeordnetes, aber schon recht umfangreiches Vorwissen verfügten und sie ein hohes Bedürfnis nach Aufklärung und Richtigstellung hatten.

Während der jeweiligen Projektarbeit nahm ich erfreut und erstaunt wahr, dass sich in der Lehrer- Schüler- Beziehung eine zunehmende Nähe entwickelte. Die Kinder brachten außerdem ihre Fragen und neuen Erfahrungen in die eigenen Familien ein. Sie erkundigten sich bei Eltern und Großeltern nach Schicksalen der Angehörigen aus der Zeit des Naziterrors. Sie berichteten anschließend von ihnen bis dahin unbekannten Biografien aus ihren Familien.

In meiner Wahrnehmung gingen die Schülerinnen und Schüler aus den Projekten gestärkt hervor. ■

Angela Prenger ist Lehrerin an der Johannes Grundschule in Mesum/Elte und führt dort mit ihren Klassen Projekte zur Erinnerungskultur durch.

Bernd Faulenbach

Der 8. Mai 1945 aus unterschiedlichen Perspektiven

Anmerkungen zur 75. Wiederkehr

Durch die Pandemie haben die vielerorts geplanten Erinnerungsveranstaltungen zur 75. Wiederkehr der Unterzeichnung der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 ausfallen müssen. Ebenso die Befreiungsfeierlichkeiten in den KZ-Gedenkstätten. Es scheint, als werde die Geschichte durch das Coronavirus außer Kraft gesetzt. Doch sollten wir uns nicht täuschen lassen: Das Erbe der Geschichte wird bleiben, auch wenn manches durch die Coronakrise dauerhaft verändert werden könnte und ihre Folgen uns möglicherweise noch Jahre beschäftigen.

Den 8. Mai 1945 kann man aus verschiedenen Perspektiven in den Blick nehmen:

- Man kann die Zeremonie und ihre Bedeutung samt der vorherigen Teilkapitulationen aus ereignisgeschichtlicher Perspektive betrachten.

- Naheliegend ist auch, sich die Geschichte des Zweiten Weltkrieges, des bisher opferreichsten Krieges der Menschheitsgeschichte, einschließlich seiner Ursachen zu vergegenwärtigen. Dabei gelangt man zwangsläufig zurück in das Jahr 1933, in dem die Macht auf Hitler übertragen wurde, der keinen Zweifel an seinem Ziel ließ, die europäischen Verhältnisse grundlegend zu verändern, auch mit Gewalt. Von hier ist es nicht weit zu Fragen der tieferen Kontinuitäten und Diskontinuitäten der deutschen und der europäischen Geschichte.

- Vom 8. Mai 1945 her lässt sich auch die weitere Geschichte erklären: Das Ende des Krieges war eine Zäsur, durch die sich in Deutschland, Europa und der Welt neue Strukturen bildeten und Prozesse in Gang kamen, die zu einer Zweiteilung der Welt mit einem politisch-ideologischen Antagonismus führten. Der schwächte sich zwar auf die Dauer ab, konnte jedoch erst 1989/90 überwunden werden und wirkt bis in die Gegenwart nach.

- Der 8. Mai 1945 und seine Bedeutung differieren im Übrigen aus der Sicht verschiedener Generationen: Die unmittelbar betroffenen Zeitgenossen nahmen das Geschehen sehr unterschiedlich wahr und interpretierten es entsprechend. Wir später Geborenen ordnen das Datum in größere historische Zusammenhänge ein, unsere Sicht ist dementsprechend von abstrakteren, prinzipiellen Gesichtspunkten geprägt.

Aachener Nachrichten

Der Krieg ist aus!

Bedingungslose Kapitulation!

Der Augenblick des alliierten Sieges ist da

König Georgs Glückwunsch an General Eisenhower

Stalin Truman Churchill

Die Staatsmänner, die den Kampf um Freiheit und Recht gegen die faschistischen Unterdrücker siegreich führten.

Hitler Mussolini

Die Führer der faschistischen Staaten, die den zweiten Weltkrieg entfachten und Unglück und Chaos hinterließen.

London, 7. Mai. – Der Krieg in Europa ist zu Ende! Die Siegesbotschaft wird von den Alliierten am Dienstag, 8. Mai 1945, gleichzeitig in den Hauptstädten der Siegermächte verlautbart werden.

Dienstag und Mittwoch werden, wie das englische Informationsministerium bekanntgab, als Tage des Sieges begangen.

Dönitz streckt die Waffen

Proklamation des Friedens

Foto: wikicommons/ACBahn

Die Aachener Nachrichten war eine von nur zwei Zeitungen in Deutschland, die bereits am 8. Mai 1945 über die Kapitulation berichteten.

Einige Aspekte, die gegenwärtig besonderes Interesse verdienen, seien hier skizzenhaft charakterisiert.

I.

Die bedingungslose Kapitulation der Streitkräfte NS-Deutschlands wurde von deutscher Seite von Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, Generaloberst Stumpff und Generaladmiral von Friedeburg am 8. Mai 1945 in Berlin-Karlshorst unterzeichnet. Sie beendete in Europa und der westlichen Hemisphäre den bisher furchtbarsten Krieg der Menschheit. (In Ostasien wurde noch vier weitere Monate bis zum Abwurf der amerikanischen Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki gekämpft). Etwa 55 Millionen Menschen kostete dieser Krieg das Leben. Seine Folgen beeinträchtigten das Leben zahlloser weiterer Menschen dauerhaft. In den Zweiten Weltkrieg waren vielfältige Interessen eingegangen, doch in seinem Kern war er durch »

» das Ziel NS-Deutschlands bestimmt, eine deutsche Hegemonie in Europa auf rassistischer Basis zu errichten. Das wurde besonders im Eroberungs- und Vernichtungskrieg im Osten manifest. Der Holocaust war ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das vor dem Hintergrund des Krieges und mit ihm verschränkt vollzogen wurde. Doch war der Holocaust auch ein selbstständiges, bis zum Ende konsequent verfolgtes Ziel. Zu erinnern ist ebenso an die vielfältigen Verbrechen, die in den besetzten Ländern, nicht zuletzt beim Rückzug der Wehrmacht, verübt wurden. Dass dann auch Millionen Deutsche zu Opfern dieses im Mai 1945 militärisch beendeten Krieges wurden, ist Teil einer hier nicht zu erzählenden Geschichte.

Die Ereignisse seit der NS-Machtübernahme sind als Vorgeschichte des Krieges zu betrachten. Auch Fragen nach der Verbindung zum Ersten Weltkrieg und zum Deutschen Kaiserreich werden den Betrachter des Zweiten Weltkrieges immer wieder zwangsläufig beschäftigen, wobei auch die anderen Mächte einzubeziehen sind.

Selbstverständlich ist dieser Krieg in den verschiedenen Ländern und Regionen unterschiedlich erlebt worden. Für manche Länder sind die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges bis heute zentrale Bestandteile des nationalen Selbstverständnisses. Als Beispiele seien nur Russland und Großbritannien genannt. Zum Teil bildeten sich in der Nachkriegszeit – vielfach politisch beeinflusst – regelrechte Mythen heraus. Nachzulesen ist dies bei Monika Flacke in dem zweiteiligen Sammelband: Mythen der Nationen. Arena der Erinnerungen.

Doch auch innerhalb der Länder waren die Kriegserfahrungen vielgestaltig: die der Soldaten, der Zivilisten, der Zwangsarbeiter. Es gab auch große regionale Unterschiede und damit ein riesiges Feld von Erinnerungen, deren Verarbeitung Generationen in Anspruch nahm und auch in der Gegenwart nicht abgeschlossen ist, wie mancherlei Diskussionen, häufig im Anschluss an mediale Ereignisse, zeigen.

II.

Wie erlebten die Menschen die sogenannte „Stunde Null"? Der Begriff ist irreführend, denn einen Nullpunkt gab es nicht. Der Begriff, der das Ende des Krieges und die Zeit danach meint, ist geeignet, eine zweifelhafte Offenheit zu suggerieren und die Frage nach Kontinuitäten zu verdecken. Dennoch kann man fragen, wie die Menschen etwa in Deutschland diese Zeit erlebt haben. Empfanden sie die Kapitulation als Befreiung? Dass die Kampfhandlungen nun abbrachen, es keine Bombenangriffe mehr gab, die Standgerichte aufgelöst wurden, die zuletzt noch Tausende umbringen ließen, die endlich Frieden wollten – all dies wurde zweifellos von vielen mit großer Erleichterung festgestellt. Befreit fühlten sich die Menschen des Widerstandes, Sozialdemokraten, Kommunisten, Kirchenleute, auch Menschen der Inneren Emigration – für sie begann trotz aller Ungewissheit eine neue Zeit. Dies gilt auch für Juden, die sich hatten verstecken können. Aber viele Deutsche waren auch niedergeschlagen. Manche von ihnen, nicht nur entschiedene Nazis, begingen Selbstmord. Unklar war das Schicksal von Millionen Flüchtlingen, zu denen bald die Vertriebenen hinzukamen; auch viele Ausgebombte waren obdachlos. – Befreit fühlten sich die Überlebenden der KZs, von denen viele nur mit größter Mühe Todesmärsche überlebt hatten; befreit waren auch die Millionen von Zwangsarbeitern. Allerdings war für viele dieser „Displaced Persons" die Rückkehr in ihre Heimat ein Problem – manche polnische Überlebende und auch Russen fürchteten die kommunistische Herrschaft und wollten nicht zurück. In der stalinistischen Sowjetunion standen ihnen vielfach Filtrationslager bevor, manchen auch eine Verurteilung wegen Kollaboration. Die „DPs" wurden besonders in der amerikanischen Zone zum Problem, als nach dem Pogrom in Kielce jüdische Überlebende aus Polen ausgerechnet dahin flohen, um von hier aus in die USA oder nach Israel zu gelangen – Aspekte eines heute wenig bekannten Geschehens, auf das Wolfgang Benz in seinem Beitrag in diesem Heft eingeht.

Mit großer Begeisterung wurde das Kriegsende in den Hauptstädten der Alliierten gefeiert, was nur zu verständlich ist. Diese Freude wurde sicherlich von sehr großen Teilen der Bevölkerungen geteilt. Allerdings gab es auch hier, etwa in Frankreich, Schattenseiten – denken wir an die wilde Verfolgung von Kollaborateuren, etwa von Frauen, die mit deutschen Soldaten ein Verhältnis hatten. Generell ist die Kollaboration, auch das Schicksal der Verbündeten von NS-Deutschland im Gesamtbild des Krieges bislang unterbelichtet.

III.

Für die deutsche Entwicklung hatten die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz grundlegende Bedeutung. Die Alliierten machten den Hauptverantwortlichen in Nürnberg den Prozess und betrieben in den Zonen eine „Entnazifizierung". Dabei geschahen gewiss manche Ungerechtigkeiten, deren Ablehnung durch große Teile der Bevölkerung auch das verbreitete Fehlen eines Schuldbewusstseins manifestierte. Eine Kollektivschuld wurde fast einmütig abgelehnt. Die Entnazifizierungsverfahren versuchten die individuelle Verantwortlichkeit festzustellen, unter anderem um eine Eignung für die Wahrnehmung öffentlicher Funktionen zu prüfen. Nicht immer endeten diese Versuche erfolgreich und gerecht. Immerhin entwickelte sich schließlich doch eine beachtliche Diskussion zur Schuldfrage – man denke etwa an die bis heute lesenswerte Abhandlung von Karl Jaspers über die Schuldfrage oder an ambivalente Stellungnahmen aus der evangelischen Kirche. Keine Frage jedoch, dass die nationale Selbstkritik – etwa die der Historiker – zunächst unzureichend blieb.

Diesen Befund artikulierten auch deutsche Kräfte, die nicht nur die gewaltigen Probleme des kriegszerstörten Landes bewältigen, sondern auch das Erbe des Nationalsozialismus (des Faschismus) überwinden und eine neue Demokratie aufbauen wollten. Es kam nicht zum Aufbau einer gesamtdeutschen Demokratie. Die Westzonen und die Ostzone gingen vor dem Hintergrund der sich herausbildenden Ost-West-Polarisierung getrennte Wege. Die Rolle der Alliierten wird man dabei in wichtigen Hinsichten positiv bewerten müssen. Dies gilt besonders für die Briten und die Amerikaner. Sie schufen – jedenfalls im Westen – Rahmenbedingungen, die den Aufbau einer deutschen Demokratie ermöglichten. Die Männer und Frauen, die diesen Aufbau auf den verschiedenen Ebenen wesentlich trugen, verdienen einen Platz in unserem demokratischen Gedächtnis. Das Grundgesetz der Bundesrepublik, heu-

Quelle: wikipedia/US-Armee

Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel unterzeichnet am 8. Mai 1945 die Kapitulationsurkunde.

te die Verfassung Deutschlands, ist das Werk des Parlamentarischen Rates, der sich auf den Entwurf des Verfassungskonventes von Herrenchiemsee stützen konnte. Es ist nicht das Werk der Alliierten, doch sie trugen durch ihre Anwesenheit und einige Impulse dazu bei, dass es zu einem erfolgreichen Neubeginn kam.

Bedeutsam war auch, dass nach wenigen Jahren ein Neubeginn unter Beteiligung der westlichen Nachbarn auf europäischer und atlantischer Ebene zustande kam. Er enthielt zwar den Gedanken der Einbindung und Kontrolle der Deutschen, zielte jedoch auf die Bildung eines gemeinsamen Europas, dem wir – wie gerade heute zu betonen ist – viel verdanken.

Dass die Entwicklung in der Ostzone eine ganz andere war, dass unter stalinistischen Vorzeichen das sowjetkommunistische Modell mit gewissen Modifikationen auf diesen Teil Deutschlands übertragen wurde und hier fortan eine Diktatur herrschte, muss in diesem Kontext erwähnt werden. Die Konstellation, in der die Kapitulation vollzogen wurde, barg eben doch schon das Potenzial für den Ost-West-Gegensatz. Dieser und damit die deutsche Teilung und Zweistaatlichkeit konnte vor 30 Jahren – auch dieses historische Ereignis begehen wir im Jahre 2020 – definitiv überwunden werden, ein Geschehen, dessen Bedeutung von nicht wenigen Zeitgenossen inzwischen unterschätzt wird.

*

Der 8. Mai als Erinnerungstag lässt sich als ein Seismograph des historisch-politischen Bewusstseins betrachten. In der Bundesrepublik war er zunächst ein Tag, dessen man sich als Tiefpunkt deutscher Geschichte eher ungern erinnerte, während er in der DDR von 1959 bis 1966 als „Tag der Befreiung" begangen wurde. Noch 1965 wies die Bundesregierung eine Einladung zu einem Empfang der sowjetischen Botschaft anlässlich des 8. Mai schroff zurück. Während der 1970er Jahre sollte sich dieser Umgang mit dem 8. Mai – wie das Buch von Peter Hurrelbrink „Der 8. Mai 1945. Befreiung durch Erinnerung" schon 2005 gezeigt hat – deutlich ändern. Bereits Willy Brandt meinte in einer Regierungserklärung zum 8. Mai 1970, dass das Kriegsende, das „von unzähligen Deutschen neben der persönlichen als nationale Not empfunden wurde, […] für andere Völker die Befreiung von Fremdherrschaft, von Terror und Angst" gewesen sei. Er fügte hinzu, dass daraus „für die Mehrheit des deutschen Volkes die Chance zum Neubeginn, zur Schaffung rechtsstaatlicher und demokratischer Verhältnisse" erwachsen sei. In der Rede von Bundespräsident Walter Scheel und in einer Stellungnahme von Bundeskanzler Helmut Schmidt wurde der 8. Mai 1975 noch klarer als Befreiungstag bezeichnet. Schmidt sagte kurz und bündig: „Der 8. Mai brachte uns die Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Wir haben am 8. Mai 1945 die Chance zu einem demokratischen Neubeginn erhalten." Die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1985 ist im historischen Zusammenhang nicht so sensationell, wie manchmal angenommen wird. Sie erhielt ihre besondere Bedeutung vor dem Hintergrund der scharfen geschichtspolitischen Auseinandersetzungen in diesem Jahrzehnt. Dass es den Deutschen nicht gelang, sich selbst von der Herrschaft des Nationalsozialismus zu befreien, weshalb die Befreiung von außen erfolgen musste, ist heute die vorherrschende Einschätzung. Sie schließt vielfältige Perspektiven auf die Zäsur von 1945 aber nicht aus.

Was erscheint am 8. Mai 2020 besonders wichtig? Angesichts des allmählichen Verschwindens der Zeitzeugengeneration ist gerade heute die fundierte Erinnerung an den Krieg bedeutsam, zumal imperialistische, autoritäre und totalitäre Tendenzen keinesfalls auf alle Zeiten gebannt scheinen. Die liberale rechtsstaatliche Demokratie, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik durchgesetzt hat und heute Grundlage von Politik und Gesellschaft in ganz Deutschland ist, muss immer wieder neu gelebt und erkämpft werden.

Gefährdet erscheint – noch einmal verstärkt durch die Coronakrise – auch die Europäische Union, die ebenfalls eine verteidigungswerte Errungenschaft seit dem Zweiten Weltkrieg und besonders seit den 1990er Jahren ist. Keine Frage, dass die Europäische Union sich weiterentwickeln und handlungsfähiger werden muss, ohne dabei ihre historische Vielfalt zur Disposition zu stellen. ■

Prof. Dr. Bernd Faulenbach ist Historiker und Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Christoph Heubner

Die Hoffnung liegt auf den jungen Demokraten

Es war eine denkwürdige Veranstaltung, die am 27. Januar 2020, dem 75. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, von Fernsehsendern aus aller Welt direkt übertragen wurde. Und es war ein zarter, alter Mann, der mit seiner Rede die Veranstaltung und die Schlagzeilen der Nachrichten prägte: „Seid nicht gleichgültig", hatte Marian Turski, der 93-jährige polnisch-jüdische Auschwitz-Überlebende als elftes Gebot formuliert. Er skizzierte, wie „Auschwitz nicht vom Himmel gefallen" sei, sondern sich schrittweise mit der Zerstörung der Demokratie in Deutschland und der Einengung der Bürgerrechte für jüdische Familien, für Sinti und Roma und für politisch Andersdenkende mit Demütigung und Ausgrenzung bis hin zu den Gaskammern und Krematorien in Auschwitz realisiert habe. Und er fügte, zu den versammelten Staatsoberhäuptern und Regierungschefs aus vielen Ländern gewandt, hinzu: „Das Wesen der Demokratie besteht darin, dass die Mehrheit regiert, aber die Demokratie besteht darin, dass die Rechte von Minderheiten geschützt werden."

Unter den Politikern waren etliche, denen Turskis Worte schrill in den Ohren klingeln mussten. Als eigentliche Adressaten seiner Worte aber hatte Marian Turski nicht die Politiker im Sinne, sondern seine Rede war vor allem an die jungen Menschen gerichtet, die – als Zeugen der Zeitzeugen – für die Zukunft Verantwortung tragen. Von ihnen wird es abhängen, ob Deutschland und Europa das Erbe des Widerstandes – Demokratie, Toleranz und die Bewahrung der Erinnerung – beschützen und bewahren können. So wie die jüdisch-ungarische Auschwitz-Überlebende Erszi Szemes jedes ihrer Gespräche mit jungen Menschen in vielen Ländern Europas mit dem Satz beendete: „Ihr müsst die Republik behüten!"

Zu denen, die Marian Turski an diesem Tag in Auschwitz zuhörten und mit ihm sprachen, gehörten auch Auszubildende der Volkswagen AG aus Braunschweig und Salzgitter sowie anderen Standorten

Foto: IAK

Die Auszubildenden der Volkswagen AG mit israelischen Gästen bei der Kranzniederlegung am Block 11 im Stammlager Auschwitz. Außerdem auf dem Bild: Christoph Heubner (3.v.r.) und VW-Mitarbeiterin Ines Doberanzke-Milnikel (r.).

in Deutschland. Es war ihre zweite Begegnung mit diesem Ort: Alle hatten im Jahr 2019 an zweiwöchigen Projektmaßnahmen ihres Arbeitgebers und des Internationalen Auschwitz Komitees in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau und der Internationalen Jugendbegegnungsstätte in Oswiecim/Auschwitz teilgenommen. Sie hatten in den Archiven und Werkstätten der Gedenkstätte Schuhe der Ermordeten konserviert, bei der Sicherung und Restaurierung von Häftlingsbaracken in Birkenau geholfen und die Stacheldrahtzäune repariert, die das Vernichtungslager Birkenau fast endlos umschließen.

Diese Zäune werden erhalten, weil sie – auf den ersten Blick – für die zwei Millionen Besucher aus aller Welt das sichtbarste und symbolischste Signal für die Unfreiheit an diesem Ort sind, an dem weitere Beweise für den hier begangenen Völkermord zu sehen sein werden. Nicht selten werden die jungen Leute aus Deutschland, die gemeinsam mit Altersgenossen aus den polnischen VW-Werken und aus Partnerschulen arbeiten, von Besuchern der Gedenkstätte angesprochen: „Was macht ihr hier?" und „Warum seid ihr gekommen?" Sich erklären und ihr Tun begründen zu müssen – auch das ist für die Auszubildenden ein wesentlicher Teil dieses Projektes. Er erschließt sich ihnen gerade in der emotionalen und intellektuellen Begegnung und Auseinandersetzung mit den Überlebenden des Lagers und bei Führungen in der Gedenkstätte.

Für die Überlebenden von Auschwitz gehören die Begegnungen mit den Auszubildenden und überhaupt mit Gruppen junger Menschen in vielen Ländern Europas zu den prägendsten und berührendsten Erfahrungen ihrer letzten Lebensjahre: Die Jugendlichen machen ihnen Mut, dass ihr pädagogisches und aufklärerisches Engagement der vergangenen Jahrzehnte nicht vergebens war. Dieses Mal werden die Demokratie und die Republik sich in Zeiten der Krise auf junge Demokraten verlassen können, denen die Lehren aus der Geschichte deutlich vor Augen stehen, weil sie einen der entsetzlichsten Orte dieser Geschichte mit eigenen Augen gesehen haben. Das ist ihre Hoffnung.

Fast will es scheinen, als lägen dieser Gedenktag und diese Veranstaltung Lichtjahre zurück. Zu sehr überlagert die Corona-Realität die Nachrichten von gestern und vorgestern: Halle und Hanau betrafen uns nur indirekt. Gemeint und betroffen – das

waren andere. Jetzt aber kommen wir alle ins Rutschen – mit unseren Emotionen und unseren Ängsten. Trotzdem tun wir gut daran, auch in diesen Tagen daran zu denken, wie systematisch Hetzer und rechte Strategen an den Grundpfeilern unserer Demokratien in Europa zu rütteln versuchen, indem sie immer wieder an die niederen Instinkte der Menschen appellieren und deren Ängste durch Botschaften oder Fake News zu instrumentalisieren versuchen.

Die Schäbigkeit ihrer Botschaften, aber auch ihre Omnipräsenz in den sozialen Medien dokumentieren immer wieder Tweets voller Hass und Menschenverachtung. Das hätten sie gern, die elitären Volksverächter von rechts: Homo homini lupus. Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf. Wo gerade in diesen Tagen die Linien der Auseinandersetzung in Deutschland verlaufen, hat uns zudem wieder einmal die Debatte um den 75. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai vor Augen geführt. Wer heute in Deutschland immer noch versucht, den Befreiungsaspekt zu leugnen, den dieser Tag auch für die Deutschen hatte, bleibt hoffnungslos gestrig.

Es war eine motivierende Erfahrung, in dieser Debatte zu spüren, wie die Aufarbeitung der Nazi-Geschichte und die Reflexion über die Ursachen, Verantwortlichkeiten und Verbrechen der Nazi-Jahre mittlerweile zu einem breiten Konsens in der Bevölkerung gehören und dass sich die rechten Scharfmacher in der Ecke einer sich selbst belügenden Minderheit befinden.

Dass diese Minderheit, international über viele Kanäle vernetzt und sich ideologisch und emotional munitionierend, immer gewaltbereiter wird, ist das Problem, das den Überlebenden in diesen Tagen am meisten zu schaffen macht. Sie wollen sich nicht mit einer Welt abfinden, die aus ihrer Geschichte nichts gelernt hat und neuen antisemitischen, populistischen und rechtsextremen Verhängnissen entgegenschlummert. Gerade deshalb bedeuteten ihnen die Gedenkfeierlichkeiten zur Befreiung der Konzentrations- und Vernichtungslager in diesen Tagen und Monaten so viel. Um Erinnerungen an ihre ermordeten Familienmitglieder aufzurufen und uns Heutige zu warnen: Es liegt an uns! ■

Christoph Heubner ist geschäftsführender Vizepräsident des Internationalen Auschwitz-Komitees und Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokrate e.V. Auf Seite 44 lesen Sie eine Rezension seines Buches „Ich sehe Hunde, die an der Leine reißen“.

ANZEIGE

Todesopfer rechter Gewalt: Eine Ausstellung über „Die Angehörigen“

Der Fotograf Jasper Kettner und der Überlebende der rechtsextremen Anschläge von Mölln Ibrahim Arslan haben eine Ausstellung zu ihrem Bildband „Die Angehörigen“ konzipiert. Zu der Ausstellung gehören 15 Porträtfotos von Angehörigen an selbst gewählten Orten, die sie mit den Opfern verbinden. Dazu haben Kettner und Arslan die Gedanken notiert, die die Angehörigen heute bewegen – im Hinblick auf die traumatischen Geschehnisse und den späteren Umgang damit. Die Ausstellung kann nach der Coronakrise wieder gemietet werden.

Mehr Infos auf: *jasperkettner.de*

Bild: Melek Bektaş ist eine der Angehörigen, die sich von Jasper Kettner fotografieren ließ. Sie steht hier im Zimmer ihres Sohnes Burak, der 2012 in Berlin ermordet wurde.

Foto: Jasper Kettner

Ruth Wunnicke

„Und da stand die Mauer."

Postkartenaktion zum 30. Jahrestag der Wiedervereinigung

Auch in diesem Jahr startet Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. im Oktober eine bundesweite Postkartenaktion. Unter dem Motto „Und da stand die Mauer" stellen wir die Frage, wie viel Wiedervereinigung wir nach 30 gemeinsamen Jahren eigentlich leben? Jede und jeder ist eingeladen, bei der Aktion mitzumachen.

30 Jahre Wiedervereinigung – wie viel wissen wir voneinander?

Als vor 31 Jahren die Mauer fiel, sagte Willy Brandt, dass jetzt zusammenwächst, was zusammengehört. Danach war jedoch viel von der „Mauer in den Köpfen" die Rede.

Googelt man heute die Wortkombination „Mauer in den Köpfen", kommt man noch immer auf eine stattliche Zahl von 33.600 Treffern. Ein großer Teil der Beiträge dazu erschien 2019 im Rahmen der Erinnerung an die Friedliche Revolution. In den Beiträgen geht es häufig um die wachsende Entfernung zwischen Ost und West, die mit Zahlen, Erlebnissen, wachsenden Stereotypen und wissenschaftlichen Studien belegt wird.

Laut einer Umfrage waren fast alle Ostdeutschen (95 Prozent) schon im Westen. Für nicht wenige Westdeutsche ist der deutsch-deutsche Tourismus jedoch keine Reiseoption – jeder Fünfte war noch nie in Ostdeutschland. (Schweriner Volkszeitung, 03.10.2019)

Klischees vom Jammerossi und vom Besserwessi halten sich auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung. Genau wie der nostalgische Blick auf DDR-Zeiten, wenn es um Solidarität und Nachbarschaft geht. Was vielen im Osten nicht bewusst scheint: Dörfliches Miteinander, Einkochen und das Anlegen von Vorräten hat es auch in Westdeutschland früher mehr gegeben als heute. Auch wenn es nicht in dem Maße überlebensnotwendig war wie in der DDR.

Unterschiede belasten die innere Einheit

Der Berliner Soziologieprofessor Steffen Mau beschreibt in seiner jüngsten Studie über die ostdeutsche Transformationsgesellschaft „Lütten Klein", dass es auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht einfach zu überbrückende Unterschiede zwischen Ost und West gibt. Dort heißt es: „Das Erbe der DDR, die Defizite des Vereinigungsprozesses, die Probleme der politisch indizierten Transformation und das anhaltende sozialstrukturelle Gefälle zwischen Ost- und Westdeutschland lassen die Rede von der ‚Vollendung der Einheit' als allzu vollmundiges Versprechen erscheinen, jedenfalls wenn man sich darunter so etwas wie Konvergenz vorstellt." Das bedeutet keinesfalls, Ost und West seien nach wie vor separiert. Vieles hat sich inzwischen vermischt und verbunden – Menschen, Mentalitäten und Lebensläufe. Dennoch bleiben Unterschiede, die fortleben und die innere Einheit weiterhin belasten.

Transformation in Ost und West begreifen

Auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung fehlen häufig die Anerkennung für diese Unterschiede sowie das Verständnis für die einschneidenden persönlichen Erfahrungen der Transformation nach 1989 – in Ost- und Westdeutschland. Auch wenn das Zusammenwachsen einer schiefen Frakturnaht gleichkommt; diese Realität muss akzeptiert werden. Und trotzdem kann gemeinsam das Beste daraus gemacht werden.

Hilfreich ist es, die Ost-West-Spannungen nicht nur als Problem wahrzunehmen, sondern auch einmal die Blickrichtung zu ändern, Erfahrungen als Chancen zu sehen. So haben die ostdeutschen Bundesländer eine Menge Transformationserfahrung. Inzwischen hat sich die Gesellschaft grundlegend verändert, und zum Teil hat sich auch der Westen in eine Richtung transformiert, die durch den Osten vorgegeben war; zum Beispiel in Fragen der Sozial- und Familienpolitik. Was in den vergangenen 30 Jahren diesseits und jenseits der einstigen Grenze an Veränderungen passiert ist, wird mitunter nur vage aus der Ferne wahrgenommen, aber schnell nach eigenen Maßstäben beurteilt.

Thomas Plaßmann zeichnet für uns

Der preisgekrönte Essener Karikaturist Thomas Plaßmann zeichnet täglich Cartoons und Karikaturen für Tageszeitungen, unter anderem für die Frankfurter Rundschau, die Hannoversche Allgemeine Zeitung, die Neue Ruhr Zeitung und die Berliner Zeitung: *https://www.thomasplassmann.de/*. Außerdem publiziert er in Zeitschriften, Fachpublikationen und Büchern. Neben vielen anderen Auszeichnungen erhielt er 2019 den Preis „Rückblende – Deutscher Preis für politische Fotografie und Karikatur". Für uns zeichnete Thomas Plaßmann eine Karikatur mit dem Titel „… und da stand die Mauer", die wir als Postkarte sowie als Plakat verteilen möchten. Plaßmann greift die unsichtbare Mauer in den Köpfen der Menschen auf. Er überzeichnet den aktuellen gesellschaftlichen Zustand und trifft ihn punktgenau. Die Mauer ist weg, aber der verstellte Blick bleibt – von West nach Ost oder von Ost nach West.

Nicht übereinander, sondern miteinander reden

Aber es bleibt nicht allein bei einer Karikatur. Diese Aktion denkt weiter! Mit der Postkartenaktion will Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. sowohl einen Nachdenkmoment schaffen als auch zum aktiven Handeln anregen. Auf der Rückseite der Karte finden sich ein Link und ein QR-Code. Beide führen auf eine Seite von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., auf der praktische Handlungsempfehlungen zum gegenseitigen Kennenlernen von Ost und West anregen sollen. Dabei geht es zum einen um handhabbare Ideen, wie Begegnungen stattfinden könnten (Städtepartnerschaften, Partnerge-

Karikatur © Thomas Plaßmann

Das Bildmotiv der diesjährigen Postkartenaktion: „Und da stand die Mauer“ von Thomas Plaßmann.

meinden der Kirchen usw.) und welche Finanzierungsmöglichkeiten es dafür gibt. Vertiefend dazu werden mögliche Themen und Methoden (etwa Erzählcafés zu Ost-West-Erinnerungen oder gemeinsame Besichtigungen von Erinnerungsorten) der Begegnungen und des Kennenlernens vorgestellt. Es ist eine Art Werkzeugkoffer, der je nach Bedarf genutzt werden kann.

Bundesweite Postkartenaktion am 3. Oktober 2020. Jede und jeder kann mitmachen, überall.

Unser Ziel ist es, die Postkarte am 3. Oktober, dem 30. Jahrestag der Wiedervereinigung, bundesweit zu verteilen oder auszulegen. Aber natürlich kann auch vor und nach diesem Datum verteilt werden. Denn diese Karte und ihre Aussage sind zeitlos. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, sie an die Frau oder den Mann zu bringen. Die Karte kann auf lokalen Festen, in Fußgängerzonen oder auf Veranstaltungen rund um das Thema Wiedervereinigung verteilt werden. Dort trifft man auf ein interessiertes Publikum. Plakate der Aktion könnten einen Stand schmücken. Auch in Schulen, Volkshochschulen oder Bibliotheken werden Karten gerne mitgenommen. Pädagogischen Fachkräften und Multiplikatoren der historisch-politischen Bildung stellen wir Karten und Plakate für die Bildungsarbeit zur Verfügung. Und natürlich wollen wir auch in diesem Jahr die bundesweite Postkartenaktion wieder begleiten. Wie schon 2019 sammeln wir Bilder von Aktionen vor Ort auf unserem Instagram-Profil von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und auf Facebook. ■

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. stellt Postkarten (auf der Rückseite beschreibbar) sowie A3-Plakate (für einen leichten Transport auf A4 gefaltet) mit der Karikatur kostenfrei zur Verfügung. Sollten Sie Interesse an der Aktion haben, melden Sie sich bitte bis allerspätestens 30. Juni 2020 in der Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokarte e.V. bei Annalena Baasch: *baasch@gegen-vergessen.de*

Geben Sie uns bitte die konkrete Stückzahl von Karten und Plakat an, die Sie haben möchten sowie eine Lieferadresse. Ende August werden dann die fertigen Karten und Plakate aus der Druckerei direkt zu Ihnen geliefert.

Ruth Wunnicke ist wissenschaftliche Referentin bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Diese Aktion wird gefördert aus Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG

Gefördert vom

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!

RAG Rhein-Main

Sonja Keil

Vergessene Geschichten vom Stadtrand

Über die fortgesetzte Diskriminierung von „Reisenden“ in Frankfurt am Main nach 1945

Im November 2019 stellte Dr. Sonja Keil der Regionalgruppe Rhein-Main von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. unter dem Titel „Von Gauklern, Händlern und Artisten“ ihre Studie zu einem Wohnwagenstandplatz in Frankfurt am Main vor.

Auch nach fast 70 Jahren bestehen Vorurteile gegenüber der Lebenswelt von „Reisenden“ wie beispielsweise Schaustellern, Zirkusangehörigen oder Artisten. Die genaue Betrachtung zeigt, dass die Diskriminierung von langer Dauer ist und dass das Gelände der „Wohngemeinschaft Bonameser Straße“ mit einem kaum bekannten Teil der Frankfurter Geschichte verbunden ist.

Seit fast 70 Jahren leben am Stadtrand „ambulante Gewerbetreibende“ oder auch „Reisende“, wie sich die Menschen selbst beschreiben. Reisende sind seit Jahrhunderten Bestandteil unserer Gesellschaft. Bis heute werden diese in Alltagsverständnis und Wissenschaft unter den Begriff des „Zigeuners“ subsumiert. Diese Zuordnung entbehrt indes jeder wissenschaftlichen Grundlage. Das Wohnwagenlager am Bonameser Hang, die heutige „Wohngemeinschaft Bonameser Straße“, entstand 1953 aufgrund eines Beschlusses der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung. Das zunächst als Provisorium geplante Areal für die Wohnwagen im Stadtgebiet wurde gegen die Widerstände der Anwohner und der Menschen errichtet, die dort zukünftig leben sollten. Sie wären lieber auf ihren seit Generationen genutzten Flächen im Stadtgebiet geblieben. Zu den rund 250 Menschen, die in ihren Wohnwagen nun auf dem neuen Wohnwagenstandplatz lebten, gesellten sich Frankfurter Bürger ohne Obdach, deren Wohnungen im Zweiten Weltkrieg zerstört worden waren. Bald lebten dort über 1.000 Menschen. Heute sind es noch circa 80.

Foto: Hohenloher Freilandmuseum

Verbotsschild, vermutlich 1920er-Jahre

Im Volksmund hat sich die Bezeichnung „Zigeunerlager“ für dieses Gelände erhalten. „Zigeunerlager. Die Leute wissen’s sofort!“, sagt ein Bewohner und erklärt: „Aber es waren ja nie richtige Zigeuner hier.“ Das gesellschaftliche Verständnis des Begriffs „Zigeuner“ stellt ein kulturelles Konstrukt dar, das vor allem Menschen wie Landfahrern oder Schaustellern, die in der Zeit des Nationalsozialismus unter diesen Begriff subsumiert wurden, nicht geteilt wird. Seit der Reichsgründung nach 1870 waren Fahrende von Ausgrenzung und Diskriminierung betroffen.

Im Nationalsozialismus steigerte sich die Politik der Ausgrenzung zu einer Politik der Verfolgung und Vernichtung. Die dafür Verantwortlichen Robert Ritter und Eva Justin, auf die noch näher eingegangen wird, traten nach 1945 in den Dienst der Stadt Frankfurt ein und ermöglichten damit eine Fortsetzung rassenideologisch geprägter Handlungen. Rudolf Prestel, der als ehemaliges NSDAP-Mitglied bereits unter Fischer-Defoy (von 1933 bis 1945 besoldeter Stadtrat und Amtsleiter des Frankfurter Stadtgesundheitsamtes) tätig war, leitete als Mitglied der CDU von 1946 bis 1966 das Fürsorge- und Jugendamt der Stadt sowie von 1946 bis 1954 das Gesundheitsamt. In seiner Funktion als Frankfurter Stadtrat und Fürsorgedezernent führte er bis zum Ende seiner Amtszeit eine repressive Politik weiter. Bezüglich des Wohnwagenlagers bejahte er ausdrücklich harte Lebensbedingungen, beispielsweise verfügte das Lager weder über Strom noch über Warmwasser. Es gab nur zwei Wasserstellen mit ausschließlich kaltem Wasser, die als Abschreckungsmoment beibehalten wurden. Gleichzeitig vertrat er die Haltung, dass die dort lebenden Menschen aus eigener Schuld in ihre Lage gekommen seien und in der Folge ihre Situation aus eigener Kraft verändern müssten.

Foto: Bundesarchiv, Bild 146–1987–116–34

Eva Justin und Robert Ritter, 1938 auf einem Standplatz von Schaustellern.

Der Kriminalbiologe Robert Ritter und seine Assistentin Eva Justin

Robert Ritter habilitierte sich 1936 in Medizin (Titel der Habilitation: „Ein Menschenschlag. Erbärztliche und erbgeschichtliche Untersuchungen über die durch zehn Geschlechterfolgen erforschten Nachkommen von Vagabunden, Gaunern, Räubern") und stellte seine Tätigkeiten vor allem in die Dienste der nationalsozialistischen Rassenhygiene, deren Interesse der Ausgrenzung und Verfolgung von Menschen aus überwiegend rassistischen Gründen galt. Der Kriminalbiologe unterstellte den Landfahrern, „Zigeunern" und Vagabunden eine mangelnde Fähigkeit zur sozialen Anpassung und verschwieg dabei das besonders starke Gemeinschaftsgefühl dieser Gruppen. Die Methoden zur Erfassung von „Zigeunern" und „Zigeunermischlingen" seiner reichsweit tätigen Berliner Forschungsstelle sind aus heutiger Sicht als pseudowissenschaftlich zu bezeichnen. Anfang 1938 kamen die „Rassenforscher" in einer als „fliegende Arbeitsgruppe" bezeichneten Einheit auch nach Frankfurt am Main. Dem konkreten Handeln von Robert Ritter und seinen Mitarbeitern, etwa seiner Assistentin Eva Justin, lag eine Vermischung problematischer historischer Situationseinschätzungen, zweifelhafter moralischer Wertungen und rassenbiologisch geprägter Ideologien zugrunde. In der Folge wirkten diese diskriminierenden Stereotype auch über den Nationalsozialismus hinaus. So sind die nach 1945 erschienenen Veröffentlichungen des Medizinalbeamten und „Zigeunerexperten" Hermann Arnold in der Tradition Ritters zu sehen. Sie wurden bis Ende der 1970er Jahre wissenschaftlich unreflektiert rezipiert.

Ritter verantwortete die „Ausmerzung" von Menschen, die als asozial eingestuft wurden. Diese nationalsozialistische Ausdrucksweise fasst die Aufgaben der Ärzte, Anthropologen, Assistenten und weiteren Mitarbeiter in einem Begriff zusammen. Das Team um Ritter kam zu dem Ergebnis, dass über 90 Prozent der „zigeunerischen Personen" als „Mischlinge" einzustufen seien. Für die als asozial eingestuften „Zigeunermischlinge" wurde die Sterilisation empfohlen. Die als „Mischlinge" klassi- »

Artisten der Camilla Mayer-Hochseiltruppe, 1949

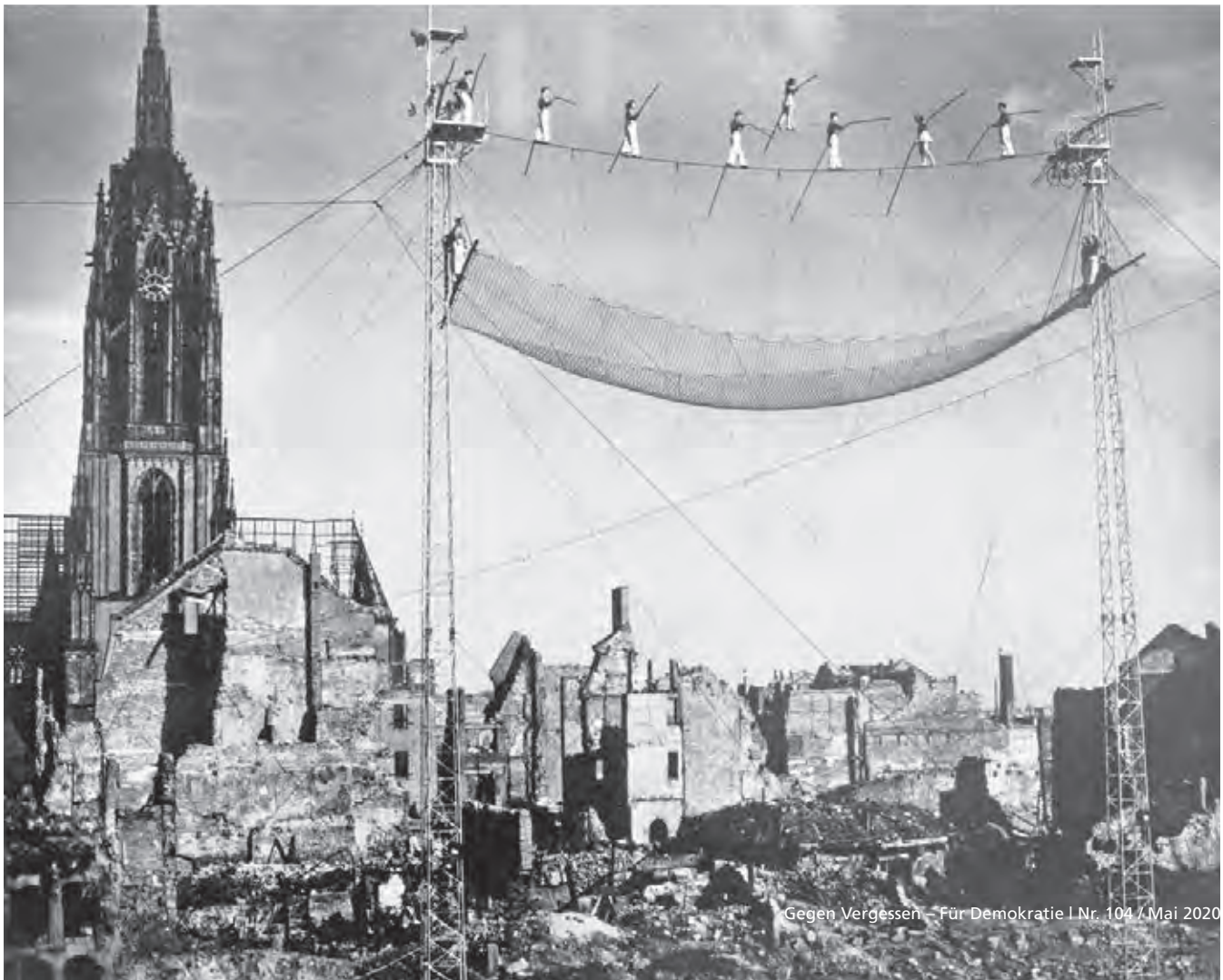


Foto: Albert Georg Riethausen 1920, Frankfurt am Main (DE) – 2009, Frankfurt am Main (DE), s/w-Fotografie auf Barytpapier; MMK Museum für Moderne Kunst Frankfurt am Main, Schenkung des Künstlers

Foto: Heidi Guischard

Wohnwagenstandplatz, 1965

Foto: Rolf Oeser

Wohngemeinschaft Bonameser Straße, 2015

» fizierten Menschen wurden in der Rüstungsindustrie eingesetzt, für medizinische Experimente missbraucht oder kamen, meist in Auschwitz, zu Tode. Robert Ritter interessierte sich vor allem für die sozialen Subsysteme und Kulturen der Teile der Bevölkerung, die trotz staatlicher Maßnahmen nicht den Regeln der Mehrheitsgesellschaft, sondern ihren eigenen Regeln und Gesetzen folgten. Dies waren vor allem „Zigeuner" und jenische Landfahrer. Entwurzelte Einzelgänger interessierten ihn kaum.

Die Betroffenen, die den Nationalsozialismus überlebt hatten, trafen in Frankfurt nach 1947 jedoch erneut auf Robert Ritter und Eva Justin.

Unbescholtene Persönlichkeiten

Ritter trat im Jahre 1947 seinen Dienst bei der Stadt Frankfurt am Main an und war ein halbes Jahr später bereits Beamter im Range eines städtischen Obermedizinalrates. Die Ermittlungsbehörden sahen in ihm und seiner langjährigen Assistentin Eva Justin unbescholtene Persönlichkeiten . Bereits 1947 erhielt Justin eine Bescheinigung darüber, dass ihr Entnazifizierungsverfahren mit dem vermerkten Ergebnis „Ohne Maßnahmen" durchgeführt worden sei. Justin folgte Ritter im Frühjahr 1948 als Kriminalpsychologin in den Dienst des Gesundheitsamtes der Stadt Frankfurt am Main. Sie blieb bis zu ihrem Tod im Jahr 1966 dort beschäftigt. Ritter schied 1949 im Einvernehmen mit der Stadt Frankfurt am Main aus dem städtischen Dienst aus und starb im Jahr 1951.

Eva Justin war zuständig für die Erziehungsberatung. Im Februar 1964 wurde ihr innerhalb der Stadtverwaltung eine andere Aufgabe übertragen, die sie auch auf den Wohnwagenstandplatz führte. Ihr Auftrag bestand darin, die sozialen, wirtschaftlichen und erzieherischen Verhältnisse der in Notunterkünften und Übergangswohnstätten der Sozialverwaltung lebenden Familien zu untersuchen und Vorschläge zur Verbesserung zu entwickeln. Justins neue Aufgabe wurde bei einzelnen Stellen der Stadtverwaltung kritisch betrachtet. Das Personalamt teilte der Frankfurter Rundschau auf Anfrage mit: „[Es ist] sehr schwierig gewesen, […] für den Einsatz im Wohnwagenlager geeignete Kräfte zu gewinnen. Frau Dr. Justin [hat] sich sozusagen freiwillig für diese Aufgabe gemeldet. Es [ist] außerdem nicht einfach gewesen, für die Ärztin eine ihrer Ausbildung entsprechende Beschäftigung zu finden."

Um auf das Wirken der „rasse-biologisch" tätigen „Wissenschaftler" hinzuweisen und deren Opfer zu würdigen, kämpfte die Roma-Union Frankfurt jahrelang gegen den Widerstand von Frankfurter Behörden und politischen Institutionen für die Anbringung einer Gedenktafel. Diese konnte im Jahr 2000 am ehemaligen Frankfurter Gesundheitsamt enthüllt werden.

Berühmte Hochseilartistin lebte auf Frankfurter Wohnwagenstandplatz

Kaum bekannt ist, dass die berühmte Hochseilartistin der „Camilla-Mayer-Hochseiltruppe", Elvira Schmidt, auf dem Wohnwagenstandplatz zu Hause war. Mit ihrer Hochseiltruppe bot sie den Frankfurtern ein unvergessliches Erlebnis auf dem zerbombten Römerberg, als sie in atemberaubender Höhe Kunststücke vorführten. Elvira Schmidts Sohn lebt heute noch auf dem Gelände in der Bonameser Straße und wünscht sich dies auch für die nachfolgenden Generationen. Der Auftritt in der Nachkriegszeit diente übrigens den Machern des „Tigerpalast Varieté Theaters Frankfurt" zur Inspiration für den Hochseillauf auf dem Römerberg zur 1.250-Jahr-Feier der Stadt Frankfurt am Main. ■

Neue Debatte über die Wohnwagensiedlung

Ende 2019 hat eine Stellungnahme des Frankfurter Magistrats für Entsetzen bei den Bewohnern des Wohnwagenlagers gesorgt. Dort wurde angekündigt, dass eine Reduzierung der Bewohneranzahl mittelfristig vorgesehen sei. Zwei offene Briefe auf Initiative der Regionalen Arbeitsgruppe Rhein-Main an den Magistrat sowie den zuständigen Baudezernenten waren bislang erfolglos – obwohl neben Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. weitere etablierte Organisationen wie die Bildungsstätte Anne Frank, der Landesverband Hessen der Deutschen Roma und Sinti und der VVN/Bda (Kreisvereinigung Frankfurt) den Brief unterschrieben. Joachim Brenner vom Förderverein Roma e.V. und Andreas Dickerboom von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. sind empört. Dickerboom sagt: „In einer von bürokratischer Kälte geprägten Sprache werden die alten Vorurteile wiederholt." Beide fordern die Übernahme historischer Verantwortung für diese Nachfahren von NS-Opfern ein.

Dr. Sonja Keil ist Sozialpraktikerin, Lehrbeauftragte und Coach. Mit ihrer sozialwissenschaftlichen Milieuanalyse zur Personengruppe der „ambulanten Gewerbetreibenden" promovierte sie in Soziologie und Neuerer Geschichte.

RAG München

Philipp Bittner und Maximilian Fixl

Mehr als ein Erinnerungsort: Das Badehaus in Waldram-Föhrenwald

Adolf-Hitler-Platz, Roosevelt Square, Seminarplatz – drei Namen für den zentralen Platz eines Ortes, der drei Generationen Lagernutzung erlebte. Während der NS-Zeit beherbergte er Zwangsarbeitende einer naheliegenden Munitionsfabrik. Nach Kriegsende fanden hier jüdische Displaced Persons eine temporäre Bleibe. Ab 1956 nahm der Ort deutsche Vertriebene aus dem östlichen Europa auf.

Dank der Initiative des Vereins Bürger fürs Badehaus Waldram-Föhrenwald e.V. öffnete im Oktober 2018 der Erinnerungsort Badehaus im Wolfratshauser Stadtteil Waldram bei München seine Türen. Ein Ort der Erinnerung, aber auch der Vermittlung von Wissen. Studierende der Ludwig-Maximilians-Universität München und der Universität Regensburg erarbeiteten unter anderem in Kooperation mit der RAG München von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. einen Audioguide zum Erinnerungsort Badehaus.

Wir befragten Emanuel Rüff, den stellvertretenden Vorsitzenden des Vereins. Er ist verantwortlich für die wissenschaftliche Arbeit und betreute das Audioguide-Projekt gemeinsam mit Frau Dr. Sybille Krafft und Jonathan Coenen.

Foto: Justine Bittner

Die Studentengruppe des Studiengangs Osteuropastudien der LMU München. Mit dabei Maximilian Fixl (l.), und Philipp Bittner (3.v.r.)

Der Erinnerungsort wurde auf Initiative des Vereins Bürger fürs Badehaus e. V. begründet. Wie kam es zu dieser Initiative, welche Hürden wurden bewältigt und welche Motivation stand bei Ihnen und den Unterstützern im Vordergrund?
Emanuel Rüff: 2012 drohte der Abriss des Badehauses, worauf sich eine Bürgerinitiative formierte, bestehend aus dem Historischen Verein Wolfratshausen und der Siedlergemeinschaft von Waldram. Dann hat sich der Verein Bürger fürs Badehaus Waldram-Föhrenwald gegründet.

Der Prozess wurde von größeren Schwierigkeiten begleitet: ausschlaggebend – das Geld. Es gab auch negative Stimmen: „Was wollt ihr mit dem alten Glump, reißt's doch ab!" Wir haben von der Stadt einen strengen Zehn-Punkte-Plan bekommen. Nach dessen Erfüllung stellte uns die Stadt Zuschüsse für die Ertüchtigung über die Städtebauförderung in Aussicht. Die Erzdiözese München-Freising hat uns freundlicherweise das Gebäude unentgeltlich überschrieben. 2015 begann die inhaltliche Konzipierung, damals bin ich dazugestoßen.

Ich interessiere mich von klein auf für Geschichte und Waldram ist meine Heimat: Hier bin ich aufgewachsen und verwurzelt. Die besondere Ortsgeschichte ist es Wert, sich dafür ehrenamtlich zu engagieren. Auch für die Bildungsarbeit für Demokratie. Es passt sehr gut zu Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Indem man die Geschichte von Waldram erfährt, in all ihrer Wechselhaftigkeit im 20. Jahrhundert, werden demokratiebildende Erkenntnisse gefördert.

Natürlich gab es auch Rückschläge, aber nie in dem Ausmaß, dass sie uns zerschmettert hätten. Es ist ein Geheimrezept des Badehauses und erstaunlich, wie sich eine Gruppe so unterschiedlicher Menschen so gut verstehen kann. Sie vereint Jung und Alt, genauso Menschen verschiedener politischer Couleur. Von CSU bis Linke haben alle an einem Strang gezogen.

Die Erinnerung greift im Badehaus über die drei Zeitschichten hinaus eine verflechtungsgeschichtliche und transnationale Dimension auf. Besteht hierin die Besonderheit des Ortes?
Ja, eindeutig! Verflechtungsgeschichte »

» transnational oder auch Migrationsgeschichte. Ich glaube, das zeichnet unseren Ort aus. Waldram-Föhrenwald erlebte in seiner erst 80-jährigen Geschichte wechselvolle und bewegte Schicksale. Das spiegelt sich auch im Aufbau des Badehauses wider. Im Erdgeschoss zeigen wir die Strukturgeschichte des Ortes, auch in den transnationalen Bezügen, etwa die Herkunft und weiteren Wege der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, der jüdischen Displaced Persons wie auch der Heimatvertriebenen. Im Dachgeschoss lässt sich die Ortsgeschichte anders lesen, und zwar anhand von Biografien. Das macht den Zugang greifbarer.

Wen begeistert der Ort?
Unter den Besuchern und Begeisterten findet sich neben Schulklassen und der Lokalbevölkerung eine ganz wichtige Gruppe, die man nicht vergessen darf: die Zeitzeugen und deren Nachkommen. Es melden sich immer wieder Leute aus Amerika oder Israel an. Vor allem jüdische ehemalige Displaced Persons oder deren Nachkommen. Der Ort bringt Menschen zusammen, das ist seine Besonderheit. Nicht nur die Displaced Persons, auch ehemalige Zwangsarbeiter und die Heimatvertriebenen. Die Ur-Waldramer finden hier einen Ort, an dem ihre Geschichte gewürdigt wird.

Für unser Projekt zur Erstellung des Audioguides wählten wir den Titel „ÜberLagerungen. Auf den Tonspuren von Waldram-Föhrenwald". Es ging dabei um die Darstellung der bereits angesprochenen drei Zeitschichten und ihrer Verbindung. Wie wurde das museale, durch den Audioguide ergänzte Konzept gestaltet und umgesetzt?
2015 hat sich die sogenannte Doku-Gruppe gegründet, mit geballtem Know-How ausgebildeter Historiker und Historikerinnen. Jeder hat einen bestimmten Zeitabschnitt übernommen, um Quellen und Literatur zu recherchieren. Es wurden internationale und nationale Archive aufgesucht, zum Beispiel die Gedenkstätte Yad Vashem. Im US Holocaust Memorial Museum konnten wir digital viele Fotos und Materialien finden. Wir haben uns eine Sammlung aufgebaut. Viel wurde uns von Nachkommen oder Zeitzeugen geschenkt, ein paar Sachen haben wir auch angekauft. Anhand der Exponate haben wir versucht, eine Geschichte zu erzählen. Die Umsetzung hat ein professionelles Grafikbüro übernommen.

Welchen thematischen Zugang finden junge Leute im Badehaus? Was für Anreize bietet der Ort für die jüngeren Generationen?
Mit anpacken zu können, mitgestalten zu können. Die Geschichte fort- und weiterzuführen und in die nächste Generation zu bringen, das ist eben nicht nur die Aufgabe alter Menschen, sondern jeder kann die Zukunft mitgestalten, indem man die Erinnerung wachhält.

Der Raum, durch den alle Besucher vor der Ausstellung geführt werden, trägt den Namen Max Mannheimers. Welche Bedeutung hat der Holocaust-Überlebende, unseren Vereinsmitgliedern auch als Beirat von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. bekannt, für die Funktion des Badehauses?
Max Mannheimer war unser Ehrenmitglied und Mitglied Nummer 1. Seine Biografie ist persönlich mit Föhrenwald verbunden, er hat in der Föhrenwalder Verwaltung gearbeitet, obwohl er nicht im Ort gewohnt hat, und die sogenannten Hardcore Cases betreut. Das waren Menschen, die durch ihre Erfahrungen während der Shoah und des Krieges stark belastet waren, meist psychisch. Dieser Menschen hat sich Max Mannheimer angenommen.

Wir verstehen uns im Sinne Mannheimers als ein Ort des Lernens, des Erinnerns und des Begegnens. Also als ein lebendiger, moderner Ort – mit dem musealen Charakter unserer Dauerausstellung, aber auch mit dem eines modernen Bürgerhauses oder kleinen Kulturzentrums. Hier finden Sonderausstellungen, Lesungen, Zeitzeugengespräche und Filmvorführungen statt.

2020 jährt sich das Weltkriegsende zum 75. Mal. Welches Angebot bietet das Badehaus im Hinblick darauf? Wie sieht die langfristige Planung über den Jahrestag hinaus aus?
2020 hatten wir zwei große Veranstaltungen geplant. Im April sollte zum 75. Jahrestag des Todesmarsches ein Gedenkzug vom Todesmarschmahnmal zum Badehaus stattfinden. Dafür hatte uns Jack Adler, ein 90-jähriger Überlebender des Todesmarsches aus den USA zugesagt. Der Gedenkzug musste wegen der Corona-Krise leider ausfallen. Im Oktober ist zu 75 Jahre jüdisches DP-Lager Föhrenwald ein großes Treffen angekündigt. Das wird ein einzigartiger Tag, wenn viele ehemalige Föhrenwalder und deren Nachkommen an den für sie sehr besonderen Ort kommen.

Langfristig kommen wir an unsere Grenzen. Die Besucherzahlen wachsen, was das ehrenamtliche Engagement vor große Herausforderungen stellt. Das Badehaus mit seiner Größe, dem Portfolio und unserem eigenen Anspruch kostet viel Geld. Wir hoffen sehr, dass uns eine verstetigte institutionelle Förderung von öffentlicher Seite, sowohl von der Stadt als auch von Landkreis und Bezirk, diese gemeinschaftliche, ehrenamtliche Tätigkeit zukünftig erleichtern wird. ■

Übersicht der Straßennamen in Waldram-Föhrenwald im Wandel der Jahre:

■ **1939 – 1945**
■ **1945 – 1956**
■ **ab 1956**

Föhrenalle
Pennsylvania Street
Faulhaberstraße

Tiroler Straße
Kentucky Street
Steichelestraße

Sudeten Straße südl. Teil
Tennessee Street
Törringstraße

Sudeten Straße nördl. Teil
Ohio Street
Weldenstraße

Metz Straße
Ohio Street
Steinstraße

Kärtner Straße
Missouri Street
Scherrstraße

Steierer Straße
Florida Street
Gebsattelstraße

Wiener Straße
Wisconsin Street
Gebeckstraße

Ostmark Straße
California Street
Bettingerstraße

Lothringer Straße
Indiana Street
Dekan-Weiß-Straße

Luxemburger Straße
Michigan Street
Wolframstraße

Elsässer Straße
Illinois Street
Andreasstraße

Memeler Straße
New York Street
Rupertstraße

Danziger Freiheit
Independence Place
Kolpingplatz

Saarpfalz Straße
New Jersey Street
Korbinianstraße

Adolf-Hitler-Platz
Roosevelt Square
Seminarplatz

Adolf-Hitler-Platz
Roosevelt Street
Thomasstraße

Philipp Bittner und Maximilian Fixl studieren an der Ludwig-Maximilians-Universität München und sind Mitglieder der Regionalen Arbeitsgruppe München von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

RAG Münsterland

Auch Mut macht erfinderisch

Covid-19 kannten, als 2020 begann, nur Eingeweihte: Vor allem Fachleute, aufmerksame Hörerinnen oder Leser von Nachrichten, Menschen in Heil- und Pflegeberufen. Inzwischen stellen die Corona-Viren die Staaten rund um den Globus, die Ökonomie und Politik, viele Gesundheits- und Sozialsysteme vor regelrechte Zerreißproben. Doch was hält konkret eine Gesellschaft zusammen in massiven Krisen wie dieser? Der Grundfrage ging im Februar, noch vor dem Lock-Down, eine hochrangig besetzte Tagung für Wissenschaft und Praxis in Ostwestfalen nach.

Eine große Konferenz an der Uni Bielefeld untersuchte das Miteinander und das Ringen innerhalb der Gesellschaft um Zusammenhalt: Arbeitsbeispiele aus Konzepten der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in der Villa ten Hompel und aus der KZ-Gedenkstätte Dachau veranschaulichten dabei den Konsens in Sachen Erinnerungskultur zu Verfolgten, Opfern und Tätern des NS-Regimes.

Die vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) mit Unterstützung der Bertelsmann-Stiftung organisierte Runde, die IKG-Leiter Prof. Dr. Andreas Zick empfing, beschäftigte sich unter anderem mit Geschichtskultur und Gedenkstättenarbeit, mit der NS-Zeit und dem Holocaust. Es ging aber auch um die DDR, den Kalten Krieg und den Kommunismus in Europa bis 1989/90.

Wie das Erinnern und Gedenken versöhnen und Verständigung fördern, andererseits aber auch spalten und politische Gräben innerhalb der Gesellschaft vertiefen kann, stellte mit Beispielen aus der Bildungsarbeit zu NS-Täterschaft Stefan Querl im Plenum zur Diskussion. Er veranschaulichte, wie die Regionalarbeitsgruppe Münsterland von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zivilgesellschaftlich mit der Stadt Münster zusammenwirkt, die den Geschichtsort Villa ten Hompel als Erinnerungsstätte seit über 20 Jahren trägt. Regionalsprecher Horst Wiechers, der gemeinsam mit Sprecherin Ursula Brenken inzwischen den Generationswechsel in der RAG einläutet und offen seine Erfahrungen weitergibt, ermöglichte in den 1990er Jahren die Entstehung des Geschichtsorts in der Villa an der Seite von Mitstreitern, Wissenschaftlern, Vermittlern und Zeitzeugen.

Eine Erkenntnis sei im Blick auf die NS-Diktatur sehr deutlich, unterstrich Stefan »

Zivilcourage historisch und heute: Zeichnungen einer Kartenkampagne und Motion Comics im Netz sprechen insbesondere junge Geschichtsinteressierte an. Die Videos sind frei verfügbar über ein Portal zur badischen Landesgeschichte und machen weit über die Region hinaus bedeutsame Fälle anschaulich. In der Tagung erwähnte Stefan Querl die Projekte ausdrücklich.

Grafik/Zeichnung: Katja Reichert für *www.lzw-verein.de*

Archivfoto: Stefan Querl

Franka Aldenborg aus Nottuln (mittig) als eines der jüngsten aktiven Mitglieder der Regionalarbeitsgruppe im Münsterland mit dem Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Bernd Faulenbach (2.v.r., am Rednerpult), Regionalsprecherin Ursula Brenken (r.) und Regionalsprecher Horst Wiechers (3.v.l.), dem Bundestagsabgeordneten a. D. Winfried Nachtwei aus dem erweiterten Bundesvorstand von GVFD (2.v.l.), dem Leiter des Geschichtsortes Villa ten Hompel, Dr. Christoph Spieker (3.v.r.), sowie dem Kooperationspartner Daniel Gollmann (l.), Referent beim Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Westfalen-Lippe bei einem Themenabend anlässlich des 100-jährigen Bestehens des VDK.

» Querl: Nicht nur Not, sondern auch Mut und die Fähigkeit zu Empathie, zu Eigensinn oder Selbstkritik machten Menschen so erfinderisch und stark, sich zu widersetzen. Wobei jede Gedenkstättenarbeit nur so gut funktioniere wie die Gesellschaft, die den Einrichtungen den Rücken stärke und sie legitimiere. Facettenreich wurde sein Vortrag kontrastiert von Maximilian Lütgens aus dem Team der KZ-Gedenkstätte Dachau, der Verfolgten- und Opfer-Schicksale bewusst in den Vordergrund rückte.

Viel Raum nahm in der Debatte die Frage nach Zusammenhalt und Zivilcourage ein, unter anderem angesichts eines eindrucksvollen Arbeitsberichts aus der Berufsfeuerwehr in Bielefeld: So gehörte Peter Palsbröker, Leiter der Leitstelle und ebenfalls engagierter Redner in der Diskussion unter Leitung von Dr. Jonas Rees von der Universität Bielefeld, zu den Feuerwehrmännern in Ostwestfalen-Lippe, die sich öffentlich für ihre Vorgängerorganisation im NS-Regime entschuldigt hatten. Und zwar explizit dafür, dass diese während der Pogromnacht im November 1938 Hilfe für verzweifelte jüdische Menschen unterlassen und bei Synagogen-, Geschäfts- oder Hausbränden die Feuer teilweise mit angefacht hatte.

Eine Fülle von Beispielen für couragiertes Handeln gegen Gewalt und Hass liefert ein Portal des Wissenschaftsteams für den künftigen Lernort Zivilcourage und Widerstand (LZW) in Kislau nahe Heidelberg und Karlsruhe in Baden-Württemberg, das Stefan Querl in Bielefeld als stellvertretender Sprecher aller RAGs ausdrücklich erwähnte. Die Fälle aus der Umbruchphase nach dem Ersten Weltkrieg, während der Weimarer Republik und der NS-Diktatur seien quellenbasiert und überregional bedeutsam, sagte er, und dabei jugendgerecht in Motion Comics umgesetzt. Leiterin des Projekts ist Dr. Andrea Hoffend. Sie ist ebenfalls Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und hatte den „LZW-Verein" im Herbst bei der Mitgliederversammlung in Karlsruhe vor den Regionalsprechern vorgestellt. Die Beispiele sind online frei verfügbar:
www.baden18-45.de/filter/#video ■

Dr. Christoph Spieker (r.) und Stefan Querl beim Rundgang in der Villa ten Hompel. Querl stellte in Bielefeld die Bildungskonzepte für junge Leute und Erwachsene zur Debatte.

Foto: Maren Kuiter

RAG Rhein-Ruhr-West

Wolfgang Braun

Debatte um den 8. Mai: Gedanken zum Umgang mit historischen Gedenktagen

75 Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und seinem weltpolitischen Irrlauf findet wieder eine Neubestimmung des Geschichts- und damit des Selbstbildes der Deutschen statt. Wenn nicht die staatlichen Maßnahmen in der aktuellen Krise dazwischengetreten wären, wären dessen Konturen schon sichtbar geworden. So bleibt erst einmal nur eine Ahnung davon, was auf uns zukommen könnte.

Geschichtsdeckel: 1945

1949

1950

Rückseite 1945/1949

Begründete Vermutungen, wohin die Reise gehen solle, veranlassten die Regionale Arbeitsgruppe Rhein-Ruhr West jedoch schon einmal, in diskreter Form tätig zu werden. Den Ausschlag, für diesen 8. Mai die drei obenstehenden Geschichtsdeckel zu entwerfen und drucken zu lassen, gab die Absicht anderer Träger, an dem Gedenktag ein Fünf-Bühnen-Programm in der Duisburger Innenstadt anlässlich des „Endes von Hitler-Faschismus und Zweitem Weltkrieg" umzusetzen. Ein munteres Festprogramm für alle Geschmäcker mit der einen oder anderen zum Nachdenken anregenden Einlage – eine Anlage, die dem Datum *dieses* Kriegsendes und dem Ende *dieser* Gewaltherrschaft in Deutschland nicht gerecht werden kann. Geeignetere Tage stehen zur Auswahl, die Demokratie zu feiern, zum Beispiel der Tag des Grundgesetzes am 23. Mai. Die nachstehende Tabelle über thematisch mehrfach besetzte Feiertage gibt einen Eindruck, was alles möglich wäre.

Ein Fünf-Bühnen-Programm zum 8. Mai wäre nur eine schlechte Parodie auf die zum Teil wohl recht grotesken Reaktionen der Deutschen auf den Einmarsch der amerikanischen Einheiten 75 Jahre zuvor. So hat Welt-online die damalige Kriegskorrespondentin der Vogue, Lee Miller, zitiert: *„Erstaunlich fand ich die Dreistigkeit der Deutschen. … Wie wollen sie sich von allem, was war, distanzieren? Welche Verdrängungsleistung in ihren schlecht belüfteten Hirnwindungen bringt sie zu der Vorstellung, sie seien ein befreites Volk und kein besiegtes? "*

Und die Journalistin Margaret Bourke-White wird von Welt-online mit einer Aussage über die Beobachtung eines Offiziers aus dem Jahr 1945 zitiert: *„Ein amerikanischer Major gab unserer Verwirrung über das allgemeine Verleugnen jeder Verbindung mit dem Nazismus Ausdruck, als er meinte: ‚Die Deutschen tun, als seien die Nazis eine fremde Rasse von Eskimos, die vom Nordpol gekommen und irgendwie in Deutschland eingedrungen sind.' "*

Daher sei noch einmal in Erinnerung gerufen, wie der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 im Deutschen Bundestag seine Ansprüche an die Gestaltung dieses Tages fasste: *„Der 8. Mai ist für uns vor allem ein Tag der Erinnerung an das, was Menschen erleiden mußten. Er ist zugleich ein Tag des Nachdenkens über den Gang unserer Geschichte. Je ehrlicher wir ihn begehen, desto freier sind wir, uns seinen Folgen verantwortlich zu stellen. Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern. …"*

Richard von Weizsäcker wusste auch, warum. So stellte er, der als Jurastudent an der Verteidigung seines Vaters in dessen Nürnberger Kriegsverbrecherprozess beteiligt war, im Rückblick fest: *„Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft."*

Vor diesem Hintergrund kann auch heute der 8. Mai eigentlich nur das sein, was er schon 1985 war: ein Tag der Besinnung, ein Tag der Mahnung. Sich nicht noch einmal in die Situation zu bringen, von anderen befreit werden zu müssen.

Wenn ein Blick nach vorn gerichtet werden soll, kann die nachstehende Tabelle weiterhelfen. Wird diese um wenige Kalendertage ergänzt, erweitern sich die Erkenntnisse zu den relevanten Entwick- »

» lungslinien der vergangenen zwei Jahrhunderte schlagartig: 22. Februar, 1. Mai, 14. Juli. Dazu mehr in Heft 105.

Zum Abschluss ein Vorschlag zur Güte: Wenn irgendwelche Kräfte meinen, der 8. Mai solle unbedingt Staatsfeiertag der Bundesrepublik Deutschland werden, dann sollte der 8. Mai 1949, der Tag der Verabschiedung des Grundgesetzes, als Bezug gewählt werden. In der Wahl des Tages ist der Gegensatz zur Nazi-Herrschaft schon enthalten. Dann sind aber auch keine Neuerungen erforderlich, dann ließe sich auch der 23. Mai feiern. Ausgelassen und mit Freude! Mit einem „Fest der Freiheit"! ■

Geschichtliche Ereignisse, Gedenktage und Mehrfachbezüge

Zur Legende: Auf einander bezogene (oder mit hoher Wahrscheinlichkeit bezogene) Ereignisse sind mit der gleichen Hintergrundfarbe unterlegt, Zweifelsfälle *kursiv* gesetzt. Nicht unterschieden wurde nach zu vermutendem konzeptionellem Vorgehen (1. September 1939) und Gebrauch von Gelegenheiten (9. November 1938) und reiner Koinzidenz, die möglicherweise verstärkend wirkte (18. März 1848, 18. März 1871 und Ruhraufstand 1920). Der grenzüberschreitende Bezug – vor allem zu Frankreich – war übrigens im 19. Jahrhundert von einer Selbstverständlichkeit, den wir uns heute kaum noch vorstellen können.

Jahr	18. März	8. Mai	9. Mai	23. Mai	1. September	3. Oktober	9. November
1799							18. Brumaire
1848	Barrikadenkämpfe in Berlin						Hinrichtung von Robert Blum
1863				Gründung des ADAV			
1870					Schlacht von Sedan, 1./2. Sept.		
1871	Commune in Paris						
1917	im Zeitraum: Februarrevolution im Russischen Reich						im Zeitraum: Oktoberrevolution im Russischen Reich
1918						*Ernennung Max von Badens zum Reichskanzler*	Revolution Ausrufung der Republik
1920	im Zeitraum: Ruhraufstand gegen Kapp/Lüttwitz						
1923							„Marsch auf die Feldherrenhalle"
1938							„Reichskristallnacht"
1939				Rede Adolf Hitlers vor der Generalität am 23. Mai 1939: „Hierbei spielen Recht oder Unrecht oder Verträge keine Rolle."	Überfall auf Polen		
1945		Bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches (Nazi-Deutschland)		Inhaftierung der Regierung Dönitz			
1948					Parlamentarischer Rat zum GG tritt zusammen		
1949		Verabschiedung des Grundgesetzes		Inkrafttreten des Grundgesetzes			
1950			Schuman-Erklärung zur EGKS				
1989							Öffnung der Berliner Mauer („Panne" der Geschichtspolitik)
1990	Erste freie Wahlen in der DDR					*DDR-Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes („Wieder-" oder „Neuvereinigung")*	

Wolfgang Braun ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Rhein-Ruhr West.

Demokratie: Startschuss für eine neue Grundsatzdebatte?

Liane Czeremin

Was soll, was kann Demokratie? Mit dieser Titelfrage des Buches von Hans Peter Bull wird zweierlei suggeriert: Einmal soll es hier um eine Verständigung über grundsätzliche Fragen gehen. Es soll aber auch ein realistisches Bild davon gezeichnet werden, was möglich und sinnvoll ist und welche Erwartungen Demokratie eben nicht erfüllen kann.

Das Buch ist bereits 2018 erschienen und dennoch brandaktuell. Seit der Coronakrise werden Hans Peter Bulls Fragen in nahezu jedem Feuilleton gestellt. Zurückgeworfen auf den eigenen Mikrokosmos des Homeoffice oder der unfreiwilligen Tatenlosigkeit, merken viele Menschen, dass sie in der vorherigen Hektik zu vieles unhinterfragt getan und gedacht haben. Es ist Zeit, Abstand zu gewinnen und zu analysieren. Dieses Buch bietet eine gute Grundlage dafür.

Im Grunde sind es sogar zwei Bücher in einem. Auf der einen Seite gibt Bull einen klassischen Überblick über das politische System in Deutschland, über die theoretischen Grundlagen der Demokratie wie auch über die Funktionsweise ihrer Institutionen und die Rahmenbedingungen. Schließlich nennt er Kritikpunkte am Ist-Zustand und mögliche Stellschrauben, an denen zur Verbesserung gedreht werden könnte. Der Autor erklärt auch sperrige Themen in gut lesbarer, zum Teil auch amüsanter Form. Beispiel: „Gewaltenteilung gehört zur Demokratie wie die Bremse zum Auto." Er schreibt präzise und klar, ohne dabei komplexe Zusammenhänge zu umgehen.

Andererseits kann man das Buch auch als ein leidenschaftliches Essay für Bodenständigkeit in der Bewertung demokratischer Möglichkeiten lesen. Der Untertitel lautet „Erwartungen – Enttäuschungen – Hoffnungen". Ja, die Demokratie hat auch für Enttäuschungen gesorgt, nicht nur bei „Wutbürgern". Bull geht der Frage nach, wieso dies geschehen ist und wer dafür Verantwortung übernehmen muss – Politiker, Medien, aber eben auch die Menschen selbst mit ihren nicht immer erfüllbaren Erwartungen und Ansprüchen. Der Autor ist sicher, dass den Menschen mehr zugemutet werden muss und kann: „Für das Gelingen oder Scheitern der Demokratie sind auch die Bürgerinnen und Bürger verantwortlich. [...] Auch sie sollten zu Kompromissen, zur Selbstkorrektur, zu Anstrengungen und letztlich auch zu Opfern an Lebensqualität wie an Idealen bereit sein."

Welche Politiker, welche Funktionsträgerinnen trauen sich heute, ihren Wählern solche Sätze zu vermitteln?

Hans Peter Bull selbst ist Wissenschaftler und ehemaliger Politiker. Er war Professor für Öffentliches Recht, aber auch der erste Bundesbeauftragte für den Datenschutz sowie sieben Jahre lang Innenminister von Schleswig-Holstein. Beim Lesen merkt man, dass er nicht nur die Theorie kennt, sondern aus der Praxis weiß, wovon er spricht. Der doppelte Hintergrund macht die Lektüre umso attraktiver.

Bull schreibt, dass es bei der Ausgestaltung von Demokratie nicht nur um Teilhabe und Selbstentfaltung der Bürger gehe, sondern auch um Zusammenhalt, soziale und wirtschaftliche Rahmensetzung sowie effektives und zuverlässiges Handeln des Staates. In diesen Tagen wissen wir genau, wovon er da redet.

Die Bandbreite der Themen, die er anschneidet, ist groß und zum Teil durch sein eigenes politisches Wirken geprägt. Es geht zum Beispiel um Datenschutz, Volksinitiativen und um die Verflechtung der Entscheidungsebenen, aber auch um Umweltschutz, Digitalisierung oder den Umgang mit der AfD. Man muss seine Ansichten dazu nicht immer teilen, aber die Ausführungen sind stets fundiert und manchmal überraschend, weil sie sich nicht zu sehr von laufenden Debatten beeindruckt zeigen.

Nur zwei Beispiele:

Zur Ausrichtung von Politik:

„Die Parteiführer und Abgeordneten und die Kanzler und Minister, die sich jeweils auf die letzten Berechnungen der demoskopischen Institute verlassen und ihre Äußerungen darauf abstellen, hecheln in Wahrheit kurzatmig hinter dem Konstrukt eines vermuteten Volkswillens her, statt langfristige, stabile Tendenzen zu ergründen und für eine entsprechend langfristige, kontinuierliche und konsequente Politik einzutreten."

Und:

„Ein Grundübel der Kommunikation zwischen Politik und Bürgern besteht in der Halbherzigkeit, Unentschiedenheit und Wechselhaftigkeit der Aussagen. „Political correctness"-Forderungen und die Angst vor öffentlicher Kritik verleiten Akteure und Kommentatoren zur Verschleierung ihrer wahren Meinungen um des lieben Friedens willen."

Zur Digitalisierungspolitik (wiederum mit großer Aktualität in Coronazeiten):

„Die größte Gefahr für unsere Demokratie dürfte aus den wirtschaftlichen Umwälzungen entstehen, die durch die Digitalisierung der großen Industrien und des Dienstleistungssektors verursacht werden. Wenn Millionen Arbeitsplätze wegrationalisiert werden und nicht ebenso viele neue geschaffen werden, drohen soziale Unruhen und damit die Gefahr, dass Autokraten die politische Macht erobern und die Demokratie aushöhlen."

Daraus folge:

„(...) als eigentliche Herausforderung der nächsten Jahrzehnte (sollte) nicht die möglichst schnelle Umstellung aller Unternehmen und Verwaltungen auf elektronische Datenverarbeitung, künstliche Intelligenz etc. angesehen werden, sondern die Umstrukturierung von Wirtschaft und Verwaltung in sozial verträglichen Formen."

Bull plädiert also für Klarheit, Mut zur Wahrheit, Stringenz und Konsequenz in der Politik. Im letzten Teil des Buches lässt er auch Gastautoren wie Olaf Cunitz, Günther Oettinger und Wolfgang Schuster zu Wort kommen. Besonders der Beitrag von Wolfgang Zeh, eine Art Sprachknigge für Politiker, zeigt auf eindrückliche Art, dass bei aller Kritik am Gebaren von Politikern früher nicht alles besser war. »

» Bull selbst nimmt wie schon gesagt auch die Bürger für das Gelingen von Politik in die Pflicht. Aus seiner Sicht kann sich Politik nur verändern, wenn sich auch das Bewusstsein bei den Menschen darüber ändert, was Politik ausmacht. Er schreibt: „Wenn immer in erster Linie von der Selbstverwirklichung des Individuums die Rede ist und Auswirkungen auf andere kaum noch reflektiert werden, haben es diejenigen schwer, die für Solidarität werben und [...] auf Kompromisse hinarbeiten." Das Zusammenspiel von umfassender Abhängigkeit vom Staat und sozialem Bindungsverlust ergebe ein Dilemma des Einzelnen, „selbst entscheiden zu wollen, ohne verantwortlich zu sein".

Keine Frage, Bulls Ausführungen geben Material für eine gesellschaftliche Debatte, die dringend nötig wäre. Sicherlich müsste man versuchen, diesen auf 200 Seiten ausgebreiteten anspruchsvollen Stoff dafür auf eine Ebene zu führen, auf der ein noch größeres Publikum mitdiskutieren könnte. Den Versuch wäre es in jedem Fall wert. ■

Liane Czeremin ist Politikwissenschaftlerin und leitet die Öffentlichkeitsarbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Hans Peter Bull
Was soll, was kann Demokratie?
Erwartungen – Enttäuschungen – Hoffnungen
Societäts-Verlag, Zwickau 2018
Fester Einband, 224 Seiten
ISBN 978-3-95542-299-8 • 30,00 €

Erzählte Geschichte(n)

Dennis Riffel

Vor Jahren war ich einmal mit Christoph Heubner, Vizepräsident des Internationalen Auschwitzkomitees und Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., in der Jugendbegegnungsstätte Auschwitz, die er mitgegründet hat. Er führte unsere Gruppe durch die Gedenkstätte. Dabei erzählte er vor Ort die Geschichten, die ihm Auschwitzüberlebende über Jahrzehnte in unzähligen Gesprächen mitgeteilt hatten. Er machte das so eindrücklich, dass ich das Gefühl hatte, während unserer Führung den Überlebenden tatsächlich zu begegnen, sie mit dabei zu haben. So ist es auch jetzt wieder beim Lesen von Heubners Erzählband „Ich sehe Hunde, die an der Leine reißen". Der Autor tritt in den Hintergrund, er erzählt die Geschichten der Überlebenden, gibt ihnen Stimmen, die nun, 75 Jahre nach dem Holocaust, fast alle für immer verstummt sind.

Drei Geschichten nach Auschwitz

Es sind drei Geschichten, die Christoph Heubner erzählt, sehr unterschiedlich literarisch bearbeitet und aus sehr verschiedenen Perspektiven. Das gemeinsame Band, das sie verbindet, ist ein Ort: Auschwitz. Er wird in keiner der Geschichten namentlich genannt. In der ersten, die mit „Das leere Haus" überschrieben ist, wird er mit „A" abgekürzt – und hinzugefügt: „Nein, ich werde den Namen dieses Ortes nie mehr aussprechen." Es ist die Geschichte einer Frau, die Auschwitz überlebt und in Amerika neu begonnen hat. Aber der Ort mit A ist immer bei ihr, er holt sie ein, auch am 28. Oktober 2018, als ein Rechtsextremist in der Synagoge von Pittsburgh elf Menschen tötet. Sie, 93 Jahre alt, sitzt noch in ihrem Auto auf dem Parkplatz vor der Synagoge, als die tödlichen Schüsse fallen. Sie überlebt – wieder.

Die zweite Geschichte erzählt Heubner aus der Perspektive eines Mannes und einer Frau. Sie sind in Auschwitz, aber sie wissen es nicht. Die beiden sind allein, angekommen aus Ungarn im Frühsommer 1944, zwei von über 440.000 ungarischen Juden, die innerhalb weniger Monate nach Auschwitz deportiert wurden. Alle anderen aus ihrem Transport sind in einem Haus verschwunden, nackt, die ordentlich zusammengefaltete Kleidung liegt noch davor. Die beiden hoffen noch, dass die anderen wiederkommen. Was sie sehen, im Angesicht der Vernichtung, ist nur „ein Stück Wiese, ein Wald" (der Titel der Geschichte). Sie riechen den Rauch, der aus den Schornsteinen quillt, aber sie begreifen nicht das Unfassbare: den industriellen, arbeitsteilig durchgeführten Massenmord durch Giftgas, begangen an jüdischen Kindern, Männern und Frauen aus dem einzigen Grund, dass sie Jüdinnen und Juden waren.

Der dritte Text, das fiktive Tagebuch des Künstlerpaares Felix Nussbaum und Felka Platek, ist keine Überlebensgeschichte. Beide wurden in Auschwitz ermordet. Felix Nussbaum wurde posthum durch seine künstlerische Verarbeitung der NS-Judenverfolgung sehr bekannt. Am berühmtesten ist sein „Selbstbildnis mit Judenpass", das 1943 entstand. Die aus Warschau stammende Malerin Felka Platek, die Felix Nussbaum 1937 heiratete, ist kaum bekannt. Inzwischen hat aber das Felix-Nussbaum-Haus in seiner Geburtsstadt Osnabrück auch eine Dauerausstellung mit Werken Felka Plateks eingerichtet.

2018 hat auch Hans Joachim Schädlich dem Künstlerpaar mit dem Roman „Felix und Felka“ ein literarisches Denkmal gesetzt. Heubner aber setzt kein Denkmal, sondern schafft etwas sehr Lebendiges. In kurzen, fiktiven Tagebucheinträgen skizziert er zwei Leben und zwei Lieben, die zueinander und die zur Malerei. So heißt es im ersten Tagebucheintrag für die siebenjährige Felka mit dem Datum 1906: „Am glücklichsten bin ich, wenn ich zeichne.“ Und zur erwachenden Liebe im April 1928, als sich die beiden in Berlin kennenlernen, lautet ein Eintrag für Felix: „Felka ist wunderbar, so fremd, so ganz anders. Wir lieben uns, wir reden und reden.“

Ab 1933 werden die Einträge immer düsterer und zeichnen das Verfolgungsschicksal des Künstlerpaares mit Stationen in Italien, Frankreich und Belgien nach. Als die Deutschen 1940 Belgien besetzen, wird Felix Nussbaum von belgischen Behörden verhaftet und in ein Internierungslager in Südfrankreich verschleppt. Ihm gelingt die Flucht und er kehrt zu Felka ins besetzte Brüssel zurück. Dort tauchen beide bei einem befreundeten Kunsthändler unter, bis sie im Juni 1944 denunziert und ins Sammellager Mechelen verschleppt werden.

Am 2. August 1944 endet das Tagebuch, dem Tag der Ankunft von Felix Nussbaum und Felka Platek im Vernichtungslager Auschwitz. Der letzte Satz des Tagebucheintrages gibt der Geschichte und dem Buch seinen Titel: „Ich sehe Hunde, die an der Leine reißen.“

Das fiktive Tagebuch von Felka und Felix lässt sich auch online lesen unter: *http://find-felka-find-felix.info/geschichte.html* Christoph Heubner ist es in allen drei Geschichten gelungen, den schmalen Grat zwischen Fiktion und Wirklichkeit in einer Weise zu beschreiten, die es den Leserinnen und Lesern ermöglicht, tief in die Gefühls- und Gedankenwelt von Überlebenden und Nichtüberlebenden des Holocaust einzutauchen. In seinem Nachwort verspricht Heubner, „irgendwann bald“ eine weitere Geschichte zu erzählen. Darauf und auf viele weitere warten wir, denn sie sind dringend notwendig, besonders dann, wenn wir in naher Zukunft gar nicht mehr direkt mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen des Holocaust sprechen können. ■

Leseempfehlung

„Ich bin von den drei Texten des Buches von Christoph Heubner außerordentlich beeindruckt. Diese können dazu beitragen, dass Auschwitz und das, was dort geschah, auch dann nicht vergessen wird, wenn die letzten Überlebenden gestorben sind. Ein sonderbarer Zufall: In die Jägerkaserne in Kassel, von der im ersten Text die Rede ist, bin ich im Juli 1943 eingerückt, als ich damals zur Wehrmacht eingezogen wurde. Verbracht habe ich dort allerdings nur einige Wochen, weil wir alsbald nach Frankreich verlegt wurden.“

Dr. Hans-Jochen Vogel, Gründungsvorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Foto: Dominik Butzmann

Dr. Dennis Riffel ist Historiker und Leiter des Fachbereichs Geschichte und Erinnerung bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Christoph Heubner
Ich sehe Hunde, die an der Leine reißen
Steidl Verlag, Göttingen 2019
Fester Leineneinband, 104 Seiten
ISBN 978-3-95829-717-3 • 14,80 €

Gedenken an Wehrmachtsdeserteure: eine schwierige Geschichte

Stefan Jehne

Kaum eine soziale Gruppe polarisiert seit jeher wie die der Deserteure. In jedem Staat mit einer Berufs- oder Freiwilligenarmee, unabhängig davon, ob dieser demokratisch verfasst oder eine totalitäre Diktatur ist, steht „Fahnenflucht“ unter Strafe. Denn jeder Staat hat ein genuines Interesse daran, dass sich das Militär im Kriegsfalle nicht selbst schwächt, indem sich Angehörige der eigenen Truppen unerlaubt aus diesen entfernen. Aber auch das Militär selbst kann seine Funktion nur aufrechterhalten, wenn sich seine Mitglieder an die organisationalen Regularien halten und diese nicht permanent brechen. Das Militär definiert sich, wie Martin Platt in seinem Aufsatz „Umstrittene Kokarden. Militär und Militärs zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik“ ausführt, »

» als Organisation durch „einen nach klaren Strukturprinzipien aufgebauten Personenverbund", in der die Mitglieder „nach einheitlichen Prinzipien rekrutiert werden" und sich „personenübergreifenden Ziel- und Leitvorstellungen, wie Wehrhaftigkeit und militärischem Gehorsam, unterordnen".

Allerdings greift eine rein formalistische Betrachtungsweise zu kurz. Die Desertion aus einer Armee – wie beispielsweise der nationalsozialistischen Wehrmacht, die einen verbrecherischen Angriffskrieg führte – kann schließlich sogar moralisch geboten sein.

Genau bei dieser „Widersprüchlichkeit" des Phänomens der Desertion setzen der Psychologe Peter Richter und der Zeithistoriker Norbert Haase mit ihrem Buch „Denkmäler ohne Helden" an. Darin rekonstruieren und analysieren die beiden Autoren die „memoriale Gedenklandschaft für Deserteure" in der heutigen Bundesrepublik und Österreich. Mittlerweile, so die Autoren, gebe es in der Bundesrepublik über 40 Gedenkorte für Deserteure.

Methodisch versuchen Richter und Haase ihre beiden disziplinären Hintergründe fruchtbar zusammenzuführen. Sie legen daher ihren methodischen Schwerpunkt „auf die Motiv- und Persönlichkeitsbesonderheiten von Deserteuren". Es wird das psychische Störungsbild der „Posttraumatischen Stress-Erkrankung" (PTSD) vorgestellt, das für die moderne Ursachenforschung von „Fahnenflucht" unabdingbar ist, und auf mögliche Motivlagen von Desertionen angewandt. Plausibel machen die Autoren deutlich, dass PTSD, obwohl erst 1980 als Störungsbild endgültig definiert, mit hoher Wahrscheinlichkeit eine der häufigsten Ursachen für Desertionen gewesen sein dürfte. Dies lässt sich bei aller gebotenen empirischen Vorsicht auch auf die NS-Zeit übertragen. Dass das Motiv einer psychischen Erkrankung in den NS-Militärjustizakten nicht auftaucht, reflektieren die Autoren als nachvollziehbar, weil derlei Tendenzen in der NS-Zeit ganz im Sinne der menschenverachtenden Ideologie als „Mangel an ‚Manneszucht' geahndet wurden".

Dem Kapitel über PTSD sind zwei historiographische sowie ein weiteres psychowissenschaftliches Kapitel vorangestellt. Zunächst behandeln Richter und Haase in Kapitel 1 Geschichte und Entwicklungen des Gedenkens an Krieg und Kriegsgefallene im Allgemeinen. Dabei kommen sie zu dem Schluss, dass Denkmäler für Deserteure in der Bundesrepublik vermehrt im Zusammenhang mit einer Kultur von „Gegen-Denkmälern" entstanden. Besonders in den 1980er Jahren entstanden im Zuge der Friedensbewegung in Westdeutschland explizite Denkmäler für Deserteure. In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) hingegen, also dem Gebiet der späteren DDR, lassen sich bis heute einige bereits 1945 geschaffene Gedenkstätten für „kriegsmüde Soldaten" ausmachen. Im sich hieran anschließenden Kapitel 2 wenden sich die Autoren der Geschichte von Bestrafung für Desertionen zu.

In Kapitel 3 ergründen Richter und Haase die Ursachen und Motive von Desertionen, mit Schwerpunkt auf Wehrmachtssoldaten im Zweiten Weltkrieg, und entwickeln in Anlehnung an Martin Schnackenberg ein acht Kategorien umfassendes Klassifikationsmuster. Als Kategorien nennen sie eine „politische Motivation", eine „antimilitärische Motivation", den „Wunsch zu überleben", die „Distanzierung der zwangsrekrutierten Soldaten", „Desertionen aus Strafbataillonen der Wehrmacht", ein „Schlüsselerlebnis" sowie „situative Auslösebedingungen und Flucht vor Bestrafung wegen krimineller Vergehen" und zuletzt PTSD. Im weiteren Verlauf veranschaulichen die Autoren diese Kategorien an Einzelfallbeispielen. Das gewählte Klassifikationsmuster wirkt zum Teil allerdings unpräzise. So ist für die Autoren zum Beispiel die „antimilitärische Motivation" eines sogenannten „Bibelforschers", der aus Glaubensgründen desertierte, sehr wohl auch als politische Motivation zu werten.

In Kapitel 5 werden dann sämtliche Deserteurs-Denkmäler in der alten Bundesrepublik und in Österreich dokumentiert. Interessanterweise findet sich in der Kapitelüberschrift nicht die SBZ/DDR wieder, obwohl ein ganzes Unterkapitel das „Gedenken an die ‚Kriegsmüden' in der Lausitz" bis 1954 und ein weiteres das Gedenken im geteilten Deutschland bis 1989 behandelt.

Abschließend geben Richter und Haase noch einen überzeugenden Einblick in das bis heute von politischen Auseinandersetzungen gekennzeichnete Gedenken an Deserteure. Sie schließen mit einem flammenden Plädoyer dafür, dass gerade in Zeiten wie den unsrigen, in denen Demokratie und Rechtsstaat nicht mehr unzerstörbar erscheinen, aus den Beispielen der mutigen Verweigerer Kraft zu schöpfen sei. Außerdem zeigen die Autoren eindrücklich auf, dass Deserteure eine Gruppe bilden, die in hohem Maße frei von autoritären Charaktermerkmalen ist. Peter Richter und Norbert Haase leisten mit ihrem Buch einen wichtigen Beitrag zur Historiographie einer spezifischen Form von Gedenkstätten in Deutschland und Österreich. Außerdem lassen sie der sozialen Gruppe der Deserteure, die in der Bundesrepublik über Jahrzehnte als „Landesverräter" galten, gebührende wissenschaftliche Aufmerksamkeit zuteilwerden. ■

Stefan Jehne ist Historiker und Doktorand an der Humboldt-Universität zu Berlin sowie assoziierter Doktorand am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF).

Peter Richter, Norbert Haase
Denkmäler ohne Helden.
Erinnerungskultur im Spannungsfeld von Kriegsgedenken und Desertion.
Papst Science Publishers, Lengerich 2019
Taschenbuch, 224 Seiten
ISBN 978-3-95853-502-2 • 20,00 €

Vorstand und Beirat

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

Prof Dr. Bernd Faulenbach, Vorsitzender, Historiker

Ekin Deligöz, Stellvertretende Vorsitzende, MdB

Eberhard Diepgen, Stellvertretender Vorsitzender, Regierender Bürgermeister von Berlin a.D.

Linda Teuteberg, Stellvertretende Vorsitzende, MdB

Andreas Dickerboom / Stefan Querl, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Iris Gleicke, Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer a. D.

Bernd Goldmann, Schatzmeister, ehemaliger Direktor der UBS Deutschland AG, Niederlassung Berlin

Kerstin Griese, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin für Arbeit und Soziales

Dr. Ulrich Mählert, Schriftführer, Zeithistoriker bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Prof. Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

VORSTAND

Dr. Andreas H. Apelt, Bevollmächtigter des Vorstands der Deutschen Gesellschaft e. V.

Erik Bettermann, ehemaliger Intendant der Deutschen Welle

Prof. Dr. Friedhelm Boll, Historiker am Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Tilo Braune, Staatssekretär a. D., Geschäftsführer der Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts e. V.

Burkard Dregger, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Prof. Dr. Hansjörg Geiger, Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz a. D.

Reinhard Grindel, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes a. D.

Dr. Norbert Haase, Historiker, ehemaliger Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Christoph Heubner, Geschäftsführender Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees (IAK)

Christian Hirte, MdB

Dr. Werner Jung, Direktor des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln

Prof. Dr. Alfons Kenkmann, Professor für Geschichtsdidaktik an der Universität Leipzig

Birgit Kipfer, Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg, Vorstandsvorsitzende der Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim"

Dr. Susanne Kitschun, Leiterin des Gedenk- und Ausstellungsortes Friedhof der Märzgefallenen, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Ernst Klein, Ehrenvorsitzender des Vereins Rückblende Gegen das Vergessen e. V., Volkmarsen

Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland

Hannelore Kohl, Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts und des Landesverfassungsgerichtes in Mecklenburg-Vorpommern a.D.

Dr. Anja Kruke, Leiterin des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Uta Leichsenring, ehemalige Leiterin der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

Winfried Nachtwei, Experte für Friedens- und Sicherheitspolitik, MdB a. D.

Paul Nemitz, Direktor für Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit in der Generaldirektion Justiz der Europäischen Kommission in Brüssel

Dr. Maria Nooke, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg

Prof. Dr. Friedbert Pflüger, Direktor des European Centre for Energy and Ressource Security

Dr. Melanie Piepenschneider, Leiterin Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung

Prof. Dr. Ernst Piper, Historiker, Verleger

Prof. Dr. h.c. Klaus G. Saur, Verleger

Dieter Schulte, ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Lala Süsskind, ehemalige Vorsitzende des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Lothar Tautz, Religionspädagoge und Sozialkundelehrer

Dr. h.c. Josef Thesing, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

Arnold Vaatz, MdB, Staatsminister a. D.

Ernst-Jürgen Walberg, ehemaliger Kulturchef von NDR 1 Radio Mecklenburg-Vorpommern

Prof. Dr. Gert Weisskirchen, MdB a. D.

EHRENVORSITZENDER

Dr. h.c. Joachim Gauck, Bundespräsident a. D.

BEIRAT

Prof. Dr. Rita Süssmuth, Vorsitzende, Bundesministerin a. D., Präsidentin des Deutschen Bundestags a. D.

Rainer Braam, Unternehmer

Prof. Dr. Hubert Burda, Verleger

Dr. Thomas Goppel, Staatsminister a. D.

Dr. h.c. Friedrich Schorlemmer, Theologe und Bürgerrechtler

Walther Seinsch, Unternehmer, ehemaliger Vorstandsvorsitzender des FC Augsburg

Barbara Stamm, Präsidentin des Landtages von Bayern a. D.

Dr. Monika Wulf-Mathies, Gewerkschafterin, EU-Kommissarin a. D.

GESCHÄFTSFÜHRER

Dr. Michael Parak

EHEMALIGE VORSITZENDE

Wolfgang Tiefensee, 2012 – 2014, Bundesminister a. D.

Dr. h.c. Joachim Gauck, 2003 – 2012, Bundespräsident a. D.

Dr. h.c. Hans Koschnick, 2000 – 2003, Bürgermeister von Bremen a. D.

Dr. Hans-Jochen Vogel, 1993 – 2000, Bundesminister a. D.

Eine Produktion des Deutsch-Israelischen Olga Benario-Projektes:

“Die Unbeugsame -
Olga Benario in ihren Briefen und in den Akten der Gestapo”

Mit einem 40seitigen Booklet und einem Begleittext von Robert Cohen.

Eine Montage aus Briefen und Gestapo-Dokumenten, die einen vergleichslosen Einblick in den Zusammenprall der Welt des Opfers und der Welt der Täter eröffnet.

Fünfeinhalb Jahre verbrachte die Münchner Jüdin und Kommunistin Olga Benario in Gestapo-Gefängnissen und Konzentrationslagern, bevor sie 1942 getötet wurde. 1936 hatte sie im Berliner Frauengefängnis ihre Tochter Anita Leocadia zur Welt gebracht. Sie wechselte mehr als hundert Briefe mit ihrem brasilianischen Lebenspartner und Vater des Kindes, Luiz Carlos Prestes, der in Rio de Janeiro 9 Jahre in Einzelhaft saß.
Zur selben Zeit führte die Gestapo fast täglich Protokoll über die berühmte Insassin.

Direkt zu beziehen unter (Email an): hoerbuch@olgabenario.de

Gebundener Ladenpreis: 19,00 € inkl. 7% MwSt
ISBN 978-3-00-064887-8

Oder über unsere Webseite mit Hörproben: www.olgabenario.de

Dieses Hörbuch wurde realisiert mit Hilfe von:
Andreas Dickerboom und Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V. – Holger Koppe-Stiftung –
BGAG-Stiftung Walter Hesselbach – Friedrich-Ebert-Stiftung – Gabriele Goldbach und Eberhard Wenzel